Donnerstag, 2. Februar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 28 - 5.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 26,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bundeswehr: Der von Verteidigungsminister Wörner entlassene General Kießling ist rehabilitiert worden. Er erhielt gestern die Urkunde über die Rückkehr in den aktiven Dienst. Auch der Minister bleibt im Amt. Bundeskanzler Kohl sagte vor der Presse, er habe dessen Rücktrittsangebot abgelehnt. (S. 1 und 3)

Verteidigungsetat: Präsident Reagan schlägt dem Kongreß für das Haushaltsjahr 1985 eine Steigerung der Verteidigungsausgaben um *9,3 Prozent auf 264,4 Milliarden* Dollar vor.

Raketen: Die Sowjetunion habe jetzt 378 Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 aufgestellt, teilt US-Verteidigungsminister Weinberger dem Kongreß mit.

Flick-Untersuchung: Der ehemalige Flick-Manager von Brauchitsch hat vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestags Vorwürfe zurückgewiesen, der Konzern habe durch Geldzahlungen an Politiker und Parteien Einfluß auf Entscheidungen über Steuervergünstigungen genommen. (S. 4)

USA – Europa: Das mangelnde Interesse der Westeuropäer für die Stabilität außerhalb der eigenen Region lasse Sorgen über die gemeinsame Sicherheit aufkommen, erklärt US-Staatssekretär Eagleburger. (S. 7)

Jahreswirtschaftsbericht: Die Regierung vertraut darauf, daß die Tarifabschlüsse den Wachstumsprozeß der Wirtschaft nicht gefährdeten, heißt es in der vom Kabinett verabschiedeten Vorlage. (S. 1)

Sowjets ausgewiesen: Oslo hat *aus Protest gegen die Spionagetätigkeit* Moskaus fünf sowjetische Diplomaten des Landes verwiesen und vier Beamte der Botschaft zu unerwünschten Personen erklärt. Norwegen reagierte damit auf den enttarnten sowjetischen Spion Treholt.

Abschirmdienst: Die Arbeit des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) müsse *auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt* werden, fordert der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Miltner. (S. 3)

Aussiedler: Seit 1950 sind mehr als 1 227 000 deutsche Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Jenseits von Oder und Neiße leben derzeit über 3,5 Millionen Deutsche, teilt der bayerische Sozialminister Pirkl mit.

Heute: Bundeskanzler Kohl trifft Präsident Mitterrand auf Schloß Ludwigshöhe in der Pfalz. – Premierministerin Thatcher besucht Ungarn. – Zentralbankrat tagt in Frankfurt; keine kreditpolitischen Beschlüsse erwartet.

ZITAT DES TAGES



» Die Stimmung ist gut, Aufträge kommen, die Weltwirtschaft wächst, Investitionen werden gemacht «

Der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, in einem Interview der „Bildwoche" zur Wirschaftsentwicklung FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

US-Haushalt: Die Administration plant für das Fiskaljahr 1985 (ab 1. Okt. 1984) Ausgaben in Höhe von 925,5 (853,8) Milliarden Dollar bei *einer Neuverschuldung von fast* 200 Milliarden Dollar. (S. 10)

Deutsche Autoindustrie: Nach ihrem bisher drittbesten Produktionsergebnis mit 4,2 Millionen Einheiten 1983 rechnet die Branche für 1984 mit weiterer Belebung, befürchtet aber negative Einflüsse durch einen Streik um die 35-Stunden-Woche. (S. 10)

Mitbestimmung: Der Betriebsrat hat bei der Gewährung übertariflicher Zulagen kein Mitbestimmungsrecht, entschied das Bundesarbeitsgericht in Kassel (Az.: 1 ABR 46/81).

Zinspolitik: Mit einer Leitzinssenkung sollte die Bundesbank testen, ob der Zinssenkungsspielraum nicht größer ist als angenommen, *schlägt BfG-Chef* Wegschneider vor. (S. 9)

Teuerung: Im Januar 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr, schätzt das Statistische Bundesamt.

Börse: Der WELT-Aktienindex erreichte mit 159,8 (157,6) einen neuen Rekordstand. Favorit des Tages war die Siemens-Aktie mit einem Tagesgewinn von 10,50 Mark. Der Rentenmarkt blieb etwas im Schatten der Aktien, notierte aber gleichwohl freundlich. Dollar-Mittelkurs 2,8020 (2,8139) Mark. Goldpreis je Feinunze 378,15 (373,75) Dollar.

KULTUR

Wechsel in Berlin: Der Dramaturg Knut Boeser wird neuer Intendant des Renaissance-Theaters und damit Nachfolger von Heribert Sasse, wenn dieser 1985 als Generalintendant zu den Staatlichen Schauspielbühnen wechselt.

Ullstein: Frederick Ullstein, Enkel des Verlagsgründers Leopold, wird heute 75 Jahre alt. Aus der Emigration kehrte er nach Kriegsende nach Berlin zurück, wo er bis in die sechziger Jahre im früheren Familien-Verlag tätig war. (S. 15)

SPORT

Olympia: Die Stiftung Deutsche *Sporthilfe rechnet 1984 mit* Ausgaben in Höhe von 15 Millionen Mark. Zur Zeit werden 2650 Sportler von der Stiftung unterstützt.

Fußball: Lothar Buchmann bleibt Trainer des Bundesliga-Klubs Kickers Offenbach; verlautete nach einer Krisensitzung des vom Abstieg bedrohten Vereins. (S. 6)

AUS ALLER WELT

Sauberes Soho: In Londons Vergnügungsviertel sind die roten Lichter ausgegangen. Nach einer Kampagne für ein „sauberes Soho" haben die meisten Sex-Etablissements kapituliert. (S. 16)

Sieg der Nichtraucher: In Israel ist das Rauchen in der Öffentlichkeit stark eingeschränkt worden. Rauchverbot gilt unter anderem in Verkehrsmitteln, Krankenhäusern und Kinos. „Ein Sieg der 64 Prozent nichtrauchenden Israelis"; kommentierte der Rundfunk.

Wetter: Wechselnd bewölkt, vereinzelt Niederschlag. Bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl: Wörners Rücktrittsangebot aus „gutem Grund" abgelehnt

Kanzler räumt aber Fehler des Ministers ein / Kießling wieder im Dienst

RÜDIGER MONIAC/DW. **Bonn**

Mit einem Hinweis auf seine Richtlinienkompetenz hat Bundeskanzler Helmut Kohl das Rücktrittsangebot seines Bundesverteidigungsministers Manfred Wörner (CDU) abgelehnt, die volle Rehabilitierung des Generals Günter Kießling durchgesetzt und Spekulationen über eine Kabinettsumbildung zurückgewiesen.

Wörner empfing den von ihm zunächst entlassenen General im Ministerium, um ihm die Urkunden zur Wiederernennung und zur Versetzung in den einstweiligen Ruhestand zum 31. März 1984 zu überreichen. Bundespräsident Carstens hatte die beiden Urkunden bereits am Morgen unterzeichnet. Anschließend stimmte das Bundeskabinett dieser Entscheidung zu. Der Vorgang, der ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist, gehört zu der Vereinbarung zur Beilegung der Affäre.

Der Kanzler berichtete gestern vor Bonner Journalisten über die Einzelheiten des erreichten Arrangements. Danach sind am Mittwochmorgen vor der Kabinettssitzung, die auf der Hardthöhe stattfand, ein Schreiben von Wörner an Kießling und ein solches von Kießling an Wörner ausgetauscht worden. Der Minister versicherte nochmals, sein Handeln gegen Kießling sei allein von den Sicherheitsinteressen des Staates bestimmt gewesen. Inzwischen habe sich aber für ihn, Wörner, ergeben, daß die Erkenntnisse, die das Vorgehen gegen den General zwingend gemacht hätten, sich nicht betätigt hätten und der ihm dazu vom MAD vorgelegte Bericht unzutreffende Angaben enthalte. Deshalb habe er Anlaß zu der Annahme, daß mit Kießlings Reaktivierung kein Sicherheitsrisiko verbunden sei. Wörner fügte in dem Schreiben hinzu, er habe zu diesem Zeitpunkt die Ehre des Generals in Frage gestellt. Er bedauere, daß die Entlassung Kießlings Anlaß für öffentliche Diskussionen geboten und der General dadurch „schwere Kränkungen" erfahren habe. Dies habe er nicht gewollt.

SEITE 2:
Eine Lösung auf Zeit
SEITEN 3 UND 8:
Weitere Beiträge

Kießling dankte Wörner in seiner Antwort, vor allem aber dem Bundespräsidenten, daß dieser durch seine erneute Ernennung und die dadurch herbeigeführte Aufhebung seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand „für jedermann sichtbar und eindeutig" seine Ehre wiederhergestellt habe. Der General versicherte in dem Schreiben weiter, er sei davon überzeugt, daß der Minister sich ausschließlich von seiner Pflicht gegenüber den Sicherheitsinteressen des Staates habe leiten lassen.

Der Kanzler, der sich eindeutig dazu bekannte, die Initiative zur Herstellung dieses Arrangements ergriffen zu haben, sagte, in diesem Falle seien Fehler gemacht worden, die Wörner auch einräume und bedauere. Der Minister habe seinen Rücktritt angeboten, er habe ihn aber „aus *guten Gründen*" nicht angenommen. Wörner habe bewiesen und werde es weiter beweisen, daß er ein im In*und Ausland geschätzter Verteidi*gungsminister sei.

Erläuternd ergänzte Kohl, daß Wörner ihm bereits vor drei Wochen mündlich das Rücktrittsangebot unterbreitet und dies Anfang dieser Woche mündlich und schriftlich wiederholt habe.

Im übrigen zeigte sich der Kanzler daran interessiert, daß in dem näch-

● Fortsetzung Seite 8

Bonn rechnet mit höheren Investitionen, mehr Wachstum, weniger Arbeitslosen

Jahreswirtschaftsbericht: Bundesregierung will „marktwirtschaftliche Kräfte freisetzen"

HANS J. MAHNKE, **Bonn**

Die Bundesregierung rechnet fest mit einer Beschleunigung des Wachstumstempos der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr. Sie prophezeit im Jahreswirtschaftsbericht, der gesten vom Kabinett verabschiedet wurde, daß

– das Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt das Vorjahresniveau um rund 2,5 Prozent (1983 waren es 1,2 Prozent) überschreitet,

– die Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf weiter abnimmt und im Jahresdurchschnitt etwas unter neun Prozent der „unselbständigen Erwerbspersonen" (1983: 9,1 Prozent) betragen könnte,

– der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt wie 1983 auf rund drei Prozent begrenzt werden kann,

– das außenwirtschaftliche Gleichgewicht erhalten bleibt.

Die Bundesregierung erwartet eine günstigere Entwicklung, wenn die weltwirtschaftlichen Risiken weiter eingegrenzt werden können, die Auslandsnachfrage noch stärker als vorausgeschätzt zunimmt und sich am Kapitalmarkt wieder eine Tendenz *zur Zinssenkung durchsetzt.* Entscheidend für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, für ihre Wettbewerbskraft, für Wachstum und für sichere Arbeitsplätze seien produktive Investitionen. Ihnen komme eine Schlüsselrolle bei der Lösung der Beschäftigungsprobleme zu. Die Investitionsbedingungen haben sich nach Ansicht der Bundesregierung aufgrund gestiegener Erträge, einer im Vergleich zu Geldanlagen inzwischen wieder höheren Rentabilität von Sachkapitalinvestitionen sowie in vielen Branchen stärker genutzter Kapazitäten spürbar verbessert.

SEITE 9:
Kein Handlungsbedarf

Ziel der Bundesregierung ist „das Freisetzen marktwirtschaftlicher Wachstumskräfte in einem möglichst stabilen binnen- und außenwirtschaftlichen Rahmen, damit neue Arbeitsplätze geschaffen und die Bedürfnisse der Bürger besser befriedigt werden können". In dem Jahreswirtschaftsbericht wird betont, die Regierung vertraue darauf, daß die Tarifabschlüsse zwischen Gewerk*schaften und Arbeitgebern das vor*rangige Ziel der Wirtschaftspolitik, die Beschäftigungschancen für die Arbeitslosen und insbesondere der Jugend durch einen dynamischen Wachstumsprozeß dauerhaft zu verbessern, nicht gefährden, sondern tatkräftig unterstützen werden.

Im Jahreswirtschaftsbericht bekennt sich die Bundesregierung nachdrücklich und eindeutig für „*mehr Markt*". *Wörtlich: „Für die* Bundesregierung ist die Soziale Marktwirtschaft die Maxime ihres Handelns."

Die Bundesregierung teilt die Befürchtung des Sachverständigenrates, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich zu Wachstumseinbußen führen würde. Diese Forderung verkenne, der Produktivitätszuwachs könne jeweils nur einmal verteilt werden. „Wenn im Ergebnis die Reallöhne unter Berücksichtigung der Veränderungen bei der Arbeitszeit den durch den Produktivitätszuwachs gegebenen Spielraum nicht voll ausschöpfen, werden die Wettbewerbsfähigkeit und somit auch die Sicherheit der Arbeitsplätze erhöht."

Spannungen in Regierung Afghanistans

Politbüromitglied Nur nach Moskau deportiert? / Umbesetzungen in der Militärführung

AP/DW. **Neu-Delhi**

Der zweite Mann in der afghanischen Parteihierarchie nach Staats- und Parteichef Babrak Karmal, Politbüromitglied und ZK-Sekretär Nur Ahmad Nur, ist nach Berichten westlicher Diplomaten in Neu-Delhi mit seiner Familie unter mysteriösen Umständen in die Sowjetunion gebracht worden. Der Abflug Nurs wird im Zusammenhang mit heftigen Spannungen im Kabinett Karmal nach den umfangreichen Umbesetzungen in der afghanischen Regierung und in der Militärführung gesehen.

Nur hatte Kabul am 18. Januar an Bord einer *Aeroflot-Maschine* in Richtung Moskau verlassen. Zuvor, so hieß es, habe er nach Indien reisen wollen, sei aber vom afghanischen Geheimdienst Chad daran gehindert worden. Ein Diplomat meinte dazu, der ZK-Sekretär solle in Moskau zur Verantwortung gezogen werden.

Über Widerstandskreise war bereits in der vergangenen Woche über ein offiziell nicht bekanntgegebenes Revirement in der afghanischen Regierungsspitze berichtet worden (WELT v. 1. 2.). Insgesamt sollen dabei Anfang Januar fast 40 Politiker und Offiziere abgesetzt worden sein. In einer vertraulichen Rede vor Mitgliedern der Militärführung soll Staatschef Karmal die Entlassungen von Nur und Innenminister Mohammed Gulabsoi mit dem Vorwurf begründet haben, sie hätten versucht, eine Nebenregierung zu bilden.

Die einschneidenden Veränderungen in der Militärführung, von denen vor allem der Stabschef Baba Dschan, *sein Stellvertreter* sowie der stellvertretende Verteidigungsminister betroffen wurden, habe Karmal mit den mangelnden Erfolgen der afghanischen Armee gegen die Widerstandskämpfer begründet. Insbesondere soll er der Armee die steigende Zahl von Deserteuren sowie eine unzureichende Rekrutierung neuer Soldaten vorgeworfen haben. Von Beobachtern wird darauf verwiesen, daß sowohl der neue Stabschef Nazar Mohammad als auch der neue Vize-Generalstabschef Qader Miakhel und der neue stellvertretende Verteidigungsminister Nabi Azimi in der Sowjetunion ausgebildet worden sind.

In Kreisen des afghanischen Widerstandes in Pakistan wird eine Verbindung zwischen den Umbesetzungen und einem angeblichen Anschlag von Funktionären der Afghanistan regierenden kommunistischen „Demokratischen Volkspartei" auf Staats- und Parteichef Karmal gezogen. Ein im Exil lebender früherer afghanischer Regierungsbeamter hatte von dem versuchten Attentat über Angestellte des Kabuler Flughafens erfahren. Danach hätten die Attentäter vorgehabt, Sabotage an dem *Flugzeug* zu verüben, mit dem Karmal am 9. Januar, einen Tag nach seiner Rede, zur Berichterstattung nach Moskau fliegen wollte.

Übergangslösung für Bankauskünfte

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Mit einem vorläufigen Kompromiß über die Weitergabe von Bankauskünften über Privatkunden haben Datenschützer und die Spitzenverbände der Kreditwirtschaft versucht, die öffentliche Aufregung zu dämpfen. Sie wäre nicht entstanden, hätten Datenschützer und Verbraucherverbände rechtzeitig mit den Vertretern der Banken diskutiert. Doch Daten- und Verbraucherschützer, die den Bürger jetzt verängstigen, haben *dies zu lange versäumt.* Und die Bankjuristen sind, indem sie die Sensibilität der Deutschen in Datenfragen sträflich unterschätzten, „ins Messer gelaufen".

Nach der jetzt getroffenen, zunächst bis zum 10. Februar geltenden Übergangslösung sollen Bankauskünfte über Privatkunden nur noch dann erteilt werden, wenn die Kunden ausdrücklich zustimmen, während die umstrittene Neuregelung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen vorsah, daß nur dann keine Auskünfte erteilt werden dürfen, wenn *der Kunde ausdrücklich* widerspricht – eine Regelung, die auch weiterhin für Geschäftskunden gilt.

Über das technische Procedere beraten die Bankexperten noch, und sie *setzten sich auch noch einmal mit* den Datenschützern zusammen. Doch nach dem ersten Rückzug der Kreditwirtschaft darf angenommen werden, daß der vorläufige Kompro*miß* auch die Lösung vorzeichnet.

Die Banken können mit diesem Kompromiß leben. Aber darum geht es eigentlich nicht. Bankauskünfte sind vor allem dazu da, die Bonität eines Kunden zu „bescheinigen", dem ein Dritter bei Geschäften, die mit einem Kredit verbunden sind, nicht traut.

Das Kreditgewerbe sollte jetzt, so *hieß es verschiedentlich, verdeutli*chen, welche Vorteile die Zustimmung zur Erteilung von Auskünften bringt und welche Nachteile ein Kunde in Kauf nehmen muß, wenn er *seine Bank* davon abhält, Bonität zu bescheinigen. Auf diese Weise kann verhindert werden, daß sich die Privatkunden selbst zu Opfern der von den Datenschützern geschürten Ängste machen.

Seite 2: Durchblick

DER KOMMENTAR

Klare Sprache

PETER GILLIES

Die Lust am Nebensächlichen verstellt den Blick für *das Vordringliche.* Vorrangig ist, wie der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung darlegt, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – mögen Affären und Klebrigkeiten noch so faszinieren.

Daß sich die Wirtschaft im Aufwind befindet und nach mageren Jahren wieder ein relativ properes Wachstum zustande bringt, ist erfreulich. Aus Erfahrung und Vorsicht bewegt sich die Bundesregierung eher am unteren Rand der Erwartungen. Ernstzunehmende Konjunkturpropheten halten sogar ein Wachstum mit einer Drei vor dem Komma für möglich.

Aber, so wird eingewendet, die Arbeitslosigkeit sinkt nicht oder nicht rasch genug. Das ist richtig. Falsch jedoch wäre der Rückschluß, Vollbeschäftigung sei nur mit Wachstumsraten von sechs oder acht Prozent zu erreichen. Tatsächlich ist eine befriedigende Beschäftigung bei jedem Wachstum möglich und organisierbar (wiewohl sie *natürlich bei hohen Wachs*tumsraten schneller zu erreichen ist).

Mehr als auf die Konjunkturaussichten für zwölf Monate kommt es auf die Bedingungen an, zu denen jeder, der arbeiten will, auch einen Arbeitsplatz angeboten bekommt. Das hängt nicht zuletzt vom Lohn ab. Die Tarifpartner besitzen den Schlüssel zum Reich der Vollbeschäftigung.

In einer *klaren,* schnörkellosen Sprache zeigt die Regierung den Weg dorthin. Es ist der Weg der sozialen Marktwirtschaft, die so trefflich funktioniert und dennoch vielen ein Rätsel bleibt. Jeden Tag setzen Millionen von Verbrauchern und Unternehmern Marktsignale, indem sie kaufen oder verzichten, fordern und leisten.

Wettbewerb und Haftung, Gewinn und Leistung, Wagemut und Augenmaß erweitern letztlich auch die persönliche Freiheit, während Eingriffe und Bevormundung lähmen. Die Bundesregierung will dazu verläßliche und widerspruchsfreie Rahmenbedingungen liefern. Das kann getrost als ehrgeizig bezeichnet werden, denn hier hat sie noch einiges nachzuliefern.

Fast peinlich banal ist die *Feststellung, daß die Früchte* der Produktivität nur einmal verteilt werden können. Leider enden auch in dieser Tarifrunde die Versuche nicht, die verdiente Mark mehrfach ausgeben zu wollen.

Shamir: Israel denkt nicht an Präventivkrieg

DW. **Jerusalem**

Israel plant nach den Worten von Ministerpräsident Shamir kein präventives militärisches Vorgehen gegen seine Nachbarstaaten. Vor der Knesset sagte der Premier gestern, eine derartige militärische Aktion Jerusalems sei weder auf kurze noch auf lange Sicht, gegen „wen auch immer", vorgesehen.

Mit dieser Stellungnahme beantwortete Shamir eine Frage des früheren Generalstabschefs und jetzigen Abgeordneten der oppositionellen Arbeiterpartei, Motta Gur. Der Parla*mentarier* hatte sich auf eine Erklärung des Staatssekretärs im Amte des Premierministers, Shmulevitz, bezogen, der gegenüber dem Springer-Auslandsdienst (SAD) die Befürchtung geäußert hatte, daß eine Aufrüstung Saudi-Arabiens, mit modernen ausländischen Waffen, Israel „in eine Lage versetzen könnte, einen Präventivschlag" führen zu müssen (WELT v.28./29. Januar).

Shamir meinte vor der Knesset, wie zuvor Shmulevitz, dieser habe „eine hypothetische Antwort auf eine hypothetische Frage" gegeben. In einer früheren Erklärung hatte die Kanzlei des Ministerpräsidenten erklärt, Shmulevitz habe „ohne Genehmigung des Premiers eine private Ansicht" geäußert.

Zu Beginn der Woche hatte die Zeitung „Jerusalem Post" die Äußerung von Shmulevitz aufgegriffen und gefordert, der jüdische Staat solle im Fall einer Bedrohung „präventiv" handeln und dabei auch die arabischen Erdölfelder nicht aussparen.

Jusos bestehen auf Eingriff in die Wirtschaft

DW./AP, **Bonn**

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten hat das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft einer vom SPD-Parteivorstand eingesetzten Kommission als unakzeptabel bezeichnet und statt dessen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft gefordert.

Als Beispiele nannten die Jusos „*Vergesellschaftungen*", „*stärkere* Belastung des Kapitals und der Reichen", eine Mindestrente von 1000 Mark und ein staatliches Beschäftigungsprogramm.

Damit sind vor dem SPD-Parteitag zur Wirtschaftspolitik im Mai fundamentale Gegensätze bei den Sozialdemokraten zutage getreten.

In einer Stellungnahme zu dem *wirtschaftspolitischen Papier der* Kommission, die vom ehemaligen Arbeitsminister Herbert Ehrenberg und den beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hans Apel und Wolfgang Roth geleitet wird, sagten die Jungsozialisten, dies sei „für eine demokratisch-sozialistische Positionsbestimmung und zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme unbrauchbar".

Das Papier versuche, „den Gewerkschaften eine Teilschuld an der Krise anzulasten", und falle „weit hinter die gewerkschaftliche Diskussion zurück".

Es entspreche eher der Position von CDU-Politikern wie Biedenkopf und Späth als den mit großer Mehrheit gefaßten Parteibeschlüssen der SPD.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Durchblick

Von Hans-Herbert Holzamer

Ein Kompromiß soll die Widerspruchsflut dämmen, die zur Zeit die Mitarbeiter der Banken und Sparkassen davon abhält, ihren „normalen" Geschäften nachzugehen.

Vertreter des Kreditgewerbes und die Datenschutzbeauftragten aus Bund und Ländern haben sich auf neue Regel-Tatbestände geeinigt, um das Thema der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) und die umstrittene Frage des Auskunftsrechts an Dritte schnell vom Tisch zu bekommen.

Schweigt nach dieser Kompromißformel der private Bankkunde, darf über seine Bonität keine Auskunft gegeben werden. Es ist hierzu ab sofort eine ausdrückliche Zustimmung erforderlich, und nicht mehr – umgekehrt – ein Widerspruch gegen eine solche Auskunft. Bei Geschäftskonten bleibt es beim alten. Bis zum 10. Februar will man dies in den zuständigen Gremien absegnen lassen.

Der Wind, der bei Licht gesehen ein Sturm im Wasserglas war, wird sich legen. Die Datenschützer haben die Gelegenheit, auf sich aufmerksam zu machen, wahrgenommen, obwohl nie die Daten des Bankkunden oder sein Bankverkehr Dritten übermittelt wurde. Manch ein Kunde wird sich jetzt wundern, daß er wegen seines eingelegten Widerspruchs plötzlich keine neue Kreditkarte mehr ausgestellt bekommt.

Und die Banken und Sparkassen sind gut beraten, ihren Kunden ein Revers vorzulegen, hoffentlich klarer abgefaßt als die Formulierung in den AGBs, die es dem Kunden erlaubt, mit seiner Unterschrift nach wie vor den vollen Service des Kreditinstituts in Anspruch zu nehmen – und dazu gehört die pauschale Angabe über seine Bonität. Dies erspart der Bank kostspieliges Nachfragen und dem Kunden Peinlichkeiten.

Salami-Geographie

Von Heinz Barth

Was ist die Steigerung von Salami-Taktik? Salami-Geographie. Seit Frankreich im vorigen August 3000 Mann der Opoeration „Manta" in der Roten Zone der Tschad-Republik installierte, um die Kämpfe zwischen der Armee der legitimen Regierung von N'Djamena und den libyschen Invasionstruppen abzublocken, gehört die ehemalige französische Kolonie de facto zur ständig wachsenden Zahl der geteilten Länder der Erde.

Den sogenannten Aouzou-Streifen im Norden hatte Oberst Khadhafi schon vor Jahren an sich gebracht. Die Region von Tibesti ließ er von seinem Unter-Satelliten Weddei im Sommer 1983 besetzen. Die Rote Zone am 15. Breitengrad erfand François Mitterrand als Antwort auf diese Aggression. Der Rest im Süden verblieb dem Regime Hissen Habré. Seither gleicht die Tschad-Landkarte den in Streifen bemalten Pfählen der Gondeln auf dem Canale Grande.

Entgegen der offiziellen Pariser Version griff Frankreich nicht ein, um einen „Bürgerkrieg", sondern um die Ausweitung der Invasion des nördlichen Tschad zu einer libyschen Total-Annektion zu vermeiden. Ein halbes Jahr nachdem sich Mitterrand zu der Polizeiaktion entschloß, bei der den französischen Truppen operative Enthaltsamkeit befohlen war, erweist sich jetzt dieses Konzept als undurchführbar. Der Versuch, unter der Ägide der Organisation Afrikanischer Staaten in Addis Abeba eine Vermittlung zwischen den beiden Lagern Tschadszustande zu bringen, endete, wie vorauszusehen war, mit einem Fiasko.

Khadhafi reagierte darauf prompt mit dem Vorstoß einer motorisierten Kolonne in den Süden, wobei ein französischer Jaguar-Jagdbomber abgeschossen wurde. Die Lage spitzt sich zu, seit Libyen dazu überging, das im Vorjahr eroberte Faya-Largeau zu einem Luftstützpunkt auszubauen, der eine unmittelbare Bedrohung für N'Djamena darstellt. Mitterrand ist in eine Situation geraten, in der es nicht mehr genügt, die schleichende Annektion des aggressiven Obristen aufzuhalten. Die Kritiker, über die der französische Staatschef im eigenen Land in zunehmendem Maß verfügt, befürchten, daß ihm nichts übrigbleibt, als Khadhafi mit Waffengewalt zum Rückzug zu zwingen – ein Abenteuer, das Frankreich tief beunruhigen würde.

Umkehrschluß

Von Henk Ohnesorge

In Kassel soll eine Straße nach dem türkischen Asylbewerber Kemal Altun benannt werden, der sich im August vergangenen Jahres mit einem Sprung aus dem sechsten Stock des Westberliner Verwaltungsgerichts das Leben genommen hat. Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung faßte mit den Stimmen von SPD und Grünen den entsprechenden Beschluß.

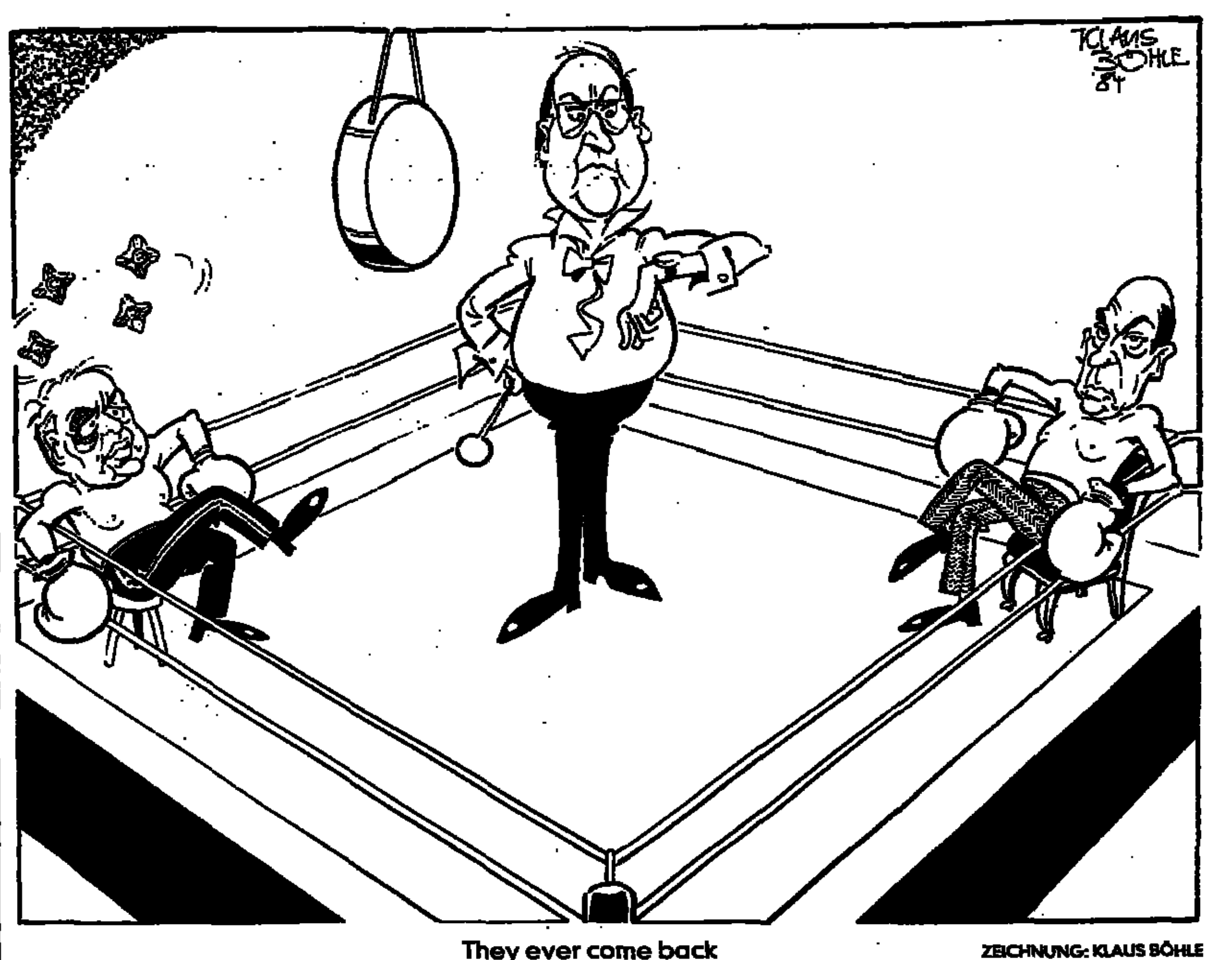
Man erinnert sich des Falles: Mit einer publizistischen Großoffensive war von Rundfunk, Fernsehen und einem Teil der Presse tagelang und bis ins letzte Detail der Fall des beklagenswerten jungen Türken geschildert worden, dem die Auslieferung in sein Heimatland drohte. Dort wartete auf den jungen Mann, der sich zuvor als Führer einer linksextremen Schülergruppe betätigt hatte, ein Verfahren wegen angeblicher oder tatsächlicher krimineller Vergehen. Kemal Altun hatte seinem Leben auf spektakuläre Weise ein Ende gesetzt und damit ebenso Massendemonstrationen wie eine Entschuldigungsorgie deutscher Minister ausgelöst.

Nun ist unser Asylrecht in seiner Handhabung alles andere als ideal. Als Folge des NS-Terrors Teil unseres Grundgesetzes, erlaubt es einen zeitaufwendigen und nervenzerfetzenden Anfechtungsweg durch die Instanzen im Falle der Asylablehnung, den andere demokratische Länder nicht kennen. Bis die große Mehrheit der reinen Wirtschaftsasylanten von der kleinen Gruppe echter und ausschließlich politischer Flüchtlinge getrennt ist, vergehen oft Jahre. Niemand kann dies gut finden.

Doch einige Fragen seien in diesem Zusammenhang erlaubt:

Warum wird das Gesetz in seiner praktischen Handhabung nicht endlich so reformiert, daß es der Realität des Jahres 1983 und nicht dem Idealzustand des Jahres 1949 entspricht? Was bewegt viele Zeitgenossen, zwar vorbehaltlos und lautstark dem Argument „Afrika den Afrikanern" zuzustimmen, die gleiche Logik für das eigene Land aber konsequent abzulehnen?

Und schließlich: Wäre, unter völlig gleichen Umständen, das publizistische Trommelfeuer, der Demonstrationszorn und das Verhalten der Kasseler Stadtväter das gleiche gewesen, wenn es sich bei Kemal Altun um einen türkischen Rechtsextremisten gehandelt hätte?



They ever come back ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Eine Lösung auf Zeit

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Ein öffentlicher Skandal kann ein Segen sein. Er ist es dann, wenn er im Organismus des Gemeinwesens blutreinigend wirkt. Diese nützliche Funktion wird wegen der unentwegten Aufgeregtheiten, die der Skandal von Tag zu Tag produziert, von den wenigsten wahrgenommen. Doch derjenige, der sich anschickt, die anstößige Affäre handelnd zu überwinden, muß gerade sie im Sinn haben. Das heißt: Das Gemeinwesen muß nach dem Skandal gesünder dastehen als zuvor. Unter diesem Kriterium bleibt zu prüfen, ob die Lösung, die der Bundeskanzler persönlich im Fall Wörner/Kießling herbeiführt, überhaupt eine ist.

Es ist Helmut Kohl zugute zu halten, daß er sich als Regierungschef von den täglich neu entfachten Wirbeln höchst unterhaltsamer Neuigkeiten, herzerhebender moralischer Empörung und stammtischkluger Besserwisserei nicht abhängig machen darf. Das sind ja nur die Schaumkronen auf dem nach wie vor träge dahinfließenden Strom der allgemeinen Ereignisse. Des Kanzlers Uhr muß anders gehen als jene der Medien, welche zu Recht öffentliche Kontrolle ausüben, aber deren unaufhörlicher Mitteilungsdrang keineswegs frei ist von Klatsch und Tratsch und Quatsch. Der Kanzler denkt und handelt in einem weiter ausholenden Rhythmus. Von einem durchaus kalkulierbaren Sättigungsgrad an kann er sich auch eher als die Medien in Übereinstimmung mit den meisten Bürgern fühlen, weil irgendwann das Spektakel bei ernstzunehmenden Menschen Überdruß auslöst.

Dies alles ändert jedoch nichts daran, daß die vernünftige Auflösung des Skandals einen stabilisierenden Effekt haben soll. Daran ist im aktuellen Fall leider zu zweifeln, und das aus mehrfachen Gründen:

– Die von Strauß geforderte große Kabinettsreform ist geboten, um die Handlungsfähigkeit der Regierung Kohl überzeugend wiederherzustellen. Die Bürger sind der Affären müde, sie wollen, daß die Regierung dort auftritt, wo sie Positives vorweisen kann, zum Beispiel auf dem Feld der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Kanzler sieht sich zu einer solchen Umbildung seiner Mannschaft gegenwärtig nicht imstande, weil er den Fall Lambsdorff davon abhängig gemacht hat, ob es zu einem Hauptverfahren in der Spendenaffäre kommt. Folglich bestimmt nicht der Regierungschef den Zeitrahmen einer großen Kabinettsreform, sondern unfreiwillig das Bonner Landgericht, das sich unter immer stärkeren politischen Druck versetzt sehen muß.

– In solcher Sicht erweist sich die FDP, die selbstverständlich ihren Wirtschaftsminister stützt, in der Koalition als hemmendes Element, während die CSU den Kanzler murrend gewähren läßt, die Entscheidung Kohls zu dessen Angelegenheit erklärt und insoweit auf Distanz geht. Sie glaubt das Vernünftigere angeraten zu haben. Für Kohl ist das nicht die beste koalitionspolitische Ausgangslage, um den Fortgang der Affäre unbeschädigt zu überstehen.

– Einen solchen Fortgang wird es geben. Dafür sorgt schon der Verteidigungsausschuß in seiner Eigenschaft als Untersuchungsausschuß. Es liegt in der Rolle der Opposition, daß die SPD den Skandal so lange nicht als aus der Welt geschafft ansieht, wie Wörner weiter als Verteidigungsminister auf der Hardthöhe residiert. Da es aber Kohls Entscheidung ist, Wörner im Amt zu halten, wird sich der politische Frontalangriff mehr auf den Kanzler als auf den Minister konzentrieren.

– Nach aller Erfahrung wird der Untersuchungsausschuß weniger zur Aufhellung der Tatbestände beitragen, als von Sitzung zu Sitzung mehr Schmutz zu Tage fördern. Es wäre ein Wunder, wenn die parteipolitisch auf die SPD eingeschworene „Seilschaft" auf der Hardthöhe die angekündigte Neuordnung des Ministeriums nicht als Kampfansage an die eigene Adresse auffaßte und ihre verdeckte Abwehrschlacht nicht in der Weise führte, daß sie tropfenweise immer neue Ärgernisse aus den Akten in die Öffentlichkeit transportiert. Diese Methode ist in unserer Republik längst zur Giftwaffe der politischen Auseinandersetzung geworden.



Affäre Wörner/Kießling: Trotz allem Großer Zapfenstreich FOTO: DPA

– Das Verhältnis zwischen dem Kanzler und seinem Verteidigungsminister kann nach allem, was vorgefallen ist, nicht das beste sein. Wie so mancher nachdenkliche Bürger wird sich auch Kohl darüber Gedanken machen, ob ein Verteidigungsminister, der sich in eigener Sache zu Fehlgriffen hat hinreißen lassen, im Fall einer schweren internationalen Krise der richtige Mann auf der Hardthöhe ist. Wörner bleibt ein angeschlagener Ressortchef. Er wird es schwer haben, die ihm vom Kanzler auferlegte Organisations- und Führungsreform am Ministerium durchzusetzen.

– Auch das weitere Verhalten des Generals Kießling bleibt ein Faktor der Ungewißheit. In Teilen der Bundeswehr, jedenfalls in der Generalität, dürfte er als der Kamerad gewürdigt werden, der über den Minister obsiegt hat. Das muß Wörners Position schwächen. Selbst wenn Kießling volle Genugtuung erhält, wird er daran interessiert sein, daß seine Rehabilitierung der Öffentlichkeit auch gebührend bewußt wird. Man kann das sogar verstehen. Kießling hat sich als ein Meister der Kunst erwiesen, an die Öffentlichkeit zu gehen und dabei den Eindruck von Fairneß zu hinterlassen.

Der Kanzler mag unter den obwaltenden Umständen seine Lösung als das geringste Übel ansehen, gleichwohl bleibt sie ein Übel. Sie reinigt den Blutkreislauf des Gemeinwesens nicht, sie entfernt nicht das Gift aus den Adern. Altkluges Gemunkel, Kohl programmiere bereits seinen eigenen Sturz, eilt den Ereignissen allerdings zu naßforsch voraus. Die Bürger haben auch bei früheren Anlässen Skandalen weitaus niedrigeren politischen Stellenwert zugemessen als die Medien. Doch da des Kanzlers Lösung die Affäre Wörner/Kießling nicht wirklich überwindet, deshalb auch nicht dauerhaft stabilisierend wirken kann, trägt sie alle Merkmale einer Lösung auf Zeit. Und darin liegt ihre Schwäche.

IM GESPRÄCH Pater Guiberteau

Der sanftmütige Kämpfer

Von August Graf Kageneck

Er ist nicht eigentlich der Typ des streitbaren politischen Priesters, der „Chanoine" (Dechant) Paul Guiberteau, wie ihn gerade Frankreich in seiner langen Geschichte der Konflikte zwischen Kirche und Staat immer wieder hervorgebracht hat. Pater Guiberteau ist der Generalsekretär des Verbandes für das katholische Erziehungswesen in Frankreich; und als solcher steht er beinahe wider besseres Wollen im Mittelpunkt des großen Kulturkampfes um den Fortbestand der religiösen Schulen, der Frankreich in diesen Tagen so außerordentlich bewegt.

Bis Mitte März, wenn das Schulreformgesetz des Erziehungsministers Savary seine endgültige Fassung haben und der Nationalversammlung zur Beratung vorgelegt wird, wird der hochgewachsene geistliche Herr mit dem asketischen Ausdruck und der randlosen Brille nur selten an seinen Schreibtisch hinter den dicken Mauern einer Klosterschule in der Sankt Jacobstraße in Paris sitzen. Er muß von Ort zu Ort fliegen, an Massenversammlungen teilnehmen die ihm über den Kopf zu wachsen drohen, zwischendurch mit dem Erziehungsminister an den Text herumfeilen; hier etwas herausholen für seine Privatschulen; da etwas aufgeben.

Es geht darum, wie groß in Zukunft der Freiraum sein wird, den der sozialistische Staat der katholischen Kirche in der Erziehung der ihr von Millionen Elternpaaren anvertrauten Kinder gewähren wird. Und Millionen Elternpaare im gesamten Land blicken auf ihn; setzen ihre letzten Hoffnungen auf einen Mann der es vermutlich lieber gesehen hätte, wenn er zwischen der Messe am Morgen und dem Vespergebet am Abend in Ruhe seine Verwaltungsarbeit für die ihm anvertrauten katholischen Lehrer hätte nachgehen können. Aber das Schicksal hat ihn nun einmal an diesen Platz gestellt und er nimmt ihn an.

Fragt man den stillen, sanft sprechenden Mann nach den Aussichten seines Kampfes, so macht er einen eher resignierten Eindruck. Er will keinen Kulturkampf den er völlig anachronistisch in einen modernen Staat wie Frankreich findet. Aber er



Verteidiger der Privatschulen: Pater Guiberteau FOTO: AFP

weiß sich in der Pflicht und die Verantwortung für die Armee, der er vorangestellt ist. Eine Armee von zwei Millionen Schülern und 110 000 Lehrern. Eine Armee, die auch dem Staat das Fürchten lehren begann. Dechant Guiberteau begann überall Wogen zu glätten. Er weiß, daß seine Oberen der kirchlichen Hierarchie, die 93 Bischöfe der „ältesten Tochter der Christenheit", jeden Zusammenprall mit dem sozialistischen Staat vermeiden wollen. Frankreichs katholische Kirche hat einen Stellungswechsel vollzogen. Sie will nicht mehr – wie noch im 19. Jahrhundert – die Kirche „einer Klasse", und zwar der Besitzenden sein. Was nach dem Zweiten Weltkrieg zu scharfen Spaltungen in der Priesterschaft und zum Aufkommen der „Arbeiterpriester" geführt hatte. Heute will sie „das ganze Frankreich" vertreten. Also auch jenes, welches 1981 seine Hoffnungen auf Mitterrand setzte und in den Sozialisten seine Repräsentanten sieht. Daher hat die Kirche im Schulkampf eine vorsichtige und eher ausgleichende Haltung bezogen, und das legt dem Generalsekretär des katholischen Lehrerverbandes einige Fesseln in seinem Verhandlungsspielraum mit dem Minister an.

Dechant Guiberteau aber weiß auch, bis wie weit er in seinen Konzessionen gehen kann und welches Chaos er auslösen würde, wenn er zu weit ginge.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Handelsblatt

Das Düsseldorfer Wirtschaftsblatt fragt nach Apels Rolle in der Flick-Affäre:

Die Staatsanwaltschaft hat das Netz gegen die Freidemokraten Lambsdorff, Friderichs und Riemer so fein gesponnen, daß u. U. auch Sozialdemokraten darin hängen bleiben könnten. Zum Beispiel deren Amtsträger Hans Apel. Der ehemalige Bundesfinanzminister hat vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages ausgesagt, daß er im Sommer 1976 gemeinsam mit dem damaligen SPD-Schatzmeister Alfred Nau *zu einem Gespräch mit Flick in dessen* sauerländischem Jagdhaus zusammengetroffen sei. Flick sei es dabei darauf angekommen, Apel als Menschen kennenzulernen. Über den Paragraph 6b EStG habe man nicht gesprochen. Doch hat kurze Zeit später Apel eine Steuerbefreiung für Flick unterschrieben und ging eine Flick-Spende von 2,7 Millionen DM bei der Friedrich-Ebert Stiftung ein. Es soll hier nicht behauptet werden, daß es einen Zusammenhang zwischen dem Treff in der Jagdhütte, der Steuerbefreiung und der Spende gebe. Auch Apel ist ein ehrenwerter Mann, und aus der Koinzidenz von Tatsachen darf keinesfalls auf ihre Interdependenz geschlossen werden. Nur: Wenn die Staatsanwaltschaft bei Lambsdorff solche strafrechtlich relevanten Zusammenhänge sieht, dürfte sie sie bei Apel nicht übersehen. Wäre nämlich Lambsdorff in jener Hütte dabeigewesen, dann wäre für die Ankläger die Sache doch schon eindeutig: Hier sei durch die Annahme von Vorteilen Einfluß auf künftige Entscheidungen eines Amtsträgers ge*nommen worden. Sind die Staatsan*wälte müde geworden?



Über die Heuss-Gedenkfeier heißt es hier:

Ob sie ihm gefallen hätte, diese Gedenkstunde im Deutschen Bundestag? Wohl doch. Theodor Heuss hatte Sinn für die Würde des Staates, den er mit auf den Weg brachte, ein Gespür für das Notwendige – und wenn es ihm gar zu feierlich wurde, verhüllte er sich mit feiner Ironie. Er könnte sich wiederfinden in dem, was zu Preis und Dank über ihn gesagt wurde...

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung schreibt zur Situation im südlichen Afrika:

Im langen Schritt zur Unabhängigkeit Namibias ist die Entscheidung Südafrikas, seine Truppen aus Angola abzuziehen, ein kleiner Schritt zurück nach da, wo wir schon einmal waren. Sie ist trotzdem eine vitale Vorbedingung für jeden weiteren Fortschritt in Richtung auf eine friedliche Lösung für Namibia und die Versöhnung zwischen den kriegführenden Parteien in Angola...

Schattenboxen am achtunddreißigsten Breitengrad

Wiedervereinigung auf koreanisch - ein Dialog mit Finten / Von Manfred Neuber

Wäre Schattenboxen eine olympische Disziplin, hätten die Koreaner gute Chancen, bei den Sommerspielen 1988 in Seoul alle Medaillen einzuheimsen. Nord- und Südkorea haben diese Verhaltensweise im Umgang miteinander zur hohen Kunst entwickelt.

Die letzte Runde eröffnete Staatschef Chun Doo Hwan mit der Neuauflage seines früheren Vorschlages, beide Seiten sollten auf einem Gipfeltreffen über Friedenssicherung und Wiedervereinigung verhandeln. Vor dem Parlament in Seoul prangerte er zugleich Pjöngjang als „Kriegstreiber" an.

Seoul zieht es vor, mit dem Widerpart aus dem Norden der geteilten Nation allein in den Ring zu gehen. Den vorausgegangenen Vorstoß des kommunistischen Regimes für Dreier-Gespräche, zu denen die USA hinzugezogen werden sollten, hat Südkorea als „Propagandamanöver" zurückgewiesen.

Infolge seiner „Terrorpolitik" (so Chun Doo Hwan über Kim Il Sung) international in die Ecke gedrängt, suchte Pjöngjang die Initiative. Ob dies aus eigenem Antrieb geschah, oder ob es dazu aus Peking ermuntert wurde, läßt die Fernost-Beobachter noch rätseln.

Bislang richtete Nordkorea seine Herausforderung lediglich an die Vereinigten Staaten: Der Waffenstillstand von 1953 solle durch einen Friedensvertrag ersetzt werden, dessen Ziel der Abzug der Amerikaner aus dem Süden wäre. Ein solches Risiko können weder Seoul noch Washington eingehen.

Pjöngjang ließ sich deshalb zu der Pseudo-Konzession herab, bei Verhandlungen über diese Fragen mit den Amerikanern die Landsleute aus dem Süden teilnehmen zu lassen und anschließend mit ihnen über einen Nichtangriffspakt und Wege zur Wiedervereinigung zu sprechen. Also erst US-Abzug und dann innerkoreanische Gespräche unter Drohgebärden Pjöngjangs? Aber Präsident Reagan hat Südkorea bei seinem Besuch im November nicht nur eine demonstrative Rückenstärkung gegeben, er forderte überdies die Volksrepublik China in Gespräche über Korea als Vierten einzubeziehen.

Die Regierung in Seoul macht zur Vorbedingung für jegliche Kontakte eine formelle Entschuldigung Pjöngjangs für den von Nordkoreanern inszenierten Bombenanschlag gegen den südkoreanischen Präsidenten in Rangun. Während Pjöngjang schon den Finger am Auslöser hatte, besaß es die Perfidie, den vorgesehenen Opfern des Attentats einen „Friedensplan" zu offerien.

Alle früheren Bemühungen um eine Entspannung zwischen Nord- und Südkorea sind schon im Ansatz steckengeblieben. Dazu gehörte der Vorschlag einer Sechser-Konferenz (zu den erwähnten vier Teilnehmern sollten Japan und die Sowjetunion kommen) sowie der Kissinger-Plan einer „kreuzweisen Anerkennung" beider Regierungen in Korea durch die Führungsmächte in Ost und West.

Diese Mitte der siebziger Jahre vom damaligen US-Außenminister entwickelte Idee wurde von China verworfen. Für die Volksrepublik schien der Status quo in Korea die vorteilhafteste Lage zu sein. Jede Bewegung könnte auch das prekäre Gleichgewicht stören, das Peking und Moskau in Nordkorea halten. Schwenkte Kim Il Sung gänzlich auf die sowjetische Linie ein, hätte China ein ähnliches Problem wie mit dem moskauhörigen Vietnam zu gewärtigen.

Seit dem Scheitern der Genfer Korea-Konferenz im Jahre 1954 herrscht ein latenter Spannungszustand am 38. Breitengrad, der Korea teilt. Es soll eine „entmilitarisierte Zone" sein, ist aber eine der brisantesten Grenzen der Erde.

Während in Stockholm über vertrauensbildende Maßnahmen in Europa geredet wird, hat der UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar einen Sonderbeauftragten für internationale Vertrauensbildung berufen. Werden sich die Vereinten Nationen, unter deren Flagge die US-Soldaten am 38. Breitengrad stehen, ihrer besonderen Verpflichtung für Korea erinnern?

Die Entsendung dieses Sonderbeauftragten der Weltorganisation in den Fernen Osten könnte eine lohnende, wenngleich ungemein schwierige Aufgabe für den jugoslawischen Diplomaten Miljan Komatina sein. Seine auf die UNO gestützte Autorität würde noch durch den Vorzug untermauert, daß er aus einem ungebundenen Lande stammt und deshalb auch die Unterstützung der Blockfreien-Bewegung haben dürfte. Hierbei könnten die Staaten, deren Stärke sonst in der großen Zahl besteht, ihr politisches Gewicht unter Beweis stellen.

So frostig wie gegenwärtig das Ost-West-Verhältnis ist, wird in absehbarer Zeit an Gespräche über Korea – sei es zu viert oder zu sechst – nicht zu denken sein. Gelänge es aber der UNO, durch den Sonderbeauftragten für Vertrauensbildung für eine Abkühlung an der „heißen Grenze" in Korea zu sorgen, schüfe dies bessere Voraussetzungen.

Kohl: General Kießling ist rehabilitiert, Wörner bleibt Verteidigungsminister

„Wir lassen uns die Lebensfreude nicht vergällen"

Bundeskanzler Helmut Kohl eilte selber von der Kabinettssitzung zur Bundespressekonferenz. Vor den Journalisten eröffnete er die offensive Verteidigung seines Entschlusses, dem *Vier-Sterne-General Kießling* Genugtuung zu gewähren und Verteidigungsminister Manfred Wörner in seinem Amt zu halten.

Von GEORG SCHRÖDER

Der Saal der Bundespressekonferenz schien zu bersten unter dem Andrang der Journalisten, für die mit dem Auftritt des Bundeskanzlers die allzu lange Zeit der Mutmaßungen im Fall Kießling – Wörner *nun zuende ging.* Nervöse, zum Teil gereizte Stimmung herrschte vor. Allerdings nicht bei Helmut Kohl. *Ob echt oder gespielt, der* Bundeskanzler erwies sich in dem einstündigen Ansturm von Fragen wirklich als gelassener „Schwarzer Riese". Sicherlich hatte ihn mehr als einer seiner Freunde in den letzten 48 Stunden gewarnt, daß mit seinen Entschlüssen, mit dem Austausch der Briefe, die Akten über den Fall Kießling zwar abgeschlossen seien, daß aber ebenso sicher zumindest nach dem Willen der Opposition über den Fall Wörner noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Vor allem weiß jeder, *und mit Gewißheit auch Kohl,* daß jetzt der Bundeskanzler politisch das volle Risiko trägt.

Den Streß der letzten Tage sah man dem Bundeskanzler nicht an. Gebräunt, sehr beherrscht, selbstsicher stand er unerschütterlich im Hagel der Fragen. Bezeichnend, daß er buchstäblich nicht mit einem einzigen Wort auf die Attacken der SPD einging, obwohl doch noch am Morgen *wütende Angriffe des stell*vertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Horst Ehmke gegen die Regierung, vor allem gegen Kohl persönlich, den Bundeskanzler in seiner Meinung bestärkt hatten, daß das ganze Drum und Dran um den Fall Kießling von der Opposition genutzt werden sollte, um sein Ansehen und seine Position zu erschüttern.

Kohl verlas zunächst die am Mittwoch morgen von Wörner *und* Kießling unterschriebenen und dann ausgetauschten Briefe. Sie enthielten die Ehrenerklärung für den General und damit zugleich das Eingeständnis des Verteidigungsministers, Fehler gemacht zu haben. Nervöse Erregung *vieler Journalisten machte* sich dabei in brüllendem Gelächter laut, als Kohl anmerkte, daß dies Wochen für *Wörner gewesen seien, an die er* in seinem Leben noch lange denken werde. Neu an greifbaren Informationen *war gleich danach Kohls sachli*che Feststellung, daß Wörner am Dienstag auch formell seinen Rücktritt angeboten hatte. Der Bundeskanzler habe ihn nicht angenommen, weil er überzeugt sei, daß Wörner ein guter Verteidigungsminister sei, der aus seinen Fehlern lernen werde.

Auch in der für Kohl bei mehr als einer Frage nicht sehr angenehmen Situation verließ ihn sein Humor nicht. So, als er auf die Frage eines amerikanischen Journalisten, wonach der frühere Oberbefehlshaber der BritischenRheinarmee den Kießling-Fall für KGB-gesteuert hielte, ironisch antwortete: „Ich habe keine Beziehung zum KGB."

Ein zweiter Aspekt, der im Verhalten des Bundeskanzlers auffiel: Sein Bemühen, die menschliche Seite nicht zu kurz kommen zu lassen, auch wenn er von seinem eigenen Verhalten sprach. Er erinnerte an seinen Amtseid, Gerechtigkeit zu üben gegen jedermann. „Wenn ich den Eindruck habe, daß dies nicht geschehen ist, dann muß ich handeln." Oder dieses Wort Kohls: „Ich denke, es ehrt einen Minister, der Fehler gemacht hat, dies zuzugeben statt es abzustreiten."

Fragen nach Strauß – sehr selbstsicher machte Kohl deutlich, daß dies jedenfalls im Zusammenhang mit der in die Erörterung gebrachten Regierungsumbildung kein Thema für ihn war und ist. Seine Richtlinienkompetenz sei unteilbar, „übrigens der Ärger ist auch unteilbar". Entschlußschwäche, die ihn die Opposition an den Frack klebt? „Es war hohe Zeit, in dieser Sache zu entscheiden."

Über personelle Konsequenzen, die auf der Hardthöhe zu ziehen sind, äußerte sich Kohl bewußt nicht. Er machte aber deutlich, daß sich aus der Natur der Sache solche Konsequenzen ergeben werden. Der nach dem Willen der SPD weiterarbeitende Untersuchungsausschuß scheint Kohl nicht zu schrecken.

Dann echt Kohl: „Warum soll ich *mit dem Kabinett unzufrieden* sein? Ich habe nicht den geringsten Grund für eine Regierungsumbildung. Wir lieben *das* Leben. Wir lassen uns die Lebensfreude nicht vergällen."



Das Verteidigungsministerum soll „regierbar" gemacht werden. FOTO: SVEN SIMON



Manfred Wörner folgt seinem „Retter" Helmut Kohl zu einer Kabinettssitzung auf der Hardthöhe FOTO: SVEN SIMON

Die FDP wünscht sich mehr Macht für die Inspekteure

Die Hardthöhe durch Ausgliederung der Führungsstäbe der Teilstreitkräfte regierbarer zu machen, ist eine alte Forderung der FDP, die auch jetzt wieder auf dem Tisch liegt. Ein Vorschlag voll politischer und militärischer Brisanz.

Von RÜDIGER MONIAC

Das Verteidigungsministerium erscheint im Vergleich mit den anderen Ressorts der Bundesregierung geradezu als eine riesige Ansammlung von Bürokratie. Mehr als 5000 Menschen arbeiten in ihm unter der Verantwortung eines Politikers, der im Bundeskabinett zustän*dig ist für die Bundeswehr und für* die Formulierung der Verteidigungspolitik der Bundesregierung innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses.

Manfred Wörner, der nach einem Jahr im Amt glaubte, feststellen zu können, er habe das Ministerium wieder richtig „in den Griff" bekommen, muß sich heute von seinen Gegnern vorhalten lassen, voreilig geurteilt zu haben. Sie sagen, ihn habe diese Mammutbehörde genau so „geschafft" wie vor ihm bereits seine *Vorgänger Hans Apel und Georg Le*ber. Gleichzeitig werden Forderungen nach einer Reorganisation des Verteidigungsministeriums wieder hervorgeholt, die lange in den Schubladen schlummerten.

Das Verlangen, aus dem Ministerium die Führungsstäbe der Teilstreitkräfte und des Sanitätswesens auszugliedern und deren Aufgaben „Ämtern" und „Kommandos" außerhalb zu *übertragen, entspricht* einer seit Jahren von der FDP verfolgten Idee. Zuletzt war sie im April 1979 auf dem sicherheitspolitischen Kongreß der Liberalen in Münster von ihrem damals dafür zuständigen Sprecher Jürgen Möllemann, dem heutigen Staatsminister im Auswärtigen Amt, mit großer Verve vorgetragen worden. Sie blieb freilich leere Forderung, weil sich die FDP nicht gegen Kanzler Schmidt und die Verteidigungsminister Leber und später auch Apel durchsetzen konnte. In Kohls Rettungsversuch für Wörner „mogeln" die Freien Demokraten plötzlich wieder ihre alte Idee hinein.

Möllemann hatte vor knapp *fünf* Jahren unter Hinweis auf den seit 1955 unerfüllten Auftrag des Grundgesetzes, ein *Organisationsgesetz für* die Bundeswehr zu schaffen (Artikel 87 a GG in Verbindung mit Paragraph *66 des Soldatengesetzes), eine Reihe* von Forderungen wiederholt, die er bereits vorher in Fachkreisen ständig vortrug. *Ziel* eines Organisationsgesetzes, so sagte er damals, muß es sein, die Funktionsfähigkeit der Bundeswehrführung und die Schlagkraft der Streitkräfte zu steigern. Die historisch bedingte, teilweise aber nicht mehr wirksame Gliederung des Verteidigungsministeriums müsse verändert werden. Alle „nicht-ministeriellen und streitkräftespezifischen Aufgaben" sollten seiner Auffassung nach außerhalb des Ministeriums in „Ämter" für Heer und Territorialverteidigung, Luftwaffe, Marine und Sa*nitätswesen nach dem „Stab-Linien-*Prinzip" bearbeitet und wahrgenommen werden. Der Führungsstab der Streitkräfte *sollte* jedoch im Ministerium bleiben. In ihm, an dessen Spitze der Generalinspekteur steht, sollten Heer, Luftwaffe und Marine nach ihrer Ausgliederung „angemessen" vertreten bleiben.

Schon damals schlug der FDP-Politiker vor, die Position des Generalinspekteurs zu stärken und ihm die militärische Gesamtverantwortung für die Streitkräfte in Gestalt *einer Art Stabschef mit Generalsstab* zu übertragen. Eine derartige Machtfülle hat bislang nie ein Generalinspekteur gehabt. *Lange war er ledig*lich der militärische Berater der Bundesregierung. Seit Wörner im Amt ist, verfügt er darüber hinaus über die Kompetenz, die Planung für die Bundeswehr aus einem Guß und übergreifend über die drei Teilstreitkräfte zu gestalten und für sie dem Minister gegenüber verantwortlich zu sein.

Eine Ausgliederung der Teilstreitkräfte aus dem Ministerium würde dieses *zwangs*läufig um mehr als die Hälfte verkleinern. Und sicher würde sie zur Folge haben, daß die für die *Teilstreitkräfte verantwortlichen* Inspekteure – anders als heute – für Pannen und Fehler in ihrem Bereich „sichtbarer" zu ihrer Verantwortung zu stehen hätten. Jetzt sind sie ganz im Schatten des Ministers. Jede aufkommende Unregelmäßigkeit in der Arbeit ihrer Stäbe wird infolgedessen nicht den Inspekteuren, sondern sogleich dem Minister angelastet. Würde zwischen ihn und die Truppe schließlich sogar die Instanz des „Oberkommandierenden" der Armee (jetzt Generalinspekteur) geschaltet, könnte sich der politisch Verantwortliche noch weiter von möglichen Fehlentscheidungen in der Militär*hierarchie unter ihm entfernt* halten.

Eine Ausgliederung der Soldaten aus dem Verteidigungsministerium *hätte schließlich zur Folge, daß bis* auf den Rest von Uniformierten im Stab des Generalinspekteurs das Ressort einschließlich des Ministers selbst von Zivilisten, nämlich Beamten, besetzt wäre. Schon heute bestimmen sie das Bild in der Konferenz der Abteilungsleiter der Hardthöhe. In diesem Gremium machen die Generale und Admirale nur ein Drittel aus. Ihre weitere Reduzierung würde dazu führen, daß die generellen Direktiven, die in die Truppe hineinwirken, fast nur noch von Verwaltungsfachleuten, Juristen und ähnlich ausgebildeten Beamten gefaßt würden.

Diese hier nur kurz angeschnittenen Fragen einer Reorganisation der Spitzengliederung der Bundeswehr enthalten derart viel Brisanz, daß mit einer schnellen Lösung kaum zu rechnen ist, auch wenn der Kanzler auf rasches Handeln dringen sollte.

Zudem spielt eine Reorganisation in die NATO hinein. Denn die Bundeswehr ist die einzige Armee im Bündnis, die die operativ-taktische Führung ihrer Truppenverbände der integrierten Befehlsstruktur des Bündnisses eingegliedert hat. Im Verteidigungsfall sind die Kompetenzen der Inspekteure von Heer, Luftwaffe und Marine sehr reduziert. Dann sind sie nur noch verantwortlich für den Nachschub der in der Vorneverteidi*gung kämpfenden Truppenteile. Ihr* Einsatz wird von alliierter Kommandohierarchie (in der allerdings an entscheidenden Stellen auch deutsche Offiziere stehen) geplant und befehligt. Dem Inspekteur des Heeres zum Beispiel verbleibt im Verteidigungsfall lediglich noch die Führung des Territorialheeres, dessen Hauptaufgabe darin besteht, den unter alliiertem Kommando kämpfenden Truppenteilen auf deutschem Boden die Freiheit des Operierens zu sichern.

Eine etwaige Umgliederung der Spitze der Bundeswehr kann die Einbettung der deutschen Armee in der NATO nicht übergehen. Würde aus dem Generalinspekteur ein militärischer Oberbefehlshaber und verwandelten sich unter ihm die jeweiligen Inspekteure auch zu „echten" Befehlshabern, müßte das im Bündnis zu tiefgreifenden Verwerfungen führen, die letztlich den längst in Gang gekommenen Erosionsprozeß psychologischer Entfremdung zwischen den Westeuropäern und den Amerikanern dann auch in wirklichen veränderten Organisationsstrukturen der NATO-Militärhierarchie zementieren müßten.

Auf der Hardthöhe und beim MAD werden Köpfe rollen

Von Verteidigungsminister Wörner werden jetzt auf der Hardthöhe und beim *Militärischen Abschirmdienst* (MAD) „Aufräumungsarbeiten" verlangt, und zwar personeller und organisatorischer Art. Sie gehören zu den Bedingungen, *die der Kanzler mit dem* Verbleib des Ministers verknüpft hat.

Von MANFRED SCHELL

Für Manfred Wörner geht es nun zunächst um Veränderungen auf der Führungsebene im Verteidigungsministerium, also in dem Bereich, der dem Minister unmittelbar zuarbeitet und ihn berät. Hier hat Wörner nach der Amtsübernahme Fehler gemacht. Wie selbstverständ*lich behielt er Staatssekretär Hiehle,* der mit SPD-Ministern „groß" geworden ist, und dessen Mitarbeiter. Hiehle *ist gewiß ein rechtschaffender und* loyaler Mann, und er macht sich jetzt bittere Vorwürfe über sein Verhalten im Fall Kießling. Aber Wörner konnte sich von Anfang an auf manche Leute nicht verlassen. Da soll ein Oberst, für die Aufsicht über den MAD zuständig, versucht haben, Informationen am stellvertretenden Generalinspekteur Windisch vorbei zum Minister zu „transportieren". An anderer Stelle wurden „Geheim"-Akten zu einfachen „Verschlußsachen" herabgestuft. Prompt sind sie dann, für den Minister abträglich, in linken Blättern erschienen.

Der SPD-Wehrexperte Erwin Horn hat im Plenum des Bundestages bemerkenswerterweise die Frage aufgeworfen, ob es ein „Komplott", möglicherweise gegen Wörner gerichtet, gegeben habe? Bewiesen werden kann eine solche Theorie wahrscheinlich nicht, aber es gibt viele „Ungereimtheiten". Wörner muß die Schaltstellen in seiner Umgebung, vor allem dort, wo sie mit „sicherheitsrelevanten Vorgängen" befaßt sind, mit neuen und loyalen Soldaten und Beamten besetzen.

Fraglich ist, ob der stellvertretende Generalinspekteur Windisch auf diesem Posten bleiben kann. Er war in der Affäre Kießling Dreh- und Angelpunkt zwischen Minister und MAD. Offensichtlich in Betracht gezogen ist eine Ablösung des Leiters der Personalabteilung, Generealleutnant Hans Kubis. Eine andere Aufgabe soll auch Oberst Hüttelmeyer, Aufsichtsreferent für den MAD, erhalten.

Unruhe bei Teilen der Unionsfraktion

Eventuell muß Minister Wörner *auch einige seiner bisherigen* Absichten revidieren. Eine gewisse Unruhe haben Informationen im Bereich der Unionsfraktion ausgelöst, Wörner wolle Generalmajor Hans-Peter Tandecki als deutschen Vertreter in den NATO-Militärausschuß entsenden. Tandecki ist, von dem früheren sozialdemokratischen Minister Hans Apel dazu berufen, auf der Hardthöhe für „Militärpolitik" zuständig.

Auch einzelne Offiziere, allerdings unterhalb der Ebene des Generals, die unter der SPD-Regierung in Abteilungen des Kanzleramtes abgeordnet worden waren, sollen abgezogen und mit anderen Aufgaben betraut werden. Hochrangige Parteifreunde Wörners haben schon in den zurückliegenden Monaten eine gewisse „Abhängigkeit" des Ministers vom Apparat vor allem in personellen Angelegenheiten vermutet. Dies wurde zum Beispiel in Briefen deutlich, die Amtsträger an Wörner geschrieben haben und von diesem mit vorgefer*tigten Vermerken der Personalabtei*lung beschieden worden sind.

An zweiter Stelle muß sich Bundesverteidigungsminister Wörner die Frage stellen, wie er den MAD an die Kandare nehmen kann. An eine Ablösung von MAD-Chef Brigadegeneral Behrendt ist gedacht. Behrendt ist erst seit September 1983 im Amt. Er kann somit für den Verlauf der Affäre Kießling nur bedingt verantwortlich gemacht werden. Damals waren die Dinge schon angeschoben. Allerdings hat Behrendt dann einen falschen Be*richt für Wörner geliefert, und* zwar am 6. Dezember 1983. Auf ihn hat sich Wörner gestützt. Konkrete oder entscheidungsreife Überlegungen über eine Reform des MAD gibt es zwar noch nicht, doch wird sehr wohl ventiliert, einen „zivilen" Amtschef zu berufen, der nicht nur Jurist ist, sondern auch über die notwendige Portion politisches Gespür verfügt. Auch an Versetzungen einzelner MAD-Kommandeure ist gedacht.

Keine kollektiven Schuldzuweisungen

Als sicher gilt die Ablösung von Oberst Schröder, der in der MAD-Zentrale die *Abteilung* für Sicherheitsüberprüfungen leitet. Diese Abteilung hat bei den Recherchen gegen Kießling die größten Fehler gemacht.

Für falsch halte er es, so sagte Kanzleramtschef Schreckenberger, den MAD mit „pauschalen" Angriffen zu überziehen. Solche kollektiven *Schuldzuweisungen soll es nicht ge*ben. Auch an eine Verlagerung von Kompetenzen des MAD etwa zum Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ist nicht gedacht. Zurück bliebe dann nur ein zum „Werkschutz" degradierter MAD.

Als ein beträchtlicher Mangel wird *jedoch die Qualifikation der MAD*-Angehörigen gesehen. Sie machen zwar Kurse – unter anderem auf der Schule für das Nachrichtenwesen in Bad Ems –, aber sie verfügen nicht über die spezifische nachrichtendienstliche Komponente. Im politischen Bereich wird die Frage aufgeworfen, ob der MAD nur aus Soldaten bestehen muß. Beim Bundesnachrichtendienst (BND), so wird argumentiert, habe man mit der Kombination aus zivilen Angehörigen und Offizieren (vor allem in der militärischen Aufklärung) durchaus gute Erfahrungen gemacht.

Sorge bereitet auch, daß der MAD – als Folge der Skandale – Rückhalt in der Truppe verloren hat. Der MAD selbst hat dies in der Studie 11942/83 „Intensivierung der operativen Abwehr" selbstkritisch beschrieben: „Die Zusammenarbeit mit der Truppe in Sicherheitsfragen und innerhalb des Dienstes reicht nicht aus." Das „Meldeaufkommen" im nachrichtendienstlichen Bereich sei zurückgegangen. Der Hauptgrund *dafür sei im „geringen Stellenwert"* und im „fehlenden Verständnis für militärische Sicherheit zu suchen".

Die Sozialdemokraten sind auf der Suche nach einer genauen Standortbestimmung

Das Verhältnis zum Kommunismus und zu der „Friedensbewegung" spielt dabei eine wesentliche Rolle

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD begibt sich nach den Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluß und im Vorfeld der Diskussion um eine Fortschreibung des Godesberger Grundsatzprogramms auf die Suche nach genauen Standortbestimmungen. Dabei spielt auch das Verhältnis zum Kommunismus und zur „Friedensbewegung" eine wesentliche Rolle. Die neueste Ausgabe der sozialdemokratischen Theorie-Zeitschrift „Neue Gesellschaft" spiegelt gerade dies wider.

Verpackt in die Rezension einer Biographie des Alt-Kommunisten und späteren Brandt-Beraters Leo Bauer greift der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke behutsam das Thema des „Schismas der Arbeiterbewegung" auf, das von ihm allerdings überraschenderweise erst auf die Zeit des Ersten Weltkriegs datiert wird. Dabei stellt Ehmke fest, daß es für „demokratische Sozialisten eine Bündnispolitik" nicht geben könne, „solange nationale kommunistische Parteien als Teil eines wie immer organisierten Weltkommunismus nicht nur durch die Verinnerlichung des sowjetischen Staatsinteresses gekennzeichnet sind, sondern in ihrer Politik, ja sogar in ihrer Existenz zur Verfügungsmasse der Moskauer Zentrale gehören".

Aber, so Ehmke, ganz anders sieht es zum Beispiel im Fall des „historischen Kompromisses" italienischer Provenienz aus. Die „eurokommunistische Wende" eröffnet in diesem Punkt für den SPD-Politiker andere Perspektiven: Die Einsicht, daß „der Zweck nicht die Mittel heiligen kann und daß Sozialismus ohne Achtung vor der Person auch des Andersdenkenden, ohne Freiheit und Demokratie nicht denkbar ist, ist der einzig mögliche Ansatzpunkt für eine etwaige Überwindung des sozialistischen Schisma". Die für die Erhaltung des Friedens so wichtige Überwindung der Teilung Europas setze u. a. voraus, „daß das ideologische Schisma, das seit vielen Jahrzehnten die Welt trennt, wenigstens teilweise abgebaut, umgeformt, gemildert werden kann". Ohne eine solche europäische Friedensordnung werde „aber auch die Sowjetunion auf die Dauer nicht ihr sicherheitspolitisches Glacis in Osteuropa halten können".

Signale in eine – zumindest teilweise – gänzlich andere Richtung sendet Peter Glotz, der Bundesgeschäftsführer der SPD, aus. Ihm geht es um das weitere Verhältnis zur „Friedensbewegung", bei der nach seiner Meinung „nichts dümmer" sei als der Versuch, sie „über einen Kamm zu scheren". Er referiert aus einer von der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Sinus-Studie, aus welchen Gruppen sich die Protestbewegung zusammensetze. Glotz konstatiert allerdings auch, daß eine „Strategie" eine „ziemliche Mehrheit" habe: die „Strategie der einseitigen Abrüstungsschritte".

Da unbestreitbar sei, daß Moskau Mitte der 70er Jahre, „trotz zurückhaltender Rüstungspolitik des Westens, einen Fünf-Jahres-Plan beschloß, der das Wachstum der investiven Mittel halbierte, während der Militärhaushalt ungeschoren davonkam", dürfe die „Linke" in der Bundesrepublik dieser vorherrschenden Strategie der „Friedensbewegung" nicht folgen. Sie wäre sonst, so Glotz, „innerpolitisch ins Ghetto der Minderheit gepfercht und außenpolitisch zum Mißerfolg verurteilt".

Als Richtung für sozialdemokratische Politik in diesem Bereich gibt Glotz vor, „Diplomatie und Massenarbeit" gleichermaßen zu betreiben. Die Sozialdemokratie müsse ihre Konzepte „in der Friedensbewegung verfechten". Man dürfe nicht „Hunderttausende idealistischer Bürger den Einflußversuchen von einigen Hundert gut organisierten kommunistischen Funktionären" überlassen.

Die Grenzen für eine politische Partei wie der SPD bei diesen Bemühungen zieht der ehemalige Bundesjustizminister Jürgen Schmude in der „Neuen Gesellschaft": Wenn allein die Gewissensentscheidung zum Maßstab des Handelns gemacht werde und diese individuellen Vorstellungen „auch gegen den Willen der Mehrheit aktiv durchgesetzt" werden sollten, bedeute dies „im Grunde genommen" einen Verzicht auf Politik. Der Versuch von Teilen der „Friedensbewegung", mit einer Art kollektiven Gewissensentscheidung sich selbst die Begründung für Gesetzesübertretungen zu liefern, wird von Schmude als gefährlich strikt abgelehnt und ein Bezug zu einem „Widerstandsrecht" in diesem Zusammenhang verneint.

Schmude charakterisiert die Gefahren solcher Grundtendenzen in der „Friedensbewegung", auf die sich auch die SPD in keinem Fall einlassen dürfe, so: „Die Mehrheit wird nicht für die Billigung des Ergebnisses geworben, sie wird mit ihm konfrontiert. Ließe sich diese Haltung ohne Rücksicht auf die Meinung anderer durchsetzen, so würde der Mehrheit aufgezwungen, was sie nicht einsieht und nicht will. Der Gewissensentscheidung des einen wäre Genüge getan, die Gewissen der vielen spielten keine Rolle. Mit der Forderung nach politischer Vorfahrt für die Gewissensentscheidung einzelner oder auch einer Minderheit wäre der Streit um letzte, unabstimmbare Wahrheiten in die Meinungs- und Willensbildung über politische Entscheidungen eingeführt. Dieser Streit ist grundsätzlich nicht friedlich auflösbar. Die mühsam erkämpfte Toleranz im politischen Zusammenleben wäre sein erstes Opfer".

Der Jurist Max Güde und sein Leitspruch

H.-H. HOLZAMER, Bonn

„Warum eigentlich nicht?" Widerspruch gegen das vermeintlich Gültige, gegen Schablonen und Dogmen, zeichnete Max Güde aus. Und dieses „warum eigentlich nicht?" war ein Leitspruch des am Sonntag in Werl bei Soest verstorbenen 82jährigen Juristen.

Im August 1957 wurde Max Güde Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof. Einer der aufsehenerregendsten Prozesse dieser Zeit war der Fall John. Güde hatte gegen die KPD-Spitzenfunktionäre Rische und Genossen zu plädieren. Er tat dies scharfzüngig, brillant, überlegen und zeigte dennoch erstaunliches Verständnis für die Angeklagten, denen ansonsten nur Verachtung entgegen-



Max Güde ist im Alter von 82 Jahren gestorben

schlug. Ein Richterkollege, so erzählte man sich später, wollte in einer Verhandlungspause wissen, warum der oberste Ankläger der jungen Republik sich für die kommunistischen Angeklagten so stark mache. Und ob er das überhaupt dürfe. „Warum nicht", fragte Güde zurück.

Nicht politische Fixierung verursachte seine Lust am Widerspruch, sondern der heilige Zorn über „dumme Rechthaberei". Dies bescherte ihm schon im Dritten Reich eine Verbannung in die Tiefen des Schwarzwaldes. Erst in der Bundesrepublik konnte er seinen Weg gehen, der ihn über die Staatsanwaltschaft in Konstanz rasch nach Karlsruhe führte. 1961 wurde er für die CDU in den Bundestag gewählt. Er gehörte ihm bis 1969 an.

Bülow für „Miliz" an der innerdeutschen Grenze

SPD-Papier: Weiterentwicklung der Verteidigungsstrategie

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Vorsitzende der SPD-Kommission für Sicherheit, der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Andreas von Bülow, hat sich gestern mit Überlegungen zu einer „Weiterentwicklung der Verteidigungsstrategien" zu Wort gemeldet. Dabei greift er die vor allem von Sozialdemokraten immer wieder erhobene Forderung auf, Strategie und Militärstruktur noch stärker dahin zu entwickeln, daß sie „ausschließlich oder überwiegend zur Verteidigung" geeignet seien, „nicht jedoch zum weiträumigen Angriff verwandt werden können".

Kernforderung in Bülows Strategie-Papier ist, daß die beweglichen Verteidigungskräfte der NATO an der innerdeutschen Grenze weitgehend abgelöst werden sollen von einer aus Reservisten gebildeten „Miliz", die in einem Streifen von 50 bis 75 Kilometer Tiefe entlang der Grenze mit Panzerabwehrwaffen einzusetzen wäre. Die Miliz-Einheiten für diesen „Panzerriegel" sollten die Bewohner dieser Landstriche bilden, die dadurch auch entsprechend motiviert wären. Von Bülow schlägt vor, diese Wehrpflichtigen in einer verlängerten Grundausbildung zu schulen, ihren Gesamt-Wehrdienst aber abzukürzen und statt dessen „in angemessenen zeitlichen Abständen Wehrübungen zu veranstalten".

Da aufgrund der demographischen Entwicklung der Bundeswehr in absehbarer Zeit immer weniger Wehrpflichtige pro Jahrgang zur Verfügung stehen, schlägt von Bülow eine stärkere „Kaderung" der Verbände vor. Eine Verlängerung des Wehrdienstes als anderen möglichen Ausweg – wie von der Bundesregierung angestrebt – lehnt er ab. Am Ende des „intelligenten Umstrukturierungsprozesses" in Strategie und Militärstruktur, so der SPD-Politiker, „solle die NATO willens und in der Lage sein, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten, insbesondere wenn die Sowjetunion ihrerseits sowohl auf den Einsatz konventioneller als auch atomarer Waffen verzichtet, wie sie es inzwischen angeboten hat".

Die Bundesrepublik Deutschland solle „auch im Interesse einer Risikoteilung" allenfalls noch Restbestände atomarer Waffen stationieren. Die Pershing-2-Raketen könnten abgezogen und „zugunsten einer seegestützten Cruise-Missile-Version aufgegeben werden". Am Ende, „in einer ganz fernen Zukunft", sieht der Politiker als mögliche Folge der Umstrukturierungen, daß sich Moskau „aus dem 1945 gewonnenen Vorfeld zurückzieht" und der Weg frei werde für „eine Evolution der politischen Systeme". Die zeitlichen Dimensionen einer solchen Auflösung der Blöcke hat auch eine entscheidende Rolle bei den Beratungen der Grundwertekommission der SPD über ein neues Grundsatzprogramm gespielt. Dabei wurden erhebliche Unterschiede z. B. zwischen Erhard Eppler und Richard Loewenthal deutlich.

„Die Anklage basiert auf unbegründetem Verdacht"

Brauchitsch weist Bestechungsvorwürfe zurück

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der ehemalige Manager des Flick-Konzerns, Eberhard von Brauchitsch, hat nachdrücklich den gegen ihn und den Konzern erhobenen Vorwurf der Bestechung zurückgewiesen. Vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre bestritt er gestern wiederholt, daß sich das Unternehmen beim Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets und der Wiederanlage des 1,9-Milliarden-DM-Gewinns durch Spenden finanzielle Vorteile hätte verschaffen wollen. Die Anklage der Staatsanwaltschaft beruhe auf einem „unbegründeten Verdacht".

Brauchitsch betonte, daß bei den Transaktionen ein Rechtsanspruch auf Steuerbegünstigung bestanden hätte. Anderenfalls hätte der Konzern, der mit dem Erlös eine neue industrielle Konzeption durchführen wollte, das Aktienpaket nicht verkauft. Er machte deutlich, daß er nicht damit gerechnet habe, welche Bedeutung von politischen Emotionen gegenüber der Anwendung geltenden Rechts ausgehe. Die Rücknahme der Steuerbegünstigung sei „völlig unzulässig".

„Zu keiner Zeit" habe er „unmittelbare oder mittelbare Zuwendungen oder Leistungen materieller oder immaterieller Art" an Regierungsmitglieder, Beamte, Bundestagsabgeordnete oder Parteien „angeboten, versprochen oder gewährt", die in einem „sachlichen oder zeitlichen Zusammenhang" mit dem vom Ausschuß aufzuklärenden Komplex stehen. Dies gelte nach seiner Kenntnis auch für andere Flick-Angehörige und sonstige Entscheidungsprozesse. Es seien zwar Spenden an Parteien oder einzelne Politiker geflossen – „nie jedoch an Amtsträger". Diese hätten bis auf eine Ausnahme aber keinen Zusammenhang mit dem Daimler-Benz-Komplex: Der ehemalige SPD-Schatzmeister habe wegen seines Angebots, Widerstände seiner Partei gegen die Steuerbefreiung zu überwinden, Geld erhalten. Aber auch hier sei es Flick nicht um eine „Einflußnahme" gegangen.

Zu den beschlagnahmten internen Notizen über Gespräche mit Regierungsmitgliedern und Politikern sagte er, sie seien in einer ganzen Reihe von Punkten irreführend. Dies sei teilweise bewußt erfolgt. Brauchitsch warnte auch davor, die „merkwürdigen Aufzeichnungen" des früheren Chefbuchhalters Diehl über Spendenzahlungen zuviel hineinzugeheimnissen. Er wollte nicht ausschließen, daß Diehl auf die falsche Fährte geraten war. Flick habe Politiker und Parteien in der Überzeugung unterstützt, „daß die Förderung der demokratischen Parteien eine staatspolitische Aufgabe ist", und deren Eigenmittel für ihre Arbeit nie ausgereicht hätten. Er wandte sich gegen einen „Mediengerichtshof", der ihn „vielfach vorverurteilt" hätte.

Union fragt nach Praktiken von „DDR"-Firmen

ms. Bonn

Konsequenzen aus dem von den Sicherheitsbehörden des Bundes zusammengestellten Bericht über die Tätigkeit „kommunistisch gesteuerter" Firmen in der Bundesrepublik Deutschland hat gestern die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefordert. Ihr deutschlandpolitischer Sprecher, der Abgeordnete Eduard Lintner (CSU), erklärte, „es solle schnellstens sichergestellt werden, daß wettbewerbswidrige Praktiken von DDR-Firmen abgestellt werden". Auch die Methoden zur Einschaltung von „Vermittlern", „Spediteuren" oder sonstigen „Dienstleistungsfirmen" dürften häufig einer „unzulässigen Knebelung der Geschäftspartner in der Bundesrepublik Deutschland nahekommen", betonte Lintner. Die Bundesregierung sollte den von der WELT am 1. 2. veröffentlichten Bericht der Sicherheitsbehörden, die „gründlich und ohne falsche politische Rücksichtnahme" gearbeitet hätten, zum Anlaß für Aktivitäten nehmen.

Scharfe Kritik an „DDR"

CDU-Abgeordneter: Umweltverschmutzer Nr. 1 in Europa

BERND HUMMEL, Eschwege

Die „DDR" ist durch ihre Braunkohleindustrie der Umweltverschmutzer Nummer eins in Europa geworden. Das geht aus einem Bericht hervor, den der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm (Melsungen) gestern der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg vorgelegt hat. Der Abgeordnete: „Europa braucht eine koordinierte Politik zur Reinhaltung der Luft, in die auch die osteuropäischen Staaten einbezogen werden müssen."

Da die „DDR" über keine nennenswerten Vorräte an Steinkohle, Erdöl und Erdgas verfügt – dies geht aus dem Bericht hervor – greift sie bei der Energiegewinnung auf immer größere Mengen ihrer Braunkohlevorräte zurück. Mehr als 80 Prozent der in der „DDR" benötigten Energiemenge werden aus Braunkohle gewonnen. Dies führt zu einer starken Luftverunreinigung durch Schwefeldioxid, Staub und Flugasche. In dem Bericht heißt es: „Die DDR ist nicht nur Weltmeister in der Braunkohleförderung; sie liegt damit auch in der Emissionsdichte in Europa einsam an der Spitze."

Die „DDR" habe zwar ein Verfahren entwickelt, das den Abbau von Schadstoffen ermögliche; allerdings seien damit hohe Investitionen verbunden, die nur über einen längeren Zeitraum finanziert werden können. Der Import westlicher Technologien sei jedoch aus Devisengründen nicht möglich.

„Nicht unumkehrbar"

Honecker zur weltpolitischen Lage / Gespräch mit Trudeau

dpa/AFP/AP, Berlin

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende und SED-Chef Erich Honecker hat die Überzeugung geäußert, daß „die negative Entwicklung der Weltlage nicht unumkehrbar" sei. In einer Tischrede zu Ehren des kanadischen Premierministers Pierre Elliott Trudeau sagte Honecker am Dienstag: „Wenn Vernunft, Besonnenheit und Berechenbarkeit das Handeln derer bestimmen, die für die politischen Geschicke der Staaten Verantwortung tragen, dann wird es gelingen, eine Gesundung der internationalen Situation, die Rückkehr auf den Weg der Entspannung zu erreichen."

Auf die zuvor von Trudeau formulierte Forderung nach „Freizügigkeit für Personen und Ideen zwischen Ost und West" ging Honecker nicht ein. Die von Trudeau vorgeschlagene Konferenz der fünf Atommächte zur Festlegung von Obergrenzen für die Nuklearrüstung fand seine Zustimmung. Honecker sagte zu, sich bei der Sowjetunion für eine solche Konferenz zu verwenden.

Nach seinen Gesprächen mit Honecker sprach sich Trudeau vor der Presse dafür aus, im Ost-West-Verhältnis wieder zu Verhandlungen überzugehen. Beide Seiten müßten sich mit den inzwischen gefallenen Entscheidungen abfinden und von der bestehenden Lage ausgehen. Trudeau ist der erste Regierungschef eines NATO-Landes, der Ost-Berlin besucht.

Hessens SPD schloß Gespräche mit Grünen ab

D. GURATZSCH, *Frankfurt*

Die Verhandlungsdelegationen der SPD und der Grünen haben am Mittwochabend in Wiesbaden ihre Gespräche über eine langfristige Zusammenarbeit abgeschlossen. In einer ersten Würdigung erklärte der hessische Ministerpräsident und Landesvorsitzende der SPD, Holger Börner, die Verhandlungsergebnisse seien eine „tragfähige Grundlage". Sie müßten sich nun in den Haushaltsberatungen für 1984 bewähren. Börner äußerte die Ansicht, die Verhandlungen seien „fair bis zum Schluß" verlaufen. Vieles von dem Vereinbarten könne nicht in einem Haushalt verwirklicht werden.

Der Verhandlungsführer der Grünen, der Landtagsabgeordnete Karl Kerschgens, erklärte nach Abschluß der Verhandlungen, die Ergebnisse ließen sich „endgültig noch nicht bewerten". Viele strittige Fragen zwischen den beiden Verhandlungsdelegationen seien in Unterkommissionen verwiesen worden und müßten dort noch abschließend geklärt werden. Von den dort erzielten Ergebnissen werde es abhängen, ob die Vereinbarungen für die Grünen ausreichten.

RAF-Mitglieder machen Angebote für eine Amnestie

WERNER KAHL, Stuttgart

Das Zeremoniell hielten die letzten RAF-Anführer auch zu Beginn des Prozesses um neunfachen Mord durch die Nachfolger der Baader-Meinhof-Gruppe ein. Der mitangeklagte Rädelsführer Christian Klar überließ seiner früheren Kommilitonin Brigitte Mohnhaupt das erste Wort. Mit tonloser Stimme und ohne sichtbares Engagement verlas die 34jährige ehemalige Studentin der Geschichte und Zeitungswissenschaften einen Aufruf zur „Einheit" der (zerbrochenen) Stadtguerilla.

Nur engste Bekannte aus ihrer südbadischen Heimat waren gestern früh in das provisorische Gerichtsgebäude Stuttgart-Stammheim gekommen, das nach Abschluß aller Terrorismusverfahren wieder abgerissen werden soll. Von Zurufen begrüßt, umarmten sich die beiden Anführer der RAF-Nachfolgeorganisation, die 1982 vor Erddepots in Hessen und Holstein in eine Polizeifalle getappt waren.

In diesem Prozeß, mit dem möglicherweise das letzte große Kapitel der Stadtguerilla aufgeschlagen wird, ist der „politischen Verteidigung" wie schon im Verfahren gegen die RAF-Gründer Mitte der siebziger Jahre eine entscheidende Rolle zugedacht. Aus Erklärungen der Angeklagten und Anwälte zeichnete sich gestern die Linie ab. Es kommt ihnen offensichtlich nicht darauf an, sich gegen die strafrechtlich relevanten Beschuldigungen der Bundesanwaltschaft zur Wehr zu setzen oder bestimmte Anklagepunkte zu der Mordserie 1977 zu widerlegen, sondern allein darauf, den Gerichtssaal zu einem politischen Forum zu gestalten.

Viel hatte nicht gefehlt, und zur Hauptverhandlung wären von frustrierten RAF-Anhängern weiße Fahnen geschwenkt worden. Weiß als politisch-militärisches Signal einer Kampfaufgabe. Die aus Frankfurt avisierten Parlamentäre kamen jedoch auf dem Glatteis vor Stuttgart ins Rutschen. Christoph Wackernagel und Gert Schneider, zwei zu je 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilte RAF-Mitglieder, haben zu einem Deal mit dem Staat aufgerufen: Einstellung des bewaffneten Kampfes, Auflösung der Stadtguerilla und dafür eine Amnestie. Vorwürfen, dies käme einer Kapitulation gleich, widersprach Wackernagel: „Es kann nur kapituliert werden, wo ein Kampf stattfindet. Dies ist hier schon lange nicht mehr der Fall." Unter den Zuhörern wurde heftig über die Schlußfolgerung des einstigen RAF-Terroristen gestritten. In dieser Situation sei die „Existenz der Gefangenen in den Knästen politisch sinnlos geworden", hieß es.

Frust und Erschöpfung unter RAF-Häftlingen richten sich jetzt gegen geistige Untergrundlotsen der siebziger Jahre: „Die 150prozentigen draußen", so Wackernagel, die gegen einen Deal mit dem Staat seien, müßten sich fragen lassen, ob sie die Gefangenen als Lebensinhalt und Existenzberechtigung brauchten. Als Perspektive wünschen sich diejenigen Häftlinge, die Amnestieerwartungen teilen, eine Fortsetzung des Kampfes auf einer anderen Ebene: Aus dem Untergrund beziehungsweise aus der Zelle auf die Straße und rein „in den Klassenkampf" (Wackernagel). Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar wären nach den gestrigen Erklärungen fürs erste damit zufrieden, mitgefangene Komplizen in einer Großzelle um sich zu scharen.

Weitere politische Nachrichten auf den Seiten 7 und 8

DIE WELT (uspa 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Personalien

EHRUNG

Die Berliner Juristin **Helene Jacobs**, 77 Jahre alt, langjährige Mitarbeiterin der „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit", wird heute in Berlin durch den israelischen Staat mit dem Ehrentitel „Gerechte der Völker" ausgezeichnet. Die Auszeichnung überreicht der israelische Gesandte **Ephraim Eylon** im Jüdischen Gemeindehaus. Frau Jacobs gehörte während der nationalsozialistischen Zeit zu einer Gruppe, die in ihrer Wohnung jüdische Bürger versteckt hielt, um ihr Leben zu retten. Dabei kam sie selbst durch Denunziation ins Zuchthaus. Nach dem Kriege wirkte sie auch im „Ständigen Arbeitskreis Juden und Christen" mit.

VERANSTALTUNG

„Auf dich war Verlaß, lieber Hans." Mit ganz persönlichen Worten gratulierte **Rainer Barzel** zum 65. Geburtstag von **Hans Katzer**. Der frühere Bundesarbeitsminister und ehemalige Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse wurde 65 Jahre alt. In der Amtsvilla von Bundestagspräsident Barzel bestätigten beide Männer ihre langjährige Freundschaft. „Es ist die solideste und stärkste Freundschaft des politischen Lebens für mich gewesen, bis auf den heutigen Tag", so Katzer. Beide Männer kennen sich seit 1945. In Köln trafen sie zum ersten Mal zusammen. Jesuiten hatten den damaligen Studenten Barzel zu Katzer geschickt, der als Angestellter in einem Arbeitsamt arbeitete. Der Geburtstagsempfang in Bad Godesberg führte Bonns Regierende und ehemalige Weggenossen Katzers in das „Weiße Haus" am Rhein. Erster in der Reihe der Gratulanten: Bundespräsident **Krl Carstens**. Mit ihm kamen die Minister **Gerhard Stoltenberg, Norbert Blüm, Oscar Schneider, Heinz Riesenhuber** und **Jürgen Warncke**, CDU-Fraktionschef **Alfred Dregger**, sowie die frühere CDU-Familienministerin **Änne Brauksiepe**. Die Opposition führte ihr Fraktionsvorsitzender **Hans-Jochen Vogel** an, zusammen mit seinem Stellvertreter **Horst Ehmke**. Gratulanten waren der frühere Arbeitsminister **Walter Arendt**, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD **Konrad Porzner** und natürlich die Gewerkschaften. Es kamen **Adolf Schmidt**, Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, der stellvertretende Vorsitzende der Postgewerkschaft **Klaus-Dieter Zemlin**, der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende **Siegfried Merten**. Händeschütteln gab es mit **Josef Stingl**, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, mit Handwerkspräsident **Paul Schnittker**, mit Bundestagsdirektor **Helmut Schellknecht**, mit den früheren Bundestagspräsidenten **Kai Uwe von Hassel**, heute Europaabgeordneter und mit **Eugen Gerstenmaier**. Kanzler Helmut Kohl sagte kurzfristig ab.

GESTORBEN

Andor Hencke, einer der früheren großen Ostexperten des Auswärtigen Amtes, starb am 31. Januar in Rottach-Egern. Hencke war beim Zusammenbruch 1945 Unterstaatssekretär und Leiter der Politischen Abteilung des damaligen Auswärtigen Amtes in der Wilhelmstraße in Berlin. Nach dem Krieg hat er bis in die sechziger Jahre den Kabinetten von Konrad Adenauer als Ostberater zur Verfügung gestanden. Andor Hencke kam am 14. Juli 1895 als Sohn eines kaufmännischen Direktors in Berlin zur Welt. Erzogen wurde er im Königlich-Preußischen Kadettenkorps in Potsdam und Berlin Lichterfelde. Der aktive Offizier, der 1919 mit in der Waffenstillstandskommission tätig war, trat 1922 in den Auswärtigen Dienst des Deutschen Reichs ein. Er wurde ebenfalls 1922 Attaché bei der Diplomatischen Vertretung in Moskau und dort persönlicher Referent von Botschafter **Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau**. Über diese Jahre hat Andor Hencke ein Manuskript verfaßt, das jedoch zum Leidwesen des Auswärtigen Amtes noch nicht veröffentlicht wurde. 1930 ging er zur deutschen Gesandtschaft nach Kowno, der damaligen Hauptstadt von Litauen. 1933 wurde er Konsul in Kiew. Seine „Erinnerungen als deutscher Konsul in Kiew, 1933–1936" geben über diese Jahre viel Aufschluß. Es folgte 1936 seine Versetzung an die Gesandtschaft nach Prag. Sein Buch, das er später schrieb, „Augenzeuge einer Tragödie", gilt unter Kennern auch heute als eine faszinierende Lektüre. In Prag blieb Hencke bis 1939. 1940 wurde er Gesandter, 1943 für kurze Zeit an die deutsche Botschaft nach Madrid versetzt, ehe er im gleichen Jahr die Politische Abteilung des AA übernahm. Nach einer Internierungszeit bei den Alliierten nach Kriegsende mußte er noch bei den Nürnberger Prozessen als Zeuge auftreten. Konrad Adenauer nahm den Ostexperten 1951 in seine Dienste.

*

Im Alter von 92 Jahren starb in Berlin Professor **Konrad Mellerowicz**, international bekannt als Mitbegründer der modernen Betriebswirtschaftslehre. Generationen von Studenten war er Lehrer und Wegweiser geworden. Der in Jersitz bei Posen geborene Wissenschaftler wirkte seit 1926 in Berlin. Mellerowicz war Ehrensenator der Technischen Universität Berlin und Inhaber des Goldenen Ehrenringes der Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft.



Enge Freunde: Hans Katzer, links, sein Gastgeber, Bundestagspräsident Rainer Barzel, und Finanzminister Gerhard Stoltenberg, rechts. FOTO: KEIL

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wie ehrbare Kaufleute

„Weder Königgrätz noch Waterloo": WELT vom 4. Januar

Mit Recht prangert Günter Zehm das Bemühen des ehemaligen DDR-Planungschefs an, die Zustimmung der Bundesregierung für eine die DDR-Führung nicht demütigende weitere Milliarden-Kredit-Gewährung zu erwirken. Werner Obst, welcher der CSU nahestehen soll, verkennt, daß die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung nicht nur in den Augen der Bundesbürger, sondern auch in der Sicht aus aller Welt auf dem Prüfstand steht.

Als im Juli 1983 der Milliardenkredit an die DDR von Kohl, Strauß und Genscher gewährt wurde, wurde und blieb die Öffentlichkeit vom Bundespresseamt nicht aufgeklärt, worum es den Politikern ging. In bislang treuen Wählerkreisen wurden Zweifel laut; Konsequenzen bahnten sich an. Erst langsam wurde erkannt, daß Kohl und Strauß es auf sich genommen hatten, ihrer Regierung den Ruch und Nimbus zu nehmen, daß sie wie in der Opposition gegen die schwächlich nachgebende Vertragspolitik gestimmt haben; sondern daß sie als verantwortliche Regierung durchaus vertragsbewußt zu Verhandlungen auf Gegenseitigkeit seit eh und je bereit sind.

In Amerika wurde früh und spontan erkannt, daß der politischen Offensive des Kremls und der von ihr gesteuerten Friedensbewegung das gewichtigste Argument gegen die Bundesregierung abrupt aus der Hand geschlagen worden war. Dort nannte man es einen genialen taktischen Schachzug. Am 27. 12. 83 sagte der CSU-Politiker Theo Waigel: „Der Kredit an die DDR hat uns politischen Spielraum geschaffen."

Kein Wort Günter Zehms ist dennoch als Warnung zuviel gesagt. Wenn das Signal an die DDR der Absicht entsprechend – scheinbar – erfolgreich angekommen ist, so schlägt dies Urteil um, wenn die Regierung Honecker glaubt, der Regierung Kohl ohne echte Verbesserung der Beziehungen an der Grenze und im gegenseitigen Vertragsverhalten eine einseitig entgegenkommende weitere Kreditgewährung zumuten zu können.

Bevor nicht wesentliche menschliche Erleichterungen durchgesetzt worden sind: Aufhebung des Schießbefehls, Entfernung der Schießautomaten an den Grenzzäunen, Minderung (wenn nicht Annulierung) der Umtauschquoten des Geldes an der Grenze, Öffnung der Grenze für in Helsinki festgelegte Presseinformation durch Zeitungen, kann und darf kein weiterer Kredit an die DDR gewährt werden. Rückzahlung des ersten Milliardenkredits ohne vorherige weitere Kreditgewährung unsererseits ist Voraussetzung.

Günter Zehm hat recht, auch die Bonner Politiker zum Verhalten als ehrbare Kaufleute aufzufordern. Er soll wissen, daß das Wählervolk Augen und Ohren offen hat.

H. Schultz, Grafenschau

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Tierschützer

„Ein Alkoholiker soll künftig keinen Hund mehr halten dürfen"; WELT vom 7. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von Ihnen zitierten Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, Wolfgang von Geldern, über die geplanten Änderungen des Tierschutzgesetzes sind unhaltbar.

In bezug auf Tierversuche enthält der Referenten-Entwurf zur Novellierung des Tierschutzgesetzes keine einzige Bestimmung, die eine wirksame Einschränkung der millionenfachen Experimente und eine Verminderung der dabei oft festzustellenden Tierquälerei garantiert. Im Gegenteil: Einige der beabsichtigten Regelungen – etwa die vorgesehene Zucht von Versuchstieren – könnten sogar eine Ausweitung der Tierversuche und damit eine erhebliche Verschlechterung gegenüber dem geltenden Recht zur Folge haben.

Abzulehnen ist auch die Absicht des Ministeriums, Tierexperimente für zahlreiche nichtmedizinische Zwecke (etwa zur Erprobung von Chemikalien und Kosmetika) ausdrücklich zu gestatten, was im bisherigen Tierschutzgesetz nicht verankert ist. Außerdem soll es auch weiterhin erlaubt sein, Versuchstieren erhebliche Schmerzen, Leiden und Schäden zuzufügen, Tiere mit (angeborenen) Defekten zu züchten und sogar alte, kranke sowie gebrechliche Tiere für Experimente zu verwenden!

Der Gesetzentwurf des Bundesernährungsministeriums zielt nur darauf ab, Tierversuche in Teilbereichen zu begrenzen, wirksamer zu kontrollieren und besser als bisher zu verwalten. Ein solches Tier„schutz"gesetz würde seinen Namen zu Unrecht tragen und auf heftige Opposition aller Tierschützer stoßen, da es nicht die Tiere, sondern vor allem die Tierversuche schützen soll.

Entschieden verwahren müssen wir uns gegen die Äußerung des Staatssekretärs, Tierschützer seien „Fanatiker, die mit einem abgewogenen Gesetz nicht einverstanden sind". Herr von Geldern hat wohl nicht begriffen, daß auch Tiere als unsere Mitgeschöpfe ein zumindest ähnliches Recht auf Leben und Unversehrtheit besitzen wie wir Menschen.

Mit freundlichen Grüßen
I. Weiss, Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V., Bonn 1

Falsch zitiert

„Prawda rühmt Stalin"; WELT vom 28. Januar

Ihr Korrespondent Fried Neumann, Moskau, schreibt: „Karl Marx formulierte das Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung."

Das ist leider völlig falsch zitiert. Gegen dieses Prinzip wäre gar nichts einzuwenden. In Fettdruck kann man jedoch im „Lehrbuch Politische Ökonomie" des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts auf Seite 641 lesen: „Der Übergang zum kommunistischen Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen." Was man ja nur als total irreal bezeichnen kann.

In diesem Strohhaufen marxistischer Irrtümer aber findet man auf *Seite 90 ein Korn der Wahrheit – im* Kleindruck: „Der Warenproduzent kann seine Ware verkaufen und das erlöste Geld zeitweilig zurückhalten. So ... kann eine Absatzstockung eintreten ... *die Möglichkeit* der Krisen."

Damit wird die Theorie des „konsequenten Monetarismus" bestätigt: Würde man das „Zurückhalten von Geld" *verhindern, dann gäbe es* keine Krisen. Was zu beweisen war.

Johannes Schumann, Hamburg 73

Seydlitz

„Mut zur eigenen Meinung": WELT vom 23. Januar und Leserbrief: „Andere Schlacht"; WELT vom 30. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

die Befehlsverweigerung des Generals von Seydlitz erfolgte, wie Walter Görlitz richtig schreibt, in der Schlacht von Zorndorf. Vor der Schlacht von Rossbach hatten Fried*rich der Große und Seydlitz* entgegengesetzte Ansichten über den Aufmarsch des Feindes. Seydlitz behielt recht.

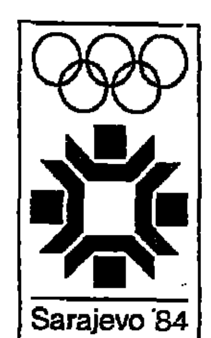
In der Schlacht von Kunersdorf verweigerte Seydlitz, nach Zögern, einen riskanten (milde ausgedrückt) Angriffsbefehl des Königs nicht. Ergebnis: Die preußische Reiterei wurde aufgerieben, die Schlacht ging verloren.

Mit freundlichen Grüßen
Herbert Woosch, Berlin 21

Wort des Tages

„Was kann man dem Menschen empfehlen, um ihn der Normung, an der auch die Technik ununterbrochen mitwirkt, zu entziehen? Nur das Gebet. Hier ist auch für den Geringsten der Punkt gegeben, an dem er nicht zu Teilen des Betriebs, sondern zum Ganzen in Berührung tritt. Von dort entströmt unerhörter Gewinn, auch Souveränität."

Ernst Jünger, dt. Autor (geb. 1895)



● Noch sechs Tage bis zur Eröffnungsfeier der XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo. Seit gestern wohnen die ersten Atlethen aus der Bundesrepublik im olympischen Dorf: acht Rodler sowie zehn Betreuer und Funktionäre. Sie waren von Berchtesgaden aus 14 Stunden lang mit dem Bus unterwegs. Der größte Teil der Mannschaft kommt am Sonntag.

● Bundespräsident Karl Carstens hat in einem Interview mit der in der Olympia-Stadt Sarajevo erscheinenden Zeitung „Oslobodjenje" den Sport als wichtigen Partner für den Frieden und das Verständnis in der Welt bezeichnet. Carstens sagte, der Sport könne zwar keine politischen Differenzen ausräumen, aber Brücken zwischen den Menschen bauen.

Claudia Leistner wird abgeschirmt
Streit um ärztliche Untersuchung

Seit gestern wird sie abgeschirmt wie die Kronzeugin in einem Mafia-Prozeß. Wenn Claudia Leistner, die Zweite der Weltmeisterschaft im Eiskunstlaufen von 1983, ihr tägliches Vier-Stunden-Programm in Pflicht und Kür absolviert, bleiben die Tore des Mannheimer Landesleistungs-Zentrums für Neugierige geschlossen. „Sie braucht jetzt absolute Ruhe und muß sich voll auf die Olympischen Spiele konzentrieren", begründet Eugen Romminger, beim Mannheimer ERC ihr Vereins-Vorsitzender und Präsidiumsmitglied der Deutschen Eislauf-Union, die Bewachung der Medaillen-Hoffnung für Sarajevo.

Mit eiserner Arbeit soll der Trainings-Rückstand wettgemacht werden. Denn die Zwangspause aufgrund der Verletzung am rechten Knie nach einem Sturz bei den Deutschen Meisterschaften Mitte Dezember des letzten Jahres hat Claudia Leistner arg zurückgeworfen. Zumal sie vor den nationalen Titelkämpfen an einer Knochenhaut-Entzündung und einer Muskelverhärtung in der rechten Wade laborierte. Jede Trainingsstunde hat für die 18jährige nun eine um so größere Bedeutung.

Das ist auch der Hintergrund für die Querelen um eine vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland (NOK) geforderte medizinische Untersuchung am Montag bei Dr. Rompe in Heidelberg. „Durch die Fahrt dorthin geht zu viel Zeit verloren", kritisiert Romminger, „die Entscheidung sollte dem behandelnden Arzt Dr. Maierski überlassen werden."

Zu den Vorwürfen erklärt Helmut Meyer, Direktor des Bundesausschuß-Leistungssports (BA-L): „Wenn jemand so lange nicht am Start war, ist diese Maßnahme normal und verständlich. Bei einer Olympia-Teilnehmerin muß man doch wissen, ob sie gesund ist oder nicht. Das NOK-Präsidium hat diese Auflage bei der Nominierungs-Sitzung erhoben. Dabei gab es auch keinen Widerspruch durch den Deutschen Eislauf-Verband oder die Deutsche Eislauf-Union."

Doch einen Verzicht auf Sarajevo aus medizinischen Gründen hält Claudia Leistner trotz momentaner Rückenbeschwerden für ausgeschlossen. „Ich merke nichts mehr von den Verletzungen", sagt sie, „und dazu gehe ich fast täglich noch zur Krankengymnastik." Bei der Kondition verspürt sie zwar noch immer kleine Mängel, doch die Trainingsleistungen der vergangenen Tage gaben neue Zuversicht. „Ich komme schon ganz gut durch die Kür", meint sie zufrieden. Zu ihren Chancen bei den Olympischen Spielen mag sie freilich keine Prognose wagen. Da wird ihr Trainer Günter Zöller, der sie seit 1976 betreut, schon konkreter: „Wenn nichts Entscheidendes dazwischenkommt, ist der Gewinn einer Medaille möglich. Claudia beweist einen unheimlichen Kampfgeist."

„Zum Ausfeilen der Kür", so Claudia Leistner, steht seit Wochenbeginn auch die Choreographin Uschi Kessler zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit ihr gelang 1983 die Weichenstellung zum zweiten Platz bei der WM. Aus dieser Sicht ein weiterer Hoffnungsschimmer für Sarajevo.



Sechs Tage vor Olympia, die olympische Flamme ist auf dem Wege nach Sarajevo. Aber noch wird der Bereich der Feuerschale gestrichen. FOTO: UPI

STAND PUNKT

Griff in den Sumpf

Er mochte nicht zum schuldigen Mitwisser werden. „Ich wollte keine solchen Dinge mittun, keine solchen Dinge mitdulden. Sonst hätten sie mich für immer gehabt", sagte der Ludwigshafener Arzt Dr. Ulrich Maierski. Die, die ihn dann am Schlawittchen gehabt hätten, das wären Trainer und hohe Funktionäre des Deutschen Turnerbundes (DTB) gewesen. So ging er als Turn-Mannschaftsarzt an die Öffentlichkeit und beschuldigte den amerikanischen Bundestrainer Eric Singer, er habe ohne ärztliche Absprache Aufbaupräparate an zum Teil minderjährige Turnerinnen verabreicht. In Überdosis.

Trotz dieser Sachlage bleibt Singer aber weiter im Amt. Verbandspräsident Willi Greite stellt sich schützend vor ihn. Im kleinen Kreis plauderte Greite aus, warum er das tut: Schickte man Singer in die Wüste, müsse man sich auch von dem renommierten tschechoslowakischen Cheftrainer Vladimir Prorok als Mitwisser in dieser Affäre trennen. Man müsse wegen Verletzung der Aufsichtspflicht auch die oberste Turn-Funktionärin Ursula Hinz schassen. Und das wäre noch längst nicht das Ende. Maierski hat einen Sumpf offengelegt, in dem ein ganzer Verband zu versinken droht.

Und Singer? Der will nun Strafanzeige wegen Beleidigung und Verleumdung stellen. Zielscheiben sind Dr. Maierski, Frau Hinz und der Hamburger Hellmut Wöhlbrand, der Sprecher des Bundesfachausschusses. Wöhlbrand sagt, es gehe nicht darum, ob die Überdosis einer Turnerin geschadet hat, es gehe ums Prinzip: „Wir dulden keinerlei Manipulation."

Doch um diese Dinge wußten im Turnerbund zuviele – einschließlich einer gar nicht mal so kleinen Schar von Eltern. Deshalb soll heute auch dieses Zitat eines Turn-Funktionärs in Sachen Singer nachgereicht werden: „Der Mann weiß zuviel über die anderen. Wenn man ihn entläßt, packt er womöglich aus." Sie wollten doch alle nur Medaillen, und sonst wirklich gar nichts. Ein Sumpf, wie schon gesagt.

KLAUS BLUME

FUSSBALL / Neue Krise beim Hamburger SV? – Kompromiß in Offenbach

● Meister Hamburger SV ist auch aus dem deutschen Fußballpokal ausgeschieden. Ist der VfB Stuttgart (4:3-Sieger nach Verlängerung) zur Zeit doch die stärkste deutsche Mannschaft? Auch Vizemeister Bremen enttäuschte beim Zweitliga-Klub Aachen (1:0-Sieg nach Verlängerung). Im Viertelfinale am 3. März spielen: 1. FC Bocholt – Bayern München, Hannover – Mönchengladbach, Bremen – VfB Stuttgart und Hertha BSC – Schalke 04.

● Die Beobachter des 1. FC Bocholt spotteten: „Wollt ihr mit dieser Leistung bei uns gewinnen?" Diese Frage war an Bayern Münchens Trainer Lattek nach dem 1:0-Sieg seiner Mannschaft über Uerdingen gerichtet. Lattek: „Wir hätten auch verlieren können." Das Stadion von Bocholt, das 20 000 Zuschauer faßt, ist bereits ausverkauft. Bocholts Trainer Müller: „Besseres als der FC Bayern hätte uns nicht passieren können."

Lorchs Namen kannte niemand. Die Kollegen riefen: „Kleiner, spiel ab"

DW. Hamburg

Die Angst vor dem Rückfall in die gerade überstandene Krise flackert beim deutschen Meister Hamburger SV wieder auf. Trainer Ernst Happel, dessen Träume vom Double (Meisterschaft und Pokal) durch den VfB Stuttgart mit dem 4:3-Sieg in der Achtelfinal-Wiederholung zerstört wurden, ist skeptisch: „Hoffentlich steckt die Mannschaft die Niederlage bis zum Spiel in Uerdingen weg."

Helmut Benthaus, der Stuttgarter Trainer, machte seiner Mannschaft ein großes Kompliment: „Sie hat nicht nur Moral bewiesen, sondern auch Kondition und Kraft gezeigt. Es ist wirklich erstaunlich, daß wir auch ohne Bernd Förster, Niedermayer und Makan in Hamburg gewonnen haben." Die Personalprobleme plagten nämlich die siegreichen Stuttgarter auch wieder in Hamburg. Am letzten Samstag war Bernd Förster noch gesperrt, am Dienstagabend lag er im Hamburger Interconti-Hotel im Bett, grippekrank. Libero Makan, ebenfalls an Grippe erkrankt, machte zwar die Fahrt im Bus zum Volksparkstadion noch mit, doch noch im Bus wurde ihm übel und er mußte sich übergeben. An seinen Einsatz war nicht zu denken. Freiwillig hatten sich deshalb die ebenfalls grippekranken Karl-Heinz Förster und Kelsch gemeldet, die – erheblich geschwächt – eigentlich noch nicht spielen sollten. Doch dann rückte Karl-Heinz Förster zum ersten Mal beim VfB Stuttgart als Libero ein, und der gelernte Stürmer Walter Kelsch erbot sich: „Wenn der Karl-Heinz das schon macht, bewache ich den Magath."

Einer, der auch noch nicht in ein solch schweres Spiel sollte, war der 19 Jahre alte Jugend-Nationalspieler Rainer Zietsch. Weil Bernd Förster und Makan ausfielen, bekam er erst in der Kabine kurz vor dem Anpfiff die Trainer-Order: „Zieh' dich um, du mußt spielen."

Zietsch erlebte sein zweites Spiel bei den Stuttgarter Profis. Seine Aufgabe, sowohl Kaltz als auch Hartwig zu bewachen, erledigte er mit Bravour. Nach dem Spiel sagte er: „Das ist schon ein unglaubliches Gefühl. Voriges Jahr war ich noch in Sandhausen und spielte in der Oberliga Südwest. Damals bestaunte ich die HSV-Stars noch. Und nun gewinne ich gegen sie."

Als der Schwede Dan Cornelliusson von Kaltz böse gefoult und deshalb ausgewechselt werden mußte, bot Trainer Benthaus den erst 18jährigen Jugend-Nationalspieler Rudi Lorch auf, der in Stuttgart normalerweise in der A-Jugendmannschaft eingesetzt wird. Zwei Torchancen konnte Lorch noch nicht verwerten, aber er brachte nicht nur die HSV-Abwehr zur Verzweiflung, er verunsicherte auch Rundfunk- und Fernsehreporter. Hörfunk-Mann Armin Hauffe vom Norddeutschen Rundfunk in seiner Reportage: „Jetzt ist der kleine Lurch schon wieder durch, immer wieder der kleine Lurch." Auch sein Fernseh-Kollege Rainer Koppke sprach vom Spieler Lurch. Doch die Herren sind in Schutz zu nehmen. Als Rudi Lorch am letzten Samstag beim Bundesliga-Spiel gegen den 1. FC Kaiserslautern eingewechselt wurde, kannten seine Mannschaftskameraden vom VfB Stuttgart ebenfalls nicht seinen Namen. Weder „Lorch" noch „Lurch" oder „Rudi" riefen sie, sondern statt dessen: „Kleiner, spiel' ab."

Mannheims Trainer Klaus Schlappner, Beobachter in Hamburg, staunte: „Erstaunlich, wie der Benthaus in Stuttgart immer wieder neue Talente wie ein Zauberer aus dem Hut zieht." Das Kompliment trifft den Falschen. Der Mann, der dafür verantwortlich ist, heißt Willi Entenmann, ist 40 Jahre alt, war früher selbst Bundesliga-Spieler und trainierte ehedem die Amateure des VfB Stuttgart. Der vom Schuldienst freigestellte Lehrer Entenmann gilt mittlerweile als einer der besten Assistenz-Trainer in der Bundesliga. Er baut sich die Talente Lorch, Zietsch und Reichert sorgfältig auf.

Gewonnen haben die Stuttgarter, doch schon haben sie erneute Sorgen. Zu den bereits grippekranken Spielern gesellen sich nun noch die, die im Spiel gegen den HSV erhebliche Blessuren davontrugen. So Günther Schäfer, dem Schatzschneider schon in der 18. Minute in die Wade trat, was eine offene Wunde zur Folge hatte. Und Dan Cornelliusson, dem Manfred Kaltz die Stollen seiner Stiefel in die Oberschenkel schlug. Mannheims Trainer Klaus Schlappner staunte: „Wir haben zwar gemeinsam mit dem VfB Stuttgart bisher die meisten gelben Karten bekommen, doch da muß irgend etwas nicht stimmen. Denn von den Hamburgern können wir alle noch eine ganze Menge auf diesem Gebiet lernen. Das sind ja keine Kinder von Traurigkeit."

Buchmann: „Spieler stimmten für mich"

DW. Bonn

Die Querelen beim abstiegsbedrohten Fußball-Bundesligaklub Kickers Offenbach sind vorerst beigelegt. Damit bleibt Lothar Buchmann weiterhin Trainer, und auch das Präsidium will bis zum Saisonende in der jetzigen Besetzung zusammenarbeiten. Hinzu kommen noch zwei ehemalige Funktionäre des Vereins, die sich aus beruflichen Gründen bei der Hauptversammlung im September 1983 nicht wieder in den Vorstand haben wählen lassen. Der frühere Präsident Walter Müller und der ehemalige Schatzmeister Thomas Zahn wollen ihren Nachfolgern helfen, das schlechte Betriebsklima der letzten Wochen zu verbessern.

Dies waren die wichtigsten Ergebnisse der bis in die Nacht zum Mittwoch dauernden Krisensitzung der Offenbacher Vereinsführung. Die einzige personelle Umbesetzung hatte es bereits vor diesem Treffen gegeben, als Mannschaftskapitän Walter Krause zurückgetreten war und die Mannschaft Michael Kutzop zu seinem Nachfolger gewählt hatte. Krause hatte seinen Rückzug damit begründet, daß er bei den Spielern nicht mehr genügend Vertrauen besitzen würde.

Der Kompromiß in der Vereinsspitze zur weiteren Zusammenarbeit kam vor allem deshalb zustande, weil Vizepräsident Karl Bittner bei einem möglichen Rücktritt von Präsident Siegfried Leonhardi und Schatzmeister Volker Schüler kein personelles Konzept für die Zukunft vorzuweisen hatte. Aber auch Leonhardi, der vor der Krisensitzung noch gedroht hatte: „Wenn Bittner bleibt, nehme ich meinen Hut", gab klein bei. Durch die Unterstützung der beiden früheren Präsidiumsmitglieder Müller und Zahn sieht der Vorsitzende nun eine „Basis, weiter für Kickers Offenbach zu arbeiten".

Mit einer genauen Festlegung der Arbeitsgebiete für jeden einzelnen will der Vorstand neuem Streit vorbeugen. Wichtigster Punkt dabei: Vizepräsident Bittner hat mit der Lizenzspieler-Abteilung nichts mehr zu tun. Und für die Zukunft versprach der Vereinsmäzen, der immer wieder mit Kritik an Trainer Buchmann an die Öffentlichkeit gegangen war: „Ich werde mich garantiert auf mein Ressort beschränken."

In einem Interview mit der WELT schildert Lothar Buchmann seine Einschätzung der Situation.

WELT: Sie dürfen also weiterarbeiten – ist Ihnen ein Stein vom Herzen gefallen?

Buchmann: Allenfalls ein Steinchen. Denn ich habe den ganzen Klamauk nie ganz so dramatisch gesehen.

WELT: Es muß Sie aber doch befriedigen, daß Sie unter dem Strich einen Sieg errungen haben ...

Buchmann: Es wäre sicherlich eine schlimme Sache gewesen, für Offenbach, für den Fußball insgesamt, wenn sich die Leute durchgesetzt hätten, deren Handeln nur von ihrer eigenen Profilneurose diktiert worden war.

WELT: Damit müssen Sie aber auch die meisten Ihrer Spieler ansprechen. Schließlich hat die Mannschaft letzten Samstag noch mit 15:5 gegen Sie gestimmt.

Buchmann: Die Abstimmung war eine reine Farce – und sie ist eindeutig manipuliert worden.

WELT: Woher beziehen Sie diese Erkenntnis?

Buchmann: Ich habe mich mit allen Spielern lange und fair unterhalten. Danach ist noch einmal abgestimmt worden, und diesmal hat sich eine deutliche Mehrheit dafür ausgesprochen, weiter mit mir zusammenzuarbeiten.

WELT: Besonders charakterfest scheinen Ihre Spieler offensichtlich nicht zu sein ...

Buchmann: So sollte man nicht pauschalieren. Richtig ist aber, daß es einige Leute in unseren Reihen gegeben hat, die mit gezinkten Karten gespielt haben. Nach meiner bisherigen Erkenntnis waren das ausschließlich die, die grundsätzlich sauer auf mich sind, weil ich sie nicht zu unseren Leistungsträgern zähle und weil ich sie deshalb schon vor langer Zeit auf die Tribüne geschickt habe.

WELT: Die nächste sportliche Krise kommt bestimmt, gibt's da nicht wieder Querelen?

Buchmann: Das schließe ich jetzt aus.

WELT: Wie hoch veranschlagen Sie die Chancen, Offenbach vor dem Abstieg retten zu können?

Buchmann: Mit 60 zu 40 Prozent setze ich darauf, daß wir erstklassig bleiben!

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 13. Spieltag: Heusenstamm – Bad Hamm 8:8, Altena – Düsseldorf 9:6, Jülich – Reutlingen 5:9, Grenzau – Bremen 9:3.

TENNIS

Damenturnier in Houston/Texas (150 000 Dollar), erste Runde: Bunge (Deutschland) – Fairbank (Südafrika) 3:6, 6:4, 6:0, Amiach (Frankreich) – Jolissaint (Schweiz) 6:1, 3:3, Jolissaint aufgegeben, Shaefer (USA) – Ruzici (Rumänien) 6:4, 6:4.

FUSSBALL

2. Liga, Nachholspiel: Osnabrück – Köln 0:4 (0:2). – Freundschaftsspiele: Dortmund – Leverkusen 4:2 (2:1), M'gladbach – 1. FC Köln 1:0 (0:0).

BASKETBALL

Pokal der Damen, Halbfinale: Frankfurt – Köln 70:71.

EISHOCKEY

Pokal, Gruppe 3: SC Rießersee – SB Rosenheim 3:4.

SPORT-NACHRICHTEN

Steher-Weltrekord

Moskau (sid) – Alexander Romanow (UdSSR) verbesserte auf der Moskauer Olympia-Radrennbahn seinen eigenen Stunden-Weltrekord hinter Stehermaschinen von 83.262 km-st. auf 86,274 km-st. Gleichzeitig unterbot er mit 34:59,62 Minuten seine eigene Weltbestleistung über 50 km (36:05,00).

Niederlage zum Auftakt

Eger (dpa) – Die Frauen-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland verlor zum Auftakt eines Handball-Turniers in der CSSR mit 19:28 (10:16) gegen die Mannschaft der „DDR".

Visa verweigert

Canberra (dpa) – Die australische Regierung hat drei Offiziellen des südafrikanischen Rugby-Verbandes die Visa zum Besuch Australiens verweigert. Die Südafrikaner wollten Gespräche über den Spielverkehr beider Nationen führen. Die Ablehnung erfolgte unter Hinweis auf Südafrikas Apartheid-Politik.

Sperre für Jockey

London (sid) – Billy Newnes, einer der besten englischen Jockeys, ist wegen Bestechlichkeit für drei Jahre gesperrt worden. Newnes hatte bei einem Rennen im Juni in Ascot dafür Geld erhalten, daß er den Favoriten Valuable Witness nicht auf Sieg geritten hatte.

Stenzel nach Nürnberg?

Nürnberg (sid) – Vlado Stenzel, zuletzt Trainer bei TuRa Bergkamen, steht nach eigener Aussage in Verhandlungen mit dem abstiegsbedrohten Handball-Bundesligaklub TuSpo Nürnberg. Dort soll er die Nachfolge von Trainer Volker Schneller antreten. Nürnbergs Vorsitzender Hamburger dementierte Kontakte zu Stenzel.

Wittchen in Bergkamen

Bergkamen (sid) – Herbert Wittchen, zuletzt Trainer des deutschen Handball-Meisters VL Gummersbach, ist ab sofort technischer Berater beim Handball-Bundesligaklub TuRa Bergkamen. In der nächsten Saison wird er den Verein auch trainieren.

Londons Wende in der Ostpolitik ist mit Washington abgestimmt

Ungewöhnlicher PR-Aufwand für Frau Thatchers erste Reise in ein Warschauer-Pakt-Land

FRITZ WIRTH, London

Seit drei Tagen ist „ungarische Woche" in Großbritannien. Die Briten, die sich sonst nicht sehr viel um Ereignisse im Ausland kümmern, werden plötzlich überfüttert mit Nachrichten aus Budapest. Die BBC hat einen Discjockey nach Ungarn geschickt, der seit Montag täglich zwei Stunden lang ungarische Lebensart erforscht und über die Qualität des ungarischen Weins und den fernsehfreien Montag der Ungarn staunt. Das britische Fernsehen zog aus, das ungarische Wirtschaftswunder und die „Rolls-Royce"-Fahrer der Volksrepublik an der Donau zu entdecken. Das populäre Morgenmagazin „Today" des BBC-Rundfunks wird ab Donnerstag „life" aus der ungarischen Hauptstadt gesendet, und Frau Thatcher ging auf den „World Service" der BBC, um Sätze der Bewunderung über die Ungarn abliefern zu können.

Das alles ist natürlich kein Zufall, sondern sorgfältige Regie zum bevorstehenden Ungarn-Besuch der britischen Premierministerin. Tatsächlich hat es seit dem Amtsantritt Frau Thatchers vor knapp fünf Jahren keine Auslandsreise gegeben, die von der Regierung mit so starkem politischem „Ballyhoo" und Public-Relation-Aufwand versehen wurde.

Die Absicht ist unübersehbar: Frau Thatcher möchte diesem Besuch eine deutliche politische Signalwirkung geben. Er soll Nachricht geben über die Wende in der Ostpolitik der Regierung Thatcher, die bisher durch eisige Kühle gekennzeichnet war.

Rhetorisch hatte sie diese „Wende" bereits auf dem letzten konservativen Parteitag in Blackpool angekündigt, als sie erklärte: Ob wir die kommunistischen Systeme mögen oder nicht, wir leben mit ihnen auf dem gleichen Planeten und müssen versuchen, mit ihnen in Frieden auszukommen. Diese gleiche Koexistenz-Formel kehrte in allen Interviews vor ihrem Ungarn-Besuch wieder.

Die Parteitagsrede des letzten Oktobers widerlegt Spekulationen, daß die Öffnung der Regierung Thatcher zum Osten hin das Ergebnis wachsender Frustration mit Washington seit dem Grenada-Konflikt ist. Diese ostpolitische britische Neuorientierung ist älter und mit Sicherheit nicht als aggressiv gegenüber Washington zu verstehen. Im Gegenteil: Sie ist mit der Reagan-Adminstration sorgfältig abgestimmt. Tatsache ist ferner, daß das britische Außenministerium bereits seit zwei Jahren, also noch unter der Ära Lord Carringtons, versucht, Frau Thatcher auf einen sanfteren ostpolitischen Kurs zu bringen.

Frau Thatcher hat mit Nachdruck dementiert, daß ihr Ungarn-Besuch in Wahrheit der Umweg einer Reise nach Moskau sei. Sie mußte das dementieren, um ihre ungarischen Gastgeber nicht vor den Kopf zu stoßen. Tatsächlich jedoch ist das Endziel der direkte Dialog mit Moskau. Das bedeutet nicht, daß eine Thatcher-Reise nach Moskau unmittelbar bevorsteht. Das Nahziel ist zunächst ein Besuch der beiden Außenminister Gromyko und Sir Geoffrey Howe in London und Moskau.

Die Reise Frau Thatchers nach Ungarn ist die erste Reise eines britischen Regierungschefs nach Ungarn seit dem Jahre 1918 und zugleich der erste Besuch Frau Thatchers in einem Staat des Warschauer Paktes.

Die letzten britisch-sowjetischen Kontakte reichen bis ins Jahr 1967 zurück, als Kossigyn für drei Tage an die Themse kam und der damalige Premierminister Harold Wilson mit verzweifelten, aber vergeblichen Aktivitäten versuchte, zwischen Washington und Moskau die Rolle eines Vietnam-Vermittlers zu spielen.

Ein Jahr später wurde Wilson in Moskau von den Sowjets zu dessen eigener Verblüffung ein anglo-sowjetischer Freundschaftsvertrag angeboten, Pläne, die jedoch mit der sowjetischen Invasion der Tschechoslowakei zur Makulatur wurden. Zwei Jahre später entlarvte die neue Regierung Heath 102 sowjetische Diplomaten in London als Spione und schickte sie nach Hause. Seither herrscht Eiszeit im anglo-sowjetischen Verhältnis.

Eagleburger: USA könnten sich von Europa abwenden

SAD, Washington

Falls sich Amerikas Verbündete in Westeuropa weiterhin vorwiegend mit sich selbst beschäftigen, dann könnten sich die USA immer mehr Japan und anderen asiatischen Ländern zuwenden. Zu dieser Einschätzung kam der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Lawrence Eagleburger in Washington. Die treibende Kraft für derartige Tendenzen sieht Eagleburger in den enger werdenden Handelsbeziehungen, speziell auf technologischem Gebiet. Allerdings könnten diese asiatischen Staaten kein Ersatz für das NATO-Bündnis sein.

Nach Meinung Eagleburgers läßt die „Beinahe-Nabelschau" der Europäer neue Sorgen über die gemeinsame Sicherheit aufkommen. Denn die Sowjetunion könnte die Gelegenheit nutzen, „neues Unheil zu stiften", betonte er. Im einzelnen erklärte der Staatssekretär: „Die Westeuropäer sind zumindest im Augenblick zunehmend weniger daran interessiert, sich mit der Stabilität der Welt zu befassen, und mehr daran interessiert, sich mit der Stabilität in ihrem eigenen geografischen Gebiet und in dessen Umkreis zu beschäftigen."

Die Entspannung zwischen Ost und West sei aus amerikanischer Sicht ein Fehlschlag gewesen, weil Moskau weltweit keine Zurückhaltung zeigte, sagte Eagleburger. Die europäischen NATO-Partner betrachteten jedoch die Entspannung als Erfolg, weil sie dazu beigetragen habe, Spannungen in Europa abzubauen und Berlin als Brennpunkt der Konfrontation zu entschärfen.

Interessiert verfolgt Regierung Reagan Bonns Schritte in Nahost

Die amerikanische Haltung zu einem möglichen Bonner Waffengeschäft in Riad

TH. KIELINGER, Washington

Die amerikanische Regierung steht in dem Streit zwischen Bonn und Jerusalem bezüglich des geplanten Waffenverkaufs an Saudi-Arabien eindeutig auf der Seite der Bundesrepublik, wenn sie sich auch offiziell peinlich jeder Äußerung zu der Thematik enthält.

Die Position der Reagan-Administration ist nicht überraschend. Washington fordert seit langem offen und deutlich die NATO-Verbündeten auf, in Krisenräumen außerhalb der NATO, wo auch vitale westliche Sicherheitsinteressen berührt sind – etwa die Golf-Region – das Geschäft der Stabilisierung nicht gänzlich auf amerikanische Schultern abzuladen.

Die deutsche Außenpolitik insbesondere ist von Mitgliedern des engeren Reagan-Kreises häufig kritisiert worden. Sie gehe nicht genug aus ihrer Reserve heraus und vermeide mit dem Hinweis auf die Vergangenheit eine sichtbarere Rolle außerhalb der NATO. „Bonn muß in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen" ist eine geradezu stehende Redensart unter Beratern des Weißen Hauses.

Der geplante Verkauf westdeutscher Rüstungsgüter an ein Land – Saudi-Arabien –, das von den USA als moderat und entscheidend für die Sicherung westlicher Interessen eingestuft wird, ist in amerikanischen Augen eine Art Testfall für die gewünschte stärkere deutsche Profilierung. Er paßt zudem in das langfristige Konzept Washingtons, im Nahen Osten eine Politik der Ausgewogenheit zwischen Israel und einer Reihe arabischer Staaten zu verfolgen.

Entsprechend dieser Politik sind die USA seit 1978 dazu übergegangen, parallel zu immer weitergehenden Verpflichtungen für die Sicherheit Israels größere Waffenlieferungen an Länder wie Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien zu vereinbaren. Der Durchbruch erfolgte im Juli 1978, als die Carter-Administration zum erstenmal den Verkauf fortgeschrittener Offensiv-Systeme wie des Überschallbombers F-15 an Ägypten und Saudi-Arabien im Kongreß durchbrachte.

Präsident Reagan setzte konsequent diese Linie fort. Wie Jimmy Carter vor ihm riskierte auch er eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Kongreß in dieser Frage, und zwar als er im Herbst 1981 fünf Awacs-Frühwarnradarmaschinen an Saudi-Arabien verkaufen wollte. Die Reagan-Administration gewann diesen Streitfall, wenn auch knapp. Er führte aber zu schweren Zerwürfnissen mit der damaligen Regierung Begin, der Präsident Reagan persönlich unlautere Einmischung in den Hoheitsbereich amerikanischer Außenpolitik vorwarf. In einer berühmtgewordenen Pressekonferenz vom 1. 10. 1981 erteilte Reagan einen deutlichen Verweis:

„Auch wenn wir die vitalen Interessen unserer Alliierten immer berücksichtigen müssen, so bleiben die amerikanischen Sicherheitsinteressen doch unsere ureigenste Verantwortlichkeit. Es steht keiner anderen Nation zu, amerikanische Außenpolitik zu formulieren."

Auch um solche an den Nerv der Freundschaftsbeziehungen zu Israel gehende Kraftproben zukünftig zu vermeiden, beschloß die Reagan-Regierung im vorigen Jahr, mit Jerusalem eine stärkere strategische Kooperation einzugehen. Damit will sich Washington verminderte israelische Opposition gegenüber den weiterbestehenden militärischen Verbindungen der USA zu einigen von Israels Nachbarstaaten einhandeln. Das könnte sich schon bald auszahlen, falls die von den Amerikanern auszurüstende jordanische „Schnelle Einsatzreserve" Wirklichkeit werden sollte, und zwar ohne erneute schwere Reibereien mit Jerusalem.

Regierungskreise in Washington halten es nicht für ausgeschlossen, daß Jerusalem über das Netz seines Einflusses in den USA versuchen wird, den geplanten Verkauf der deutschen Waffen an Saudi-Arabien noch zu verhindern. Doch wird sich die Reagan-Administration – dies wurde der WELT in mehreren Gesprächen klar erläutert – nicht bewegen lassen, in dieser Frage den deutschen Partner zu bedrängen.

In Tschad setzt Frankreich jetzt auf direkte Verhandlungen mit Khadhafi

Die Verbindung nach Tripolis war nie abgerissen / Cheysson auf Afrika-Tour

AUGUST GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Außenminister Claude Cheysson ist gestern zu einer fünftägigen Reise durch Afrika aufgebrochen. Die Stationen seiner Reise – N'Djamena, Addis Abeba, Tripolis – weisen deutlich auf den Punkt, um den alle seine Bemühungen kreisen werden: Den Tschad.

Der Minister wird in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena mit dem von Frankreich und der afrikanischen Dachorganisation OAU (Organisation für die Einheit Afrikas) als rechtmäßig anerkannten Präsidenten Hissen Habré zusammentreffen. Habré hatte sich Anfang Januar geweigert, an einer von der OAU in Addis Abeba anberaumten „Aussöhnungskonferenz" teilzunehmen, da sein Widersacher, der von Libyen unterstützte Chef der einstigen Übergangsregierung (Gunt), Goukouni Weddai, dort wie ein Staatschef empfangen worden war. Im übrigen fürchtete Habré eine von Libyens Staatschef Khadhafi gelegte Falle. Khadhafi hatte nach Habrés Einschätzung eine Mehrheit der 50 Staaten der Organisation hinter seinen Protégé Goukouni gebracht; Habré riskierte folglich eine Niederlage.

Khadhafi rächte sich sofort für seine Blamage. Am 24. Januar schickte er eine Kolonne von 34 Fahrzeugen durch die dünne französische „rote Linie" entlang des 15. Breitengrades nach Ziguey, einem Ort 120 km hinter dem Rücken der Franzosen. Die Soldaten Goukounis machten 50 Gefangene unter Habrés Truppen, die den Ort hielten. Auf dem Rückweg wurden sie von französischen Jaguar-Jagdbombern abgefangen und größtenteils vernichtet, aber ein Jagdbomber konnte von ihnen abgeschossen werden, wobei der Pilot sein Leben verlor. Wie man inzwischen weiß, waren es Maschinengewehre und nicht, wie ursprünglich vermutet, sowjetische Sam-7-Raketen, die das Flugzeug zum Absturz brachten.



Tschad-Reisender Cheysson

Frankreich reagierte mit einer Vorverlegung seiner „Überwachungslinie" an den 16. Breitengrad, etwa 100 km weiter nördlich, hart unterhalb der von Khadhafi als „strategisch wichtig" bezeichneten Städte Koro-Toro und Oum Chaluba. Das ist die augenblickliche militärische Lage. Eine Patt-Situation, die niemanden befriedigt und jederzeit in einen direkten Zusammenstoß zwischen libyschen und französischen Streitkräften münden kann.

Daher setzt Paris mit der Entsendung von Cheysson nach Addis Abeba und Tripolis jetzt viel auf eine Karte. Der Konflikt soll gütlich beigelegt werden. Die OAU in der äthiopischen Hauptstadt ist nach wie vor bereit, Hilfsdienste zu leisten. Vor allem aber soll Khadhafi in einem Rundfunkinterview mit Radio France seine Bereitschaft zu direkten Verhandlungen mit Paris erklärt haben.

Der Kontakt zwischen den beiden Hauptstädten war nie ganz abgerissen. Eine starke prolibysche Gruppe im Elysée und im Quai d'Orsay sorgte seit Monaten dafür. Mitterrands persönlicher diplomatischer Berater Roland Dumas, heute Europa-Minister unter Cheysson, war mehrfach bei Khadhafi. Zuletzt sah der sozialistische Abgeordnete Réné Drouin den Revolutionär. Auch er brachte den Eindruck mit, daß der Libyer keine gewaltsame Lösung des Konflikts suche. Schließlich scheinen die Gespräche, die dieser Tage der sowjetische stellvertretende Ministerpräsident Iwan Arkipow in Paris mit Mitterrand und Mauroy führte, die französische Führung in der Überzeugung bestärkt zu haben, daß auch die Sowjetunion ihren Verbündeten Khadhafi auf den Weg einer Verhandlungslösung zu drängen wünscht.

Seite 2: Salami-Geographie

Shultz mahnt zur Demokratie

AP, Caracas

US-Außenminister George Shultz ist gestern in der venezolanischen Hauptstadt Caracas eingetroffen, wo er heute an der Amtseinführung des neuen Präsidenten Jaime Lusinchi teilnehmen wird. In Caracas wird Shultz auch mit Vertretern der Contadora-Staaten – neben Venezuela sind das Panama, Mexiko und Kolumbien – über eine friedliche Lösung der Konflikte in Mittelamerika konferieren.

Bei einem vorangegangenen Kurzbesuch in El Salvador hatte Shultz am Dienstag die legalen salvadorianischen Parteien zur Bekämpfung des „barbarischen Extremismus" aufgerufen und zur Einhaltung demokratischer Spielregeln ermahnt. Er erklärte bei seiner Ankunft, für die „Taktiken des totalitären Terrors und der Todesschwadronen" sei in einer Demokratie kein Platz. Die Feinde der Demokratie seien schwach und hätten nichts Positives zu bieten, während die salvadorianische Regierung „Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit" anzubieten habe. Bei einem Essen mit Präsident Alvaro Mangana und den sechs Kandidaten für die am 25. März stattfindenden Präsidentenwahlen sagte Shultz, das Ausmaß der gegen Zivilisten gerichteten Gewalt habe sich zwar verringert, doch gebe es noch viel dagegen zu tun.

Im Kreis der „großen Vier" will Paris bis Mitte Februar EG-Knoten lockern

Bisher keine erkennbaren Fortschritte / Heute Treffen Mitterrand–Kohl in der Pfalz

ULRICH LÜKE, Straßburg

Die Serie bilateraler Gespräche auf höchster politischer Ebene zur Lösung der aktuellen EG-Probleme wird heute mit einem Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand fortgesetzt. Kohl hat seinen Gast auf das Schloß „Villa Ludwigshöhe" in der südlichen Pfalz eingeladen. Die vertraulichen Gespräche beginnen am späten Vormittag und sollen nachmittags beendet werden. Offiziell handelt es sich bei der Begegnung um Kohls Gegeneinladung für das Treffen mit Mitterrand im Juli letzten Jahres in Dabo in den Nordvogesen.

Anders als damals werden heute die EG-Probleme im Mittelpunkt der Unterredung stehen. Die Chancen für eine Einigung in wesentlichen Fragen – vor allem im Agrarbereich – werden in Bonner diplomatischen Kreisen allerdings als äußerst gering angesehen.

Die französische Regierung, die seit dem 1. Januar die Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft stellt, hat wiederholt erklärt, sie wolle alles daransetzen, um auf dem nächsten Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 19. und 20. März in Brüssel zu einer Lösung der EG-Probleme zu kommen. Dabei geht es um eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, um die Neufinanzierung der Gemeinschaft, um die Lösung des britischen Finanzproblems mit der EG, um die weitere Verhandlung mit Spanien und Portugal sowie um die Durchsetzung eines allgemeinen Sparkurses und den Aufbau neuer Politiken. Der französische Außenminister Claude Cheysson hat bereits davon gesprochen, ein weiterer gescheiterter Gipfel werde die Gemeinschaft unwiderruflich in die „autodestruction", in die Selbstzerstörung führen.

EG-Minister Dumas

Das Verfahren, mit dem die Franzosen einer Einigung über die strittigen Fragen zu erreichen versuchen, unterscheidet sich erheblich von dem Vorgehen der deutschen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1983. Auf dem Stuttgarter Gipfel im Juli letzten Jahres war eine Serie von Sonderministerrats-Sitzungen beschlossen worden, die – wie auf dem Athener Gipfel im Dezember dann deutlich wurde – jedoch nicht zum Erfolg führten. In Mammut-Konferenzen von zeitweise dreißig Ministern ließ sich keine echte Verhandlung führen.

Mitterrand und Cheysson sowie der neue Europameister Roland Dumas setzen deshalb auf bilaterale Gespräche. Sie finden seit Beginn der französischen Präsidentschaft in dichter Folge vor allem zwischen den „großen Vier" in der EG – Frankreich, Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik – statt. Mitterrand hat bisher Margaret Thatcher und den italienischen Regierungschef Bettino Craxi getroffen. Craxi traf ebenfalls mit Frau Thatcher zusammen. Das heutige Treffen Kohl/Mitterrand dürfte zunächst einen Abschluß dieser Verhandlungsserie darstellen.

Vor allem in Kreisen der britischen und der niederländischen EG-Vertreter ist das französische Verfahren auf Kritik gestoßen. Cheysson erklärte sich deshalb bereit, ein zusätzliches Außenministertreffen Mitte Februar, vermutlich in Paris, anzusetzen. Dennoch bezweifeln Brüsseler EG-Diplomaten, daß in den noch verbleibenden drei Konferenzen der Außenminister und zwei Konferenzen der Agrarminister der Grundstein für einen erfolgreichen Ausgang des Brüsseler März-Gipfels gelegt werden kann. Die bilateralen Kontakte auf höchster Ebene haben bisher jedenfalls keinen erkennbaren Fortschritt gebracht.

Der Kanzler bemüht sich um einen Schlußstrich unter die Affäre Kießling / Opposition gibt sich nicht zufrieden

Unmut in der CSU über die Entscheidung

lz. München

In der CSU findet die Entscheidung Kohls, Verteidigungsminister Wörner im Amt zu halten, kein Verständnis. „Das ist der Anfang vom Ende der Kanzlerschaft Kohls", meinte gestern ein CSU-Politiker im *Münchner Landtag. Entrüstet sagte* der CSU-Abgeordnete Hans Spitzner: „Das kann er doch nicht machen." In den Wandelgängen des Maximilianeums, dem Sitz des Landesparlaments, wird bereits über Finanzminister Gerhard Stoltenberg als Kohls Nachfolger spekuliert: „In ein, zwei Jahren ist es soweit."

Neben einer dauerhaften Belastung, die sich bis zur nächsten Bundestagswahl negativ auswirken könnte, fürchtet die CSU durch die ungelöste Affäre Einbußen bei der bayerischen Kommunalwahl am 18. März. Offiziell schweigt die kleine CDU-Schwester jedoch zu den Vorgängen *in Bonn. Trotz der spürbaren* Verärgerung will man sich diesmal mit offener Kritik zurückhalten, um *nicht wieder in den Verdacht zu* geraten, man wolle mit Querschüssen aus München die Bonner Regierung destabilisieren. Der amtierende CSU-Generalsekretär Gerold Tandler gibt sich wortkarg: „Ich sage dazu vorerst kein Wort." Auch das CSU-Organ „Bayernkurier" ignoriert das Thema: Die Namen Kießling und Wörner sind in der jüngsten Ausgabe nicht zu lesen.

In Gesprächen mit führenden CSU-Politikern wird allerdings eine gewisse Genugtuung erkennbar. Kohl demonstriere seine politische Handlungsunfähigkeit und gebe damit nachträglich der Kritik von Franz Josef Strauß recht.

Truppe nimmt die Entscheidung „mit Respekt" an

dpa/DW. Bonn

Die Entscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl im Fall Kießling ist von den Soldaten „mit Respekt" aufgenommen worden. Dies hat Generalinspekteur Wolfgang Altenburg nach den Worten von Regierungssprecher Jürgen Sudhoff dem Kanzler versichert. Die Generalität werde das Ihre dazu beitragen, daß Kohls Entscheidungen der Truppe verdeutlicht würden. Der Kanzler wird bei der bevorstehenden Kommandeurstagung der Bundeswehr in Lübeck mit der Generalität zusammentreffen.

Der Fall Kießling ist nach Auffassung von General a. D. Gerd *Schmückle zwar „einigermaßen* erledigt", doch er sei zugleich auch zu einem Fall Kohl geworden. Schmückle – der erste Bundeswehrgeneral im Amt des stellvertretenden NATO-Chefs – sagte gegenüber Radio Luxemburg: „Ich meine, die Militärtradition, wonach der letztlich Verantwortliche und nicht seine Ratgeber aus Pannen Konsequenzen zu ziehen haben, ist verletzt worden." Die Meßlatte *für eine fehlerhafte Behandlung* von Untergebenen sei in der Bundeswehr nunmehr extrem hoch angelegt. Schmückle: Es sei ein Präzedenzfall geschaffen worden, auf den sich Vorgesetzte jetzt bei schuldhaftem Fehlverhalten berufen könnten.

Die Bundeswehr ist es nach den Worten des früheren Generalinspekteurs Harald Wust grundsätzlich leid, sich mit Affären beschäftigen zu müssen. *In einem Interview mit* der „Bild"-Zeitung betonte er, die anhaltende Diskussion um den Fall Kießling müsse jetzt rasch beendet werden.

Kohl: Rücktrittsangebot des Ministers aus „gutem Grund" abgelehnt

● Fortsetzung von Seite 1

ste Woche anlaufenden parlamentarischen Untersuchungsverfahren über die Affäre Kießling alle „Vorgänge aufgeklärt" werden sollten. Der Ablauf des Falles mache „Konsequenzen" notwendig. Einzelheiten dazu zu nennen weigerte sich Kohl gestern allerdings. Der Kanzler fügt hinzu, sein Amtseid habe es für ihn nötig gemacht, in dieser Sache die Initiati*ve zu ergreifen, denn sein Amtseid* verlange von ihm, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben. Im gleichen Sinne vestehe er auch seine Richtlinienkompetenz. Außerdem berichtete der Kanzler, Kießling verlange kein Schmerzensgeld.

Der General wird die kommenden Wochen, wie er das Wörner brieflich mitteilte, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nutzen. An seinen früheren Dienstort im belgischen Mons wird er nicht zurückkehren. Die Einzelheiten einer „würdigen Verabschiedung" am 31. März sollen zwischen ihm und Wörner noch ausgehandelt werden.

Vorher hatte der Bundeskanzler das Kabinett über die unterdessen *zwischen Wörner und dem General* herbeigeführte Einigung für einen ehrenhaften Abschied Kießlings aus der Bundeswehr unterrichtet. Der am Dienstag aus dem Krankenhaus in München entlassene General war inzwischen nach Bonn gereist und hatte bei seinem Anwalt Redeker am Mittwochmorgen ein Schreiben des Verteidigungsministers vorgefunden, in dem Wörner ihm die volle *Rehabilitierung zusicherte. Kießling* wurde gebeten, sich damit einverstanden zu erklären, nach einer for*mellen Reaktivierung am 31. März* wie ursprünglich vorgesehen, in den einstweiligen Ruhestand zu treten. Über die Bedingungen bei der Verabschiedung selbst sollte in einem persönlichen Gespräch im Beisein des Generalinspekteurs geredet werden.

Kießling unterzeichnete bei seinem Anwalt noch am Dienstagabend eine schriftliche Zusicherung an Wörner, die dem Minister angebotenen Bedin*gungen für seine Rückkehr in den* Dienst und eine im März geplante Zurruhesetzung zu akzeptieren. *Auch wurde zwischen* Wörner und Kießling vereinbart, daß der General nicht mehr an seinen *Dienstort* bei Shape in Belgien zurückkehrt, sondern die bis zum 31. März verbliebene *Zeit* zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nutzen kann.

Der Kanzler trug dem Kabinett auch vor, daß der Bundespräsident sich dazu bereit gefunden habe, die *vorzeitige Entlassung des Generals* zu annulieren und ihn mit einer neu ausgestellten Entlassungsurkunde zum 31. März zu versehen. Im Kanzleramt hieß es dazu, das Einvernehmen zwischen den streitenden Parteien sei gesichert. An seinem Zustandekommen habe der Bundeskanzler selbst ein großes persönliches Verdienst. Zu dieser Lösung der Affäre habe man kommen können, weil die ursprünglich gegen Kießling erhobenen Vorwürfe nicht beweisbar seien und er deshalb Anspruch auf „seine Rehabilitierung" habe. Dies sei die Regierung nicht nur dem General schuldig, sondern auch der Armee. *Kohl selbst hatte noch am Abend* vor der Kabinettssitzung, in der er über dieses Arrangement mit Kießling berichtet und auf allen Seiten Zustimmung erhalten hatte, sich darüber *kritisch geäußert, daß er nach seiner* Rückkehr von seiner Israelreise nach Bonn eine total verfahrene Lage vorgefunden habe und letztlich selbst „die Katze über den Bach tragen mußte".

Bei der Kabinettssitzung war auch der Fraktionsvorsitzende der CDU/*CSU-Bundestagsfraktion*, Dregger, anwesend, der dem Vernehmen nach der Einigung zwischen Wörner und *Kießling gleichfalls zustimmte. Kohl* erklärte vor dem Kabinett, in dieser Affäre seien eine Reihe von Fehlern gemacht worden. Dennoch sei und bleibe Wörner ein „verdienter Minister", der in der Lage sei, die ihm im Verteidigungsressort gestellten Aufgaben zu lösen. Nicht nur in der Bundeswehr gelte als oberstes Prinzip Solidarität und Kameradschaft. Sie gegenüber Soldaten zu üben, sei selbstverständlich. Den gleichen Anspruch habe aber auch Wörner. Kohl kündigte Veränderungen in der Or*ganisation des Militärischen Ab*schirmdienstes (MAD) an und ließ erkennen, daß dabei auch personelle Konsequenzen gezogen werden müßten.

Vogel: Der Minister versucht, seine Haut zu retten

PETER PHILIPPS, Bonn

Bei der SPD hat die Entscheidung des Bundeskanzlers, Verteidigungs*minister Wörner im Amt zu halten*, zu scharfen Reaktionen geführt. Oppsitionsführer Hans-Jochen Vogel sprach von *einer* „unwürdigen Art und Weise", in der hier ein Minister versuche, „seine eigene Haut zu retten".

In einem Gespräch mit der WELT warf Vogel dem Kanzler vor, unter dem „beherrschenden Motiv, Strauß von Bonn fernzuhalten, auch Verwerfungen in der Bundeswehr in Kauf zu nehmen". Wörner sei „mit der Ehre und Integrität eines Bürgers in Uniform fahrlässig umgegangen". Wenn es zu einer Reaktivierung von Gene*ral a. D. Kießling komme mit einer* „entsprechenden Ehrenerklärung", dann hätten die „Anstrengungen" der Sozialdemokraten zwar „wenigstens einen Teilerfolg" gebracht.

Aber, so sagte Vogel, man könne nun nicht personelle Konsequenzen unterhalb der Ministerebene auf der Hardthöhe ziehen und „alle möglichen Leute verantwortlich machen – nur den nicht, der außer der politischen Verantwortung auch die Verantwortung für eigene schwerwiegende Fehler" in dieser Affäre zu *tragen habe*.

Dies widerspreche nicht nur den „Grundsätzen der Kameradschaftlichkeit", sondern führe auch zu der Frage, ob dieser Verteidigungsminister „in einer wirklichen Krise seiner Verantwortung gerecht werden könnte". Vogel: Die Ereignisse zeigten, daß Wörner „seiner Verantwortung nicht gewachsen ist". Die Folgen von Wörners „Fehlverhalten" *würden durch die Rehabilitierung* Kießlings „in keiner Weise behoben". Kohls Entscheidung sei „sachwidrig und politisch unverantwortlich". Die SPD werde auf einer „parlamentarischen Behandlung" dieser Entscheidung bestehen.

Die – wie sich jetzt zeige – berechtigte Sorge, daß nur „jeden Tag neuer Dreck hochgewirbelt" werde, solange Wörner im Amt bleibe, habe ihn, Vogel, im Januar dazu bewogen, zum Bundeskanzler zu gehen. Er habe Kohl dies alles dargelegt, allerdings *vergeblich. Inzwischen habe es* „bösestes Blut in der Generalität" gegeben, weil Wörner bei seinem Auftritt vor den Kommandierenden Generalen am 24. Januar in Bonn verschwiegen habe, daß in der Schweizer Zeitung „Blick" die „ganze Schweinerei bereits läuft", womit Vogel auf das Gespräch Wörners mit dem Homosexuellen Ziegler im Ministerium verwies.

Im Deutschlandfunk sprach Vogels Stellvertreter Ehmke gestern davon, daß „wir im Ausland heute Operettenstaat, Bananenrepublik genannt und bespöttelt" werden. „Ich muß sagen, daß ich mich als Bürger der Republik *dafür* schäme." Wie Vogel kündigte auch Ehmke an, daß der Untersuchungsausschuß, der über die Hintergründe der Entlassung Kießling berate, seine Arbeit fortführen werde. Eines Tages werde die Union vielleicht ihre Pflicht erkennen, daß sie Kohl als Kanzler durch *einen anderen Mann ersetzen müsse*, der über Sachverstand verfüge.

Ehmke kritisierte, daß das Bundeskabinett in „Fragwürdigkeiten" versinke, Kohl aber bei seinem Amtsantritt eine moralisch-geistige Erneuerung versprochen habe. Er erneuerte in diesem Zusammenhang die Kritik der SPD an den Ministern Schwarz-Schilling und Geißler sowie an Wirtschaftsminister Lambsdorff, dessen *„Arroganz ihn die simplen Anstands*regeln des demokratischen Rechtsstaates vergessen" lasse, daß ein wegen Bestechung angeklagter Minister zurücktreten müsse.

Pressestimmen zur Entscheidung des Kanzlers

DW. Bonn

Zum Festhalten des Kanzlers an Verteidigungsminister Manfred Wörner hieß es gestern in in- und ausländischen Zeitungen:

Berliner Morgenpost: Das Schlimme ist, daß der Hauptpunkt für den hinhaltenden Widerstand Kohls gegen eine zügige Entscheidung im Fall Wörner/Kießling in seinem Wunsch zu suchen ist, Franz Josef Strauß von Bonn fernzuhalten. Man weiß ja, daß der CSU-Chef ein großes Revirement im Kabinett Kohl empfiehlt, daß auch das Ausscheiden des Ministers *Lambsdorff* und *Geißler* vorsieht. Eben gegen eine solche Lösung, mit der Bayerns Löwe eine Pranke in die Bonner Tür bekäme, wehren sich Kohl und Genscher erbittert.

Rhein-Zeitung, Koblenz: Mit Strauß drin und Wörner/Lambsdorff draußen – dazu mit einem angeschossenen Kanzleramtsminister Schreckenberger vor der Tür – wäre der schwer blessierte Regierungschef ein sehr einsamer Mann in Bonn. Wenn Wörner von Kohls Gnaden bleibt, at*met er auf einem* Schleudersitz.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Essen: Wenn Wörner wegen der Schwierigkeiten Kohls, einen anderen zu finden im Amt bleibt, wird er ein schwer angeschlagener Minister sein, an dem weder die Bundeswehr noch die Regierung, noch die Koalition ihre Freude haben können.

Hannoversche Allgemeine Zeitung: In seiner politischen Laufbahn *ist Helmut Kohl nicht durch Ent*schlußfreudigkeit an die Spitze gekommen sondern durch Geduld und durch *eine* ungewöhnliche Fähigkeit des Vermittelns und des Ausgleichens. Immer mit Blick nach rechts und links und auf der Suche nach der Formel, auf die sich alle verständigen könnten.

Donau-Kurier, Ingolstadt: Zur Frage, ob Strauß unbedingt nach Bonn gehört oder gefälligst in München bleiben soll, kann man wahrlich viel Pro und Kontra vorbringen. Aber eine Kanzlerschaft, die sich im Strauß-Verhindern erschöpft, ruiniert ihre eigenen Fundamente.

Mannheimer Morgen: Doch mit Aussitzen und Wegdrücken allein läßt sich keine glaubwürdige Politik betreiben. Ebensowenig kann es auf Dauer die oberste Maxime allen Bonner Handelns sein, Strauß vom Kabinettstisch fernzuhalten. Der Kanzler engt damit seinen Handlungsspielraum weitgehend ein, seinen Ministern hingegen ist außer Rücktritt alles *erlaubt*.

Neue Presse, Hannover: Sollte Wörner also tatsächlich im Amt bleiben dürfen ... dann steht Kohl endgültig einem tollen Kabinett vor: ein angeblich oder tatsächlich bestechlicher Wirtschaftsminister, ein schlechter Detektiv und moralisch fragwürdig gewordener Verteidigungsminister.

Bremer Nachrichten: Man wird politische Schwierigkeiten in Bonn eine Zeitlang auch auf diese Art meistern können, nur legt sich Kohl mit jeder neuen Affäre weitere Sprengkapseln *ins Koalitionshaus*.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Der General Kießling selbst steht gewiß nicht elend da, aber auch nicht glänzend. Erst beantragt er ein Disziplinarverfahren gegen sich, dann will er es nicht mehr. Einst war er mit der Pensionierung einverstanden, jetzt wachsen seine Rehabilitierungsansprüche in den Himmel. In solcher Lage kann es Kohl als das kleinere Übel vorkommen, seinen Verteidigungsminister zu halten, dessen Tüchtigkeit *bis zur Affäre niemand* ernsthaft bestritten hat.

Kronenzeitung, Wien: Die Bonner Schmutzwäscherei wird zum Lehrstück für den Umgang mit der Macht und dafür, wie ohnmächtig die Mächtigen werden, wenn ihre Position bedroht ist. Aus Angst, viel zu verlieren, benahm sich Wörner so, daß er alles verlor. Zuerst überlieferte er seinen General gnadenlos der Medienjustiz. Als er dann selbst auf diese Anklagebank geriet, verteidigte er sich durch konsequentes Fehlverhalten und *schaufelte so sein eigenes Grab*.

Die Erklärung des Kanzlers im Wortlaut

DW. Bonn

Vor der Bundespressekonferenz hat Bundeskanzler Helmut Kohl gestern nachmittag auf Fragen von Journalisten ausführlich zum Fall Kießling/Wörner Stellung genommen. Zuvor verlas er seine folgende *Erklärung*:

„Bei meinen Bemühungen, diese Angelegenheit zu regeln, habe ich selbstverständlich die Interessen der Bundesrepublik, das Ansehen der *Bundeswehr* und die Ehre des Generals zu berücksichtigen und zu wahren. Ich bin dabei von dem zweiten sehr wesentlichen Punkt des von mir herbeigeführten Beschlusses des Bundesvorstands vom 23. Januar ausgegangen, in dem es *heißt*, die Ehre eines Mitbürgers hat als unangetastet zu gelten, solange nicht zwingende Beweise dem entgegenstehen.

Ich habe festgestellt, daß in der Behandlung und in der Abwicklung dieses Falles Fehler gemacht worden sind, Fehler, die auch der Bundesverteidigungsminister einräumt und bedauert. Ich habe Respekt vor dieser Einsicht, ich habe Respekt für die Einsicht wie auch für die Haltung des Ministers, die sein Handeln bestimmen dürften. Er hatte die Sicherheit der Bundeswehr *allen anderen* Erwägungen überzuordnen. Ebenso hatte ich aber auch das Wort des Generals in seinem Kampf um seine Ehre zu respektieren.

So kam es zu dieser Regelung, die beiden gerecht wird. General Kießling hat bittere Wochen durchmachen *müssen*, aber auch für Manfred Wörner war dies eine Zeit, an die er lange in seinem Leben zurückdenken wird. Er hat sich seine *Entscheidung* ganz gewiß nicht leicht gemacht, und er hat mir seinen Rücktritt angeboten. Ich habe diesen Rücktritt aus guten Gründen nicht angenommen, denn ich bin fest davon überzeugt, daß Manfred Wörner der Bundeswehr und daß seine Arbeit als Minister beweisen wird, daß er auch nach diesen Erfahrungen der im In- und Ausland engagierte und geschätzte *Verteidigungsminister* sein wird."

Das schrieb Wörner in seinem Brief an Kießling

Sehr geehrter Herr General,
der Herr Bundespräsident hat Sie auf *meinen Vorschlag hin am 19. 12. 1983* mit Wirkung vom 31. 12. 1983 in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Ich habe den Herrn Bundespräsidenten um diese Versetzung gebeten, weil ich *aufgrund der* mir vorgelegten Vorlage durch den Amtschef ASBw vom 6. 12. 1983 und des Berichts des für Sicherheit zuständigen Staatssekretärs vom 8. 12. 1983 davon ausgehen mußte, hierzu im Interesse der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet zu sein. Ich weiß mich mit Ihnen in der Überzeugung einig, daß die Sicherheitsinteressen des Staates Vorrang haben müssen.

In der Vorlage des Amtschefs ASBw und dem Bericht des Staatssekretärs wird von Erkenntnissen gesprochen, welche die Aufhebung aller Sicherheitsbescheide Ihnen gegenüber zwingend notwendig machten.

Inzwischen hat sich für mich ergeben, daß die sich aus den Erkenntnis*sen ergebenden* Umstände sich nicht bestätigt haben und daß der Bericht unzutreffende Angaben enthält, so daß für mich *Anlaß* zur *Annahme*, mit Ihrer Tätigkeit sei ein Sicherheitsrisiko verbunden, nicht mehr besteht.

Ich werde deshalb unverzüglich den Herrn Bundespräsidenten bitten, Sie erneut zu ernennen und dadurch die Entscheidung vom 19. 12. 1983 aufzuheben.

Ich habe zu keinem Zeitpunkt Ihre Ehre in Frage gestellt. Ich bedauere, *daß es über meine damalige* Entscheidung zu öffentlichen Erörterungen gekommen ist und daß Sie schwere Kränkungen erfahren haben. Diese habe ich nicht gewollt. Ich wünsche Ihnen, daß Sie über diese schweren Wochen bald hinwegkommen werden.

Mit besten *Empfehlungen*
(gez.) Manfred Wörner

Das schrieb Kießling in seinem Brief an Wörner

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
für Ihr Schreiben vom 1. Februar 1984 danke ich Ihnen. Ich danke insbesondere dem Herrn Bundespräsidenten, daß er durch meine erneute Ernennung und die dadurch erfolgte Aufhebung meiner Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand für jedermann *sichtbar und eindeutig meine* Ehre wiederhergestellt hat. Gleichzeitig versichere ich Ihnen, daß ich davon überzeugt bin, daß Sie sich bei Ihrer Entscheidung ausschließlich von Ihrer Pflicht gegenüber den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland leiten ließen.

Nach allen Vorgängen, die ich in den letzten Wochen erleben mußte, werden Sie verstehen, daß ich zunächst von dem, was mir angetan worden ist, Abstand gewinnen und meine Gesundheit wiederherstellen muß. *Ich halte es aber auch* für ausgeschlossen, daß ein General, der diese Wochen hat über sich ergehen lassen müssen, in der Lage sein kann, seine Aufgaben als Vertreter des SACEUR mit der notwendigen inneren und äußeren Kraft nachzugehen, wie dies erforderlich ist. *Im Interesse der* Bundesrepublik Deutschland und der Bundeswehr bitte ich Sie deshalb, dem Herrn Bundespräsidenten vorzuschlagen, mich zum 31. 3. 1984 in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

Meinen Anwalt habe ich heute gebeten, die für mich vor dem Verwaltungsgericht in Köln erhobene Klage in der Hauptsache für erledigt zu erklären.

Ich gehe davon aus, daß in Abstimmung mit mir die Einzelheiten einer würdigen Verabschiedung geregelt werden.

Mit besten Empfehlungen
(gez.) Günter Kießling

Prognosen unter Vorbehalt

Py. – Alle noch so hoffnungsvollen Erwartungen, die die deutsche Autoindustrie in die anhaltende Bergfahrt von Produktion und Absatz des laufenden Jahres setzt, können in Kürze schon als Makulatur erscheinen. Der Automobilverband, der normalerweise eher zu Zurückhaltung in Prognosen neigt und sich mit (tarif-)politischen Äußerungen strikt zurückhält, hat sich sehr energisch gegen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gewandt. Dabei hat er selbst einen Streik nicht ausgeschlossen.

Die vorgelegten Fakten zu Arbeitskosten und Arbeitszeit in den Ländern, die uns seit 1970 immer heftiger Anteile auf den Weltmärkten streitig machen, müssen selbst dem verstocktesten Gewerkschafter mindestens zu denken geben. Von „Überzeugen" will man ja schon gar nicht mehr reden. Diesen Part werden wohl bald die eigenen Gewerkschaftsmitglieder übernehmen müssen, wenn sie den Funktionären klarmachen, daß die Verringerung der Wochenarbeitszeit nicht einen zusätzlichen Arbeitsplatz bringt.

Und das muß dann in einer Branche passieren, die nach leidvollen Erfahrungen in den Mittsiebzigern in den Jahren 1978 bis 1983 ungeheure Summen investiert hat, allein 1983 mit 9,3 Mrd. DM doppelt soviel wie 1978. Dabei schafft und sicherte jede investierte Milliarde 16 500 Arbeitsplätze in dieser Industrie sowie in den Zulieferbranchen. In der Autoindustrie allein kamen seit 1978 rund 20 000 hinzu. Es hätten auch leicht mehr sein können, wenn die Industrie eben wegen der hohen Arbeitskosten nicht gleichzeitig zu erhöhten Automationsanstrengungen gezwungen gewesen wäre. Keiner sollte sich einbilden, die Einführung der 35-Stunden-Woche würde Arbeitsplätze sichern, gar neue entstehen lassen. Der Personalabbau kommt gewiß, einmal weil kostenbedingt der Absatz sinkt, zum anderen weil Kostennachteile zu verstärkter Automation zwingen.

Zinsillusion

cd – Durchaus erwägenswert erscheint auf den ersten Blick die Anregung des BfG-Chefs Thomas Wegscheider, die Bundesbank möge mit einer Leitzinssenkung und einer Liquiditätsfreigabe testen, ob es nicht doch einen Zinssenkungsspielraum in der Bundesrepublik gebe. Der Bankier hat sicher recht mit seinem Zweifel an der ohnmächtigen deutschen Zinsabhängigkeit von den USA. Und Gravierendes spricht auch gegen die gängige Behauptung, die D-Mark sei gegenüber dem Dollar vor allem wegen des amerikanischen Zinsvorsprunges so schwach. Dies mögen tatsächlich Fiktionen sein. Doch sie haben in der Vorstellung der Akteure an den Finanzmärkten und damit als kursmitbestimmende Einflüsse ein ungeheures Gewicht, jedenfalls heute noch. Deswegen droht dem von Wegscheider vorgeschlagene Test ein Mißerfolg. Mehr allerdings noch aus einem anderen Grund: Alle nur etwas monetaristisch angehauchten Experten würden inflationäre Ängste schüren und damit die Zinsen hochtreiben und den D-Mark-Kurs drücken.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT / Gestern vom Kabinett in Bonn verabschiedet

Bonn sieht keinen konjunkturellen Handlungsbedarf – Wachstum hat Vorrang

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Wirtschaftspolitik muß jetzt vor allem als Wachstumspolitik verstanden werden und die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die gegenwärtige Konjunkturerholung in eine langanhaltende Wachstumsdynamik übergehen kann. In ihrem Jahreswirtschaftsbericht, der gestern vom Kabinett verabschiedet wurde, weist die Bundesregierung darauf hin, daß die verschiedenen Bereiche der Wirtschaftspolitik auf dieses Ziel hin ausgerichtet sein müssen. Der Zeitbedarf für eine durchgreifende Besserung der Beschäftigungssituation dürfe nicht gering eingeschätzt werden.

Konjunkturpolitischen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung nicht. Handlungsschwerpunkte liegen für die Bundesregierung auf folgenden Feldern:

Haushaltspolitik: Die Defizite sind immer noch zu hoch. Ihr weiterer Abbau ist eine notwendige Voraussetzung dafür, daß die Zinsen wieder sinken können und die Volkswirtschaft wieder mehr produktives, arbeitsplatzschaffendes Kapital zur Verfügung hat. Eine durchgreifende Gesundung der öffentlichen Haushalte erfordert auch weiterhin eine strenge Ausgabendisziplin. Steuer- und Abgabenerhöhungen würden die Entfaltung der Wachstumskräfte behindern. Der jährliche Anstieg des Bundeshaushalts soll auf drei Prozent begrenzt werden. Etwaige Steuermehreinnahmen und ein höherer Bundesbankgewinn sollen zur Senkung der öffentlichen Defizite verwendet werden.

Steuerpolitik: Die bisherigen steuerlichen Erleichterungen für die Wirtschaft müssen, sobald der Konsolidierungsprozeß es zuläßt, durch allgemeine dauerhafte Entlastungen von leistungshemmenden Abgaben auf den Einkommenszuwachs ergänzt werden. Die nächste Stufe der steuerpolitischen Strategie der Bundesregierung ist daher die Tarifanpassung bei der Lohn- und Einkommensteuer. Im Rahmen der Tarifanpassung will die Bundesregierung das Steuerrecht familienfreundlicher ausgestalten. Über Umfang und Zeitpunkt sollen bis Mitte des Jahres Grundsatzbeschlüsse gefaßt werden.

Privatisierung: Öffentliches Vermögen soll dort privatisiert werden, wo dies ohne Beeinträchtigung staatlicher Belange möglich ist. Dies wird gegenwärtig untersucht. Bundesunternehmen, die sich in der Verlustzone befinden, müssen in der Regel erst konsolidiert werden.

Abbau bürokratischer Hemmnisse: Noch in diesem Jahr sollen konkrete Vorschläge zur Aufhebung und Vereinfachung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften insbesondere auf den Gebieten des Bau-, des Gewerbe- und des Ausbildungsrechts vorgelegt werden.

Mehr Risikokapital: Der Staat kann die erforderlichen Eigenanstrengungen der Wirtschaft nur unterstützend begleiten. Es geht nicht um neue Subventionstatbestände, sondern um die Überprüfung der Vorschriften, die die Eigenkapitalbildung behindern. Dazu zählen die Gesellschafts- oder Börsenumsatzsteuer, Erschwernisse bei der Umwandlung der Rechtsform der Unternehmen, Organisationsprobleme der Wertpapiermärkte oder Erschwernisse der Eigenkapitalbildung über Kapitalbeteiligungsgesellschaften.

Vermögensbildung: Noch in dieser Legislaturperiode soll ein weiterer Gesetzentwurf vorgelegt werden. Dabei sind vor allem Regelungen für außerbetriebliche Vermögensbeteiligungen über Kapitalanlage- oder Kapitalbeteiligungsgesellschaften vorgesehen.

Arbeitsmarktpolitik: Bei Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen zusätzliche Kostenbelastungen vermieden werden. Es sollen flexiblere Regelungen, wie jetzt von Arbeitsminister Blüm vorgeschlagen, angestrebt werden, die den einzelnen Arbeitnehmern und Unternehmen eine individuelle Arbeitszeit ermöglichen. Neben der Vorruhestandsregelung sieht die Bundesregierung in der Teilzeitarbeit einen Weg.

Bildungspolitik: Für 1984 erwartet die Bundesregierung von allen Beteiligten und unternimmt selbst wieder große Anstrengungen, damit möglichst alle Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz anstreben, ein Lehrstellenangebot erhalten.

KWG-NOVELLE

Stoltenberg: Eigenkapital der Banken nicht verwässern

PETER GILLIES, Bonn

Innerhalb von fünf Jahren soll das Kreditgewerbe seine gesamten Ausleihungen mit dem nötigen Eigenkapital unterfüttern, wobei der Eigenkapitalbegriff keinesfalls verwässert werden soll. Verschärfungen der Bankenaufsicht als Folge von Pleiten und die Einbeziehung von Tochterinstituten der Banken sind die Schwerpunkte der Novelle zum Kreditwesengesetz, die der Bundesfinanzminister gestern dem Kabinett zuleitete. Einige Punkte darin sind jedoch weiter strittig und sollen erst am Kabinettstisch entschieden werden.

Mit der Konsolidierung sollen Banken einschließlich ihrer in- und ausländischen Töchter schärfer überwacht und das Kreditrisiko verringert werden. Ende 1982 habe die Überbelegung, also der Anteil von Krediten, die nicht durch das nötige Eigenkapital gedeckt waren, rund 71 Milliarden Mark betragen. Die Banken sollen nun fünf Jahre Zeit haben, dafür jährlich rund 750 Millionen Mark Eigenkapital anzuschaffen.

Umstritten zwischen den Ministern Stoltenberg und Graf Lambsdorff ist noch immer die Einbeziehung der Hypothekenbanken in die Konsolidierung. Stoltenberg ist dafür, Lambsdorff dagegen. Auch die Schwelle der Konsolidierung scheint noch offen. Der Finanzminister sieht bereits bei 40 Prozent Kapitalbeteiligung oder bei faktischer Beherrschung die Einbeziehung in die Konsolidierung gegeben. Die Ressorts Wirtschaft und Justiz widersprachen bisher. Wie zu hören ist, scheint Stoltenberg jedoch für einen Kompromiß recht aufgeschlossen zu sein.

Hart dagegen will er offenbar in der Eigenkapitalfrage bleiben. So wendet er sich gegen den Wunsch der Sparkassen, einen Eigenkapital-Ersatz (Haftungszuschlag) zu gewähren. Seine Hauptargumente: Die Ertragslage der Sparkassen sei sehr erfreulich; sie seien zu ausreichender Kapitalbildung in der Lage.

Auch den fiktiven Eigenkapitalzuschlag der Genossenschaftsbanken (Haftsummenzuschlag) sieht das Haus Stoltenberg nicht ohne Kritik. Deren Marktanteil habe sich in zehn Jahren deutlich vergrößert (von 8,5 auf 11,5 Prozent), der der privaten Kreditbanken sei jedoch gesunken (von 25,1 auf 21,4 Prozent). Auch die Ertragslage der Volks- und Raiffeisenbanken ist nach Einschätzung des BFM überdurchschnittlich. Das Finanzministerium richtet sich auf weiteren Widerstand der Länder und Kommunen in Sachen Sparkassenkapital ein. Wenn die Politiker in Bundestag und Bundesrat jedoch „Handlungsbedarf" verspürten, dann würde der Finanzminister durch Rechtsverordnung den Haftsummenzuschlag der Genossenschaftsbanken schrittweise verringern.

Aus dem SMH-Debakel zieht die Novelle insofern Konsequenzen, als die Grenze für den jeweils größten Einzelkredit, den eine Bank vergeben kann, auf 50 statt bisher 75 Prozent des haftenden Eigenkapitals beschränkt werden soll.

Düstere Vorahnungen

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Defizite so weit das Auge reicht. Auf diese makabre Formel reduziert sich der Haushaltsentwurf für das am 1. Oktober beginnende Finanzjahr 1985, den Präsident Reagan gestern dem Kongreß vorgelegt hat. In den kommenden fünf Jahren schrumpfen die roten Zahlen um ganze 58 auf 122 Milliarden Dollar, wobei das jeweilige Minus der außerhalb des Budgets angesiedelten staatlichen Kreditagenturen noch nicht einmal mitgerechnet ist.

Aber auch für diesen mageren Abbau gibt es keine Garantie. Vorausgesetzt wird zum Beispiel ein weiterhin kräftiges Wirtschaftswachstum von real vier Prozent jährlich. Ob diese Basisprognose zu halten ist, bezweifelt sogar Reagans Chefökonom Martin Feldstein, und zwar wegen der Bremseffekte der enormen Defizite. Völlig offen sind zudem mögliche Ausgabenschnitte durch den Kongreß. Immerhin steht die Aussage des Haushaltsdirektors im Weißen Haus, David Stockman, im Raum, wonach „jeder Stein umgedreht und im Sozialbereich kaum noch etwas zu kürzen ist".

Angesichts der Fragezeichen wundert der Pessimismus nicht, der in New York beim Conference Board, dem 4000 Unternehmen angehören, umgeht. Dort hält man auch Steueranhebungen vor dem Finanzjahr 1986 für unwahrscheinlich. Das Defizit verharrt deshalb bei günstigem Konjunkturverlauf in den nächsten Jahren auf dem bisherigen Niveau von 200 Milliarden Dollar. Bei einem Abknicken der Kurve steigt es auf 275 bis 300 Milliarden Dollar. Das nach dem Gesetz neutrale Haushaltsbüro des Kongresses, das in Kürze das traditionelle „Geldbudget" veröffentlicht, wird unter der Prämisse eines quasi unveränderten fiskalpolitischen Kurses für 1989 sogar 325 Milliarden Dollar voraussagen.

Diese düsteren Vorahnungen sind in den USA nicht nur weit verbreitet; außerhalb der Administration sind sie die Regel. Auch jenseits der für Ausländer besonders interessanten Kausalkette „hohes Defizit – hohe Zinsen – hoher Dollarkurs" werden die Konsequenzen klar gesehen. Als Trommler und Warner marschiert der „Think Tank" der Republikaner, das American Enterprise Institute, voran – ein sicheres Zeichen, daß sich vor allem die Konservativen große Sorgen machen.

Diese Denkfabrik, die nach William Fellners Tod jetzt von Herbert Stein und Gottfried Haberler dominiert wird, sieht das Defizit als eine feste Zukunftsgröße, mit dem Amerika noch lange leben muß. Laut Stein wird es auf vier Prozent des Bruttosozialprodukts eingefroren, auch wenn es gelingt, die Ausgaben zu kappen. Eine Reduzierung ist nur durch höhere Steuern zu erreichen, da Reagans Rechnung, daß die massiven Steuersenkungen letztlich mehr Einnahmen in die Kassen des Fiskus spülen, nicht aufgegangen ist.

Blickt man genau hin, dann ist dieses Szenarium eigentlich keine Überraschung. Denn die USA haben sich sozusagen an immer größere Defizite gewöhnt. Vor Vietnam und Präsident Johnsons „Great Society" betrug das Durchschnittsminus zehn, danach 20, in den 70er Jahren 50, in Reagans erstem Jahr überstieg es 100 und 1983 schon 200 Milliarden Dollar. Das Problem ist nur, daß die verfügbaren Nettoersparnisse lediglich sechs Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen, für die Investitionen der Privatwirtschaft also nur ein Drittel übrigbleibt.

Es ist gar keine Frage, daß das US-Defizit von 1981 bis 1983, während der Stagnation und Rezession sowie im ersten Aufschwungsjahr eher eine Hilfe als eine Gefahr darstellte. Das belegt die auf 3,2 Prozent gesunkene Inflationsrate. Entscheidend ist aber die längerfristige Entwicklung. Und hier sieht es so aus, daß der riesige Finanzbedarf der Regierung das Wachstum des privaten Produktionskapitals auf Kosten des Pro-Kopf-Einkommens, der Produktivität und des Gesamtausstoßes bremst. Die Crux liegt in der Formel, wonach die privaten Investitionen zusammen mit dem öffentlichen Defizit die privaten Gesamtersparnisse nicht übersteigen können.

Daraus leiten, falls Washington das Ruder nicht gleich nach der Wahl am 6. November herumwirft, die konservativen Nationalökonomen einen voraussehbaren Rückfall in die Ära der Stagflation ab. Verschärft wird er noch durch die sich bis 1989 fast verdreifachende Staatsverschuldung. Schon in diesem Jahr verschlingt Washingtons Zinsendienst 116 Milliarden Dollar. Mit einem Wort: Auf Dauer niedrige US-Zinsen sind nicht in Sicht.

AUF EIN WORT



„Die europäische Elektroindustrie hat in den letzten Jahren – trotz einiger Schwächen – im ganzen im internationalen Technikwettlauf eher aufgeholt als Boden verloren. Wir haben bei richtigem Einsatz unserer spezifischen Stärken gute Chancen, weiter an Boden zu gewinnen, und ich kenne kein Gebiet, in dem wir uns hoffnungslos abgeschlagen fühlen müßten."

Dr. Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, Berlin/München FOTO: WOLF P. PRANGE

Unternehmer demonstrieren

Rei., Bonn

Weit über 1000 Unternehmer und ihre Mitarbeiter wollen morgen in Düsseldorf gegen die 35-Stunden-Woche demonstrieren. Das teilte der Bundesverband Junger Unternehmer (BJU) gestern in Bonn mit. Die Kosten einer 35-Stunden-Woche in Höhe von 18 bis 20 Prozent gefährdeten 1,1 Millionen Betriebe, sagte BJU-Vorsitzender Klaus Güther. Er schlug eine Erprobung aller erfolgsversprechenden Modelle vor, die zum Abbau der Arbeitslosigkeit geeignet erschienen. Darunter könne auch die 35-Stunden-Woche sein. Doch dürfe die Arbeitszeit nicht kollektiv gekürzt werden, weil sonst der Aufschwung gefährdet sei. Mitarbeiter seines Betriebes, die an der Demonstration teilnähmen, würden sich dafür Urlaub nehmen.

ZINSEN

BfG-Chef: Bundesbank hat Spielraum für eine Senkung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit einer Leitzinssenkung und flankierender Liquiditätsanreicherung sollte die Bundesbank testen, ob der Zinssenkungsspielraum in der Bundesrepublik nicht doch größer sei, als allgemein angenommen werde, regt Thomas Wegscheider, Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), an. Die immer wieder behauptete Zinsabhängigkeit der Bundesrepublik von den USA wird für Wegscheider immer mehr zu einer Fiktion; die Höhe des Zinsvorteils des Dollars vor der D-Mark müsse sich nicht unbedingt auf den Wechselkurs auswirken, meint der Bankier *unter Hinweis darauf*, daß sich die D-Mark trotz eines kaum veränderten Zinsgefälles gegenüber dem Dollar immer weiter abgeschwächt hat und daß trotz der für die Bundesrepublik negativen Zinsdifferenz ein beträchtlicher Import langfristigen Kapitals stattfand.

Sollte der Dollar als Reaktion auf eine Leitzinssenkung trotzdem stark anziehen, womit Wegscheider nicht rechnet, ergäben sich zumindest vorerst neue Exportchancen und damit ein zusätzliches Stimulans für die Wirtschaft. Das Inflationsrisiko – wegen eventuell höherer Exportpreise – sei bei dem derzeit ruhigen Preisklima tragbar. Wegscheider setzt zudem darauf, daß ein steigender Dollarkurs bald an Grenzen stoßen müßte, weil sich die Spekulation zunehmend der wahrscheinlich überproportional wachsenden Risiken bewußt würde. Für die D-Mark und damit für einen Zinssenkungsspielraum spräche auch, daß einige fundamentale Daten in der Bundesrepublik günstiger seien als in den USA. Von der Bundesregierung forderte der Bankier für Anfang 1986 eine deutliche Senkung der Einkommen- und Lohnsteuern.

FISCHEREI-VERHANDLUNGEN

Schnelle Einigung über die Verteilung der Fangquoten

WILHELM HADLER, Brüssel

Schneller als erwartet haben sich die Regierungen über die Aufteilung der in diesem Jahr im „EG-Meer" verfügbaren Speisefische verständigt. Damit können die europäischen Fischer zum ersten Mal seit Einführung der 200-Meilen-Zone bereits zum Jahresbeginn genau über ihre Fangquoten disponieren.

Im vergangenen Jahr war es den zuständigen Ministern erst kurz vor Weihnachten gelungen, die Fangquoten für die sieben wichtigsten Fischarten festzulegen. Die EG-Kommission mußte versuchen, über eine „Fortschreibung" der Vorjahresquoten eine Überfischung der gemeinschaftlich bewirtschafteten Bestände zu verhindern.

Die Regierungen schafften den Kompromiß diesmal bereits im ersten Durchgang. Ausschlaggebend dafür war, daß sich die Fischerei-Ressourcen im „EG-Meer" dank der Auflagen zur Fangbeschränkung langsam wieder auffüllen und daß mit der Einigung von Mitte Dezember eine Präzedenzentscheidung über die Anteile der nationalen Flotten an den Gesamtfangmengen gefällt worden war.

Ein längeres Tauziehen gab es nur noch über die Fangmöglichkeiten für Makrelen, die Heringsfischerei in der Nordsee sowie den Kabeljau- und Rotbarschfang bei Grönland. So hatte die Bundesregierung im Hinblick auf den geplanten Austritts Grönlands aus der EG eine höhere Quote für Kabeljau als im Vorjahr gefordert und damit entschiedenen Widerstand Dänemarks hervorgerufen. Schließlich gab sich Bonn jedoch mit den Fangmengen des vergangenen Jahres zufrieden.

Der Rat einigte sich auch auf eine unveränderte Aufteilung der mit Kanada ausgehandelten Fangmöglichkeiten für Kabeljau, denn sie sind von lebenswichtiger Bedeutung für die deutsche Hochseefischerei.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

GSG mußte jetzt doch Vergleich anmelden

Stuttgart (DW.) – Die im Bauträgergeschäft in erhebliche Schwierigkeiten geratene Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft GSG hat gestern den gerichtlichen Vergleich angemeldet. Ein außergerichtlicher Vergleich war gescheitert, weil nicht sämtliche Gläubigerbanken die von den Verhandlungsführern angebotene Zinsminderung mittragen wollten. Die Erklärungsfrist für die Banken war am Dienstag abgelaufen.

Wibau-Chef in U-Haft

Hanau (DW.) – Roland Spicks, ehemaliger Vorstandschef des Konkursunternehmens Wibau AG, Gelnhausen, das zum Baumaschinenkonzern IBH gehörte, wurde am Dienstag in Münster/Westfalen festgenommen. Wie die zuständige Staatsanwaltschaft in Hanau mitteilte, wurde inzwischen auch die Untersuchungshaft angeordnet. Spicks steht unter dem Verdacht, Betrug und Bankrottdelikte begangen zu haben.

Weniger umgesetzt

Wiesbaden (VWD) – Die Großhandelsunternehmen im Bundesgebiet setzten in Dezember 1983 nach vorläufigen Ergebnissen rund 66 Milliarden Mark um, teilte das Statistische Bundesamt gestern mit. Das waren rund eine Milliarde Mark oder nominal zwei Prozent weniger als im Dezember 1982. Von Januar bis Dezember 1983 wurden im Großhandel rund 751 Milliarden Mark umgesetzt, real etwa zwei Prozent mehr als 1982.

Gas für Berlin

Berlin (AP) – Am 1. Oktober 1985 soll das erste Erdgas aus der Sowjetunion nach West-Berlin fließen. Wie Berlins Umweltsenator Horst Vetter (FDP) gestern betonte, ist dieser Anschluß an das europäische Erdgassystem für die zukünftige Energieversorgung der Stadt von größter Wichtigkeit. Dabei sei nicht nur der finanzielle Aspekt von Bedeutung – Erdgas ist billiger als das bisher in Berlin produzierte Stadtgas –, sondern in besonderem Maße auch die Umweltfreundlichkeit dieses Energieträgers.

Befugnisse eingeschränkt

Luxemburg (dpa/VWD) – Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat die Befugnisse der EG-Mitgliedstaaten bei Devisenbeschränkungen erheblich eingegrenzt. Nach einem jetzt veröffentlichten Urteil dürfen die nationalen Regierungen beziehungsweise Notenbanken Zahlungen im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr nicht mehr behindern. Die höchsten europäischen Richter kamen zur Schlußfolgerung, daß für die Zahlung von Dienstleistungen wie Fremdenverkehr, Geschäfts- und Studienreisen, sowie medizinische Behandlungen keine Beschränkungen mehr bei der Bezahlung zulässig sind. Beschränkungen bei Transfers im Rahmen des Kapitalverkehrs sind dagegen auch weiterhin gestattet.

Keine Beschlüsse erwartet

Frankfurt (dpa/VWD) – Von der heutigen Sitzung des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank erwarten Bankenkreise keine neuen Zinssignale. Im Mittelpunkt der Sitzung, an der Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg teilnimmt und die von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl geleitet wird, stehen der Haushalt 1984, die geplante Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs sowie die Gewinnabführung der Notenbank. Mit Beschlüssen wird jedoch nicht gerechnet.

Stahlpläne eingereicht

Brüssel (VWD) – Die Bundesregierung hat wenige Stunden vor Fristablauf bei der EG-Kommission die Umstrukturierungspläne sämtlicher deutscher Stahlunternehmen eingereicht. Damit hat die Regierung ihre Ankündigung wahrgemacht, den Schlußtermin 31. Januar 1984 nicht verstreichen zu lassen. Zwei andere bedeutende Stahlländer der EG, Großbritannien und Frankreich, haben sich an die Brüsseler Terminvorgabe dagegen wahrscheinlich nicht gehalten.

Berlin: Investitionsausbau

Berlin (Wz.) – Die Berliner Wirtschaft will nach Angaben des Wirtschaftssenats in diesem Jahr deutlich mehr (insgesamt plus zehn Prozent) investieren. Ausbauen wird die Robert Bosch GmbH bis 1985 ihren Berliner Geschäftsbereich Elektronik. Hierfür sind 40 Mill. DM vorgesehen. Außerdem plant die Gillette Deutschland GmbH, die schon ihre Marketingabteilung nach Berlin verlegte, in diesem Jahr Investitionen von 12 Mill. DM. Die Produktion von modernen Naßrasiersystemen soll nach Angaben des Unternehmens ausgeweitet werden.

AUTO / Ersatzbedarf signalisiert ein gutes Jahr

35-Stunden-Woche belastet

HARALD POSNY, **Frankfurt**

Die insgesamt bessere Wirtschaftslage gibt auch der deutsche Autoindustrie Zuversicht. Für den Verband der Automobilindustrie (VDA) stehen die Chancen gut, „daß die Nachfrage im In- und Ausland nach Pkw weiterhin stabil, wenn nicht sogar nach oben gerichtet sein wird. Einer Quantifizierung von Produktion und Absatz im laufenden Jahr stehen jedoch die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche entgegen. Auf die Frage, ob er mit einem Streik in der Metallindustrie rechne, sagte VDA-Geschäftsführer Achim Diekmann: „Es deutet zur Zeit vieles darauf hin."

Ob es den deutschen Herstellern gelingt, sich ihren Anteil an der steigenden Nachfrage im In- und Ausland zu sichern, hängt, so Diekmann, von den Belastungen ab, denen die Wettbewerbsfähigkeit ausgesetzt ist. Seine ernste Sorge um die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich dokumentiert der Verband mit dem Hinweis, daß dies einer Lohnerhöhung um 14,3 Prozent oder einem weiteren bezahlten Urlaub von 6 Wochen entspreche. Hinzu käme die Erhöhung der Kapitalkosten je Produkteinheit aufgrund der geringeren zeitlichen Auslastung der Fertigungseinrichtungen. Diekmann: „Eine nach diesem Rezept vollzogene Arbeitszeitverkürzung würde keine Arbeitsplätze neu entstehen lassen: „Wir laufen vielmehr Gefahr, die Zahl der Arbeitslosen um solche aus der Autoindustrie zu erhöhen, was wir bislang vermeiden konnten."

Die Autoindustrie hält eine sich flexibel an die Bedürfnisse des Produktionsprozesses angepaßte Arbeitszeit für wesentlich sinnvoller, weil so die Anlagen besser ausgelastet würden. Die Autohersteller würden über ein früheres Ausscheiden der Mitarbeiter aus dem Arbeitsleben mit sich reden lassen, da dies einem weitverbreiteten Wunsch der Belegschaften entspreche.

Diekmann erinnerte daran, daß seit 1970 das Wachstum auf den Welt-Automärkten wesentlich den autobauenden Nationen zugefallen ist, in denen länger und billiger gearbeitet wird als in der Bundesrepublik. So liegen die Arbeitslöhne einschl. Lohnnebenkosten je Arbeitsstunde in der Bundesrepublik mit durchschnittlich 31,70 Mark um 50 Prozent über denen in Japan (22,32 Mark). In Frankreich liegen sie bei 23,14 Mark, in Schweden bei 27,57, in England bei 18,04, in den USA jedoch bei 43,66 Mark. Bei den effektiv geleisteten Arbeitsstunden sieht es ähnlich aus: 1566 Stunden in der Bundesrepublik *stehen in Frankreich 1600, in England* 1768, in den USA 1950 und in Japan sogar 2160 Stunden gegenüber. Diekmann gab freilich zu, daß die deutsche Produktivität – außer in Japan – weltweit höher ist.

Von möglichen Streikausfällen abgesehen erwartet die Autoindustrie im laufenden Jahr einen erhöhten Ersatzbedarf im Inland und – wie 1983 – ein rasches Wachstum des Kfz-Bestands (Ende 1983: 26,5 nach 25,8 Millionen, davon rund 24,7 nach 24 Millionen Pkw/Kombi). Nach einem wenn auch auf respektablem Niveau relativ schwachen Frühjahr werde der Absatz wieder Tritt fassen.

VEREINIGTE STAATEN / Reagan übermittelt den 85er Haushalt an den Kongreß

Fast 200 Milliarden Dollar Defizit

H.-A. SIEBERT, **Washington**

In den USA bleibt die Fiskalpolitik die wichtigste Konjunkturstütze; garantieren soll sie die Fortsetzung der im Dezember 1982 begonnenen wirtschaftlichen Erholung. Das signalisiert überdeutlich der Haushaltsentwurf den Präsident Reagan dem Kongreß für das Finanzjahr 1985 übermittelt hat. Im Wahljahr werden keinerlei ernsthafte Maßnahmen ergriffen, um die riesigen Defizite in den Griff zu bekommen. Ob der Kongreß Ausgabenschnitten um 30 oder mehr Milliarden Dollar zustimmt, ist ungewiß.

Nach den Plänen des Weißen Hauses wachsen zwar die Ausgaben, verglichen mit dem laufenden Budgetjahr, nur um 8,4 Prozent auf 925,5 Milliarden Dollar, während die Einnahmen um 11,2 Prozent auf 745,1 Milliarden Dollar zunehmen. Das „ordentliche" Defizit wird aber immer noch 180,4 (183,7) Milliarden Dollar betragen. Addiert werden müssen überdies 14,8 (16,2) Milliarden Dollar, die in den Etats der staatlichen Kreditagenturen fehlen, so daß unterm Strich ein Gesamtminus von 195,2 (199,9) Milliarden Dollar verbleibt.

*Die Bilanz nach drei Reagan-*Jahren:

1. Der 1981 vom Kongreß verabschiedete Economic Recovery Act sah ursprünglich Steuergeschenke für Privatpersonen und Unternehmen vor, die von 1982 bis 1987 den Fiskus 883,4 Milliarden Dollar kosten sollten. Diese gewaltige Lücke wurde später durch die Rücknahme steuerlicher Erleichterungen für die Firmen sowie die Anhebung der Sozialversicherungsabgaben und der Autobahngebühren verkleinert, die Ausfälle schlagen jedoch immer noch mit 633 Milliarden Dollar zu Buch.

2. Da in den Finanzjahren 1982 bis 1985 gleichzeitig die Ausgaben für Verteidigung um 45 Prozent auf 272 Milliarden Dollar steigen, überrascht das in der ersten Amtszeit des Präsidenten akkumulierte Gesamtdefizit in Höhe von 731 Milliarden Dollar (einschließlich der Off-Budget Agencies) *nicht, zumal* die *Rezession* die Mindereinnahmen noch vergrößert hat. Im letzten Carter-Jahr erreichte das US-Budgetdefizit 78,9 Milliarden Dollar, 1982 nahm es dann auf 127,9 und 1983 auf 207,8 Milliarden Dollar – ein einsamer Rekord – zu.

3. Die Folge war ein scharfes Anziehen der Bundesverschuldung, die unter Reagan bisher von 0,9 auf 1,3 (1984) gewachsen ist. 1985 übersteigt sie 1,5 und erreicht 1987 sogar 1,9 Billionen Dollar. Daraus resultiert eine Zunahme des Zinsendienstes auf netto 116 Milliarden Dollar im kommenden Finanzjahr.

4. Vergleicht man die Haushaltsjahre 1982 und 1985, dann hat sich auch die Zusammensetzung der Einnahmen und *Ausgaben zum* Teil erheblich verändert. Auf der Einnahmenseite beträgt der Anteil der Einkommensteuer 36 (1982: 45), der Sozialversicherungsteuer 29 (29), der Körperschaftsteuer 8 (9), der Umsatzsteuer 4 (9) und anderer Steuern 3 (4) Prozent. Der Bund pumpt sich weitere 20 (4) Prozent. Demgegenüber ist der Anteil der Transferzahlungen von 48 auf 42 Prozent gesunken, während auf die Verteidigung 29 (25) und auf den Zinsendienst 13 (17) Prozent entfallen.

Die Reagan-Administration hält an ihren bisherigen optimistischen Konjunkturprognosen, auf denen auch die Budgetzahlen basieren, fest. So nimmt das US-Sozialprodukt in den Kalenderjahren 1984 und 1985 um 5,3 und 4,1 Prozent zu und pendelt sich danach bei vier Prozent ein. 1989 soll das Realwachstum immer noch 3,9 Prozent betragen.

ROHSTOFFE / *Deutsche Industrie fordert Zugangserleichterungen* von Bonn

Hemmende Vorschriften sind abzubauen

HEINZ HECK, **Bonn**

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) fordert die Bundesregierung auf, der deutschen Wirtschaft den Zugang zu heimischen Rohstoffen und deren Verarbeitung zu erleichtern. Günther Saßmannshausen, *Preussag-Chef und Vorsitzender* des BDI-Arbeitskreises Rohstoffpolitik, sprach vor Journalisten „von einer Flut von Verordnungen und Gesetzen", die zum Teil existentielle Probleme schüfen.

Die betroffenen Industriezweige wollen mit den zuständigen Ressorts der *Bundesregierung sowie den Ländern* und Gemeinden in den nächsten Wochen diese Fragen erörtern mit dem Ziel eines massiven Abbaus einschlägiger Vorschriften, der Koordinierung der Verwaltungszuständigkeiten (möglichst in einem Ressort) sowie einer deutlichen Verkürzung der manchmal mehr als ein Jahrzehnt währenden Genehmigungsverfahren. Eine Vielzahl von Vorschriften im Planungs- und Genehmigungsrecht, im Umwelt- und Naturschutz, in der Energiepolitik, im Transportwesen sowie bei Steuern und Abgaben beeinträchtige die Unternehmen.

Betroffen seien vor allem die Gewinnung von Kohle, Erdgas, Erdöl, Steine und Erden-Rohstoffe, Industrieminerale und Torf, die Produktion von organischen und anorganischen Grundchemikalien sowie die Verarbeitung metallischer Rohstoffe.

Um die Bedeutung des Wirtschafts*zweigs zu verdeutlichen, betonte* Saßmannshausen, daß jeder siebte Beschäftigte in der Industrie (insgesamt rund eine Million Menschen) in diesem Wirtschaftszweig tätig sei. Den Produktionswert bezifferte er auf etwa 110 Milliarden Mark. Im Auftrag des BDI hat das Institut zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien in Hamburg eine Studie über die „Probleme beim Abbau heimischer Rohstoffe und bei der Rohstoffverarbeitung in der Bundesrepublik Deutschland" erstellt.

Zu den Forderungen und Lösungsvorschlägen, die der BDI und seine Fachverbände aufgrund der Studie vorlegen, gehören unter anderem:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Kenntnisse über nutzbare Lagerstätten (Rohstoffkataster);
- Angleichung der „Förderabgabe" und des Steuerrechts an die Besonderheiten der Rohstoffindustrie;
- Berücksichtigung des Leistungsvermögens der Industrie bei der Anwendung von Umweltschutzauflagen;
- Erhaltung wettbewerbsgerechter Energiepreise (bei ausdrücklichem Verzicht auf eine Subventionierung des Strompreises) und
- Abbau internationaler Wettbewerbsverzerrungen.

KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU

Mehr Darlehen zugesagt

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die sich als Entwicklungsbank für die deutsche Wirtschaft und für die Entwicklungsländer versteht, hat im letzten Jahr 15,7 (Vorjahr: 12,6) Mrd. DM Kredite *zugesagt und damit* mehr als je zuvor. Allein für die Förderung der Deutschen Wirtschaft stellte sie 13,4 (9,6) Mrd. DM bereit, *davon 6,7 (4,8) Mrd. DM* für inländische Investitionen.

„Wir haben uns nicht an den Sonntagsreden zum Jahr des kleinen Un*ternehmers beteiligt, sondern gehan*delt", sagt Vorstandssprecher Gerhard Götte. Er belegt dies mit 4,5 (3,3) Mrd. DM Kreditzusagen für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmer. Und hier stehen, entsprechend dem öffentlichen Förderungsauftrag, die aus eigenen Mitteln zinsverbilligten Programmkredite im Vordergrund, mit denen Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmer langfristig zu festem Zins (zur Zeit 7,5 Prozent für zehn Jahre bei 95 *Prozent Auszahlung*) im Vordergrund. Sie gingen mit 3,5 (2,2) Milliarden hinaus, den sich die KfW selbst gesetzt hatte.

Ein Flop war bisher eine neue Variante ihres Programms, die „Risikofinanzierung für Innovationen", die eine *Finanzierung* risikoreicher Investi*tionsvorhaben auch bei mangelnden* Sicherheiten ermöglichen soll. Ganze zehn Anträge erhielt die KfW, von denen nur zwei ins Vorfeld der Zusage kamen. Und auch über die ist das Urteil nicht allzu positiv: Sie ernähren zwar ihren Mann, aber der kann sich keine goldene Nase verdienen. Für die KfW ist die Innovationsfinanzierung „kein Griff in den Subventionstopf"; sie verlangt wegen des höheren Risikos zwei Prozentpunkte mehr Zinsen als von anderen Unternehmern.

Die Exportfinanzierung mit 3,1 (3,8) Mrd. DM Zusagen florierte nicht so recht. Es fehlten große Projekte. *Die Konkurrenz*, vor allem der Japaner, sei so hart, daß viele Aufträge für Anlagenexport an deutschen Interessenten vorbeigingen, erläutert Götte, der auch jetzt noch keine großen Chancen für den Großanlagenexport sieht. Die KfW sei daher bei der Exportfinanzierung „auf die Dörfer gegangen", so daß sich die Zahl der geförderten Geschäfte auf 250 mehr als verdoppelt hat. Im Rahmen der speziellen Finanzierung für den Export von Schiffen und Flugzeugen (1,1 nach 0,9 Mrd. *DM Zusagen) lief* bei Flugzeugen so gut wie nichts. Im Schiffsbau, so Götte, könnten Kredite nur noch den geordneten Rückzug in einer *Branche finanzieren*, die unter dem Zwang zur Bereinigung steht, weil ohne Subventionen kein Schiff mehr ins Ausland zu verkaufen sei, auch nicht, wenn es hohen Ansprüchen genüge.

Kredite und Zuschüsse im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit *Entwicklungsländern hat die KfW für* 2,2 (3,0) Mrd. DM abgeschlossen. Von diesem Rückgang sei die Gruppe der ärmsten Staaten kaum betroffen gewesen. Asien rangierte bei den Zusagen mit 1,2 Mrd. DM vor Afrika (0,8 Mrd. DM). Bei der Refinanzierung ihres Geschäfts hatte die KfW trotz mehrfacher Zinsschwankungen keine Probleme. Das Betriebsergebnis, von dem mehr als 100 Mill. DM zur Zinsverbilligung und weniger als ein Drittel für Risiko-Vor- und Nachsorge verwendet werden, erholte sich von 47 auf 170 Mill. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Neuenahr-Ahrweiler: Kurt Ruscher GmbH, Feuerfeste Spezialmassen, Bad Breisig; **Berlin-Charlottenburg:** Bruhn Bau-Consult GmbH; **Detmold:** Wilhelm Brand, Lemgo, Inh. d. Möbelfabrik Wilhelm Brand; **Essen:** NWH Warenhandelsges. mbH. & Co. Betriebs KG; NWH Warenhandelsges. mbH; NWH Warenhandelsges. mbH & Co. Betriebs KG; NWH Warenhandelsges. mbH & Co Betriebs KG; NWH Warenhandelsges. mbH; **Herford:** Edler Dachbau GmbH, Bad Oeynhausen; **München:** Raturna Steuerberatungsges. mbH; Nachl. d. Georg Gerer; Nachl. d. Rüdiger Heinz Schmidt; **Reutlingen:** Schweiger & Koppenhöfer GmbH, Pfullingen; **Soltau:** Nachl. d. Wwe. Dora Roxin geb. Sievers, Munster; **Wolfratshausen:** Anton Wagner Hoch- u. Tiefbau GmbH, Weyarn; **Wuppertal:** U. K. W. Urmoneit & Partner Warenhandelsges. mbH; Gebr. Motejat GmbH & Co. KG, Drehtechnik, Velbert 15; Gebr. Motejat GmbH, Velbert 15.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Lampertheim: BMS Musik-Sound GmbH, Viernheim; **München:** Maschinenfabrik Bernhard Goedecker; **Paderborn:** Akzo Chemie – Bauchemie GmbH i. L., Salzkotten.

Mein geliebter Mann, unser herzensguter Vater und Großvater, mein lieber Schwiegervater hat heute sein Leben vollendet.

Andor Hencke

* 14. Juli 1895 † 31. Januar 1984

Unterstaatssekretär a. D.
Träger des Königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern und anderer hoher Auszeichnungen

Sein Leben erfüllte sich in Liebe zur Familie, in Arbeit und Pflichterfüllung für sein Vaterland.

In Liebe und Dankbarkeit
Hildegard Hencke geb. Baranowsky
Dr. jur. Ulrich Hencke
Barbara Herbst geb. Hencke
Dr. jur. Gerhard Herbst
Jutta, Marion, Astrid, Axel und Christian

8183 Rottach-Egern, Mühlbachweg 21

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 3. Februar 1984, um 10 Uhr in der *Auferstehungskirche, Rottach-Egern, statt. Anschließend Beisetzung auf dem Ring*berg-Friedhof Kreuth-Weissach.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir, anstatt evtl. zugedachter Blumenspenden des Ev. Diakonie-Vereins, Rottach-Egern-Kreuth, Konto 131 474, bei der Kreissparkasse Tegernsee, oder des Dritten Ordens, Rottach-Egern, Konto 228017 3390, bei der Hypobank, Rottach-Egern, zu gedenken.

Wir nehmen Abschied in Liebe

Ingeborg List

geb. Caulier-Eimbcke

24. 3. 1908 – 29. 1. 1984

In Dankbarkeit und tiefer Trauer
Isabel Lunau geb. Widenmann
Peter Widenmann und Frau Sylvia geb. v. Plessen
Roderich und Désirée
Charlotte Schulz-Kampfhenckel geb. Caulier-Eimbcke
Günter Caulier-Eimbcke und Frau Karin geb. Urbig
Günther List und Frau Annegret geb. Zinner
Edith Stefans

Rainweg 2
2 Hamburg 20

Trauerfeier am Dienstag, dem 7. Februar 1984, um 16 Uhr in der St.-Johannis-Kirche zu Hamburg-Eppendorf, Ludolfstraße.

HANOMAG / Produktionsgesellschaft gegründet

Verhandlungen gehen weiter

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die dringend erforderliche Übernahmelösung bei der Hanomag GmbH ist noch immer nicht gefunden worden. Der hannoversche Baumaschinen-Hersteller, der am Dienstag in Anschlußkonkurs gegangen ist, wird aber mit einer Belegschaft von rund 500 Personen die Fertigung aufrechterhalten. Zu diesem Zweck hat Konkursverwalter Egon Kretschmer gestern mit Zustimmung des Gläubiger-Beirats eine Produktionsgesellschaft gegründet. Das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover haben erneut eine Bürgschaft von 10 Mill. DM zugesagt, um Kretschmer die Betriebsfortführung zu ermöglichen.

Nach Angaben des niedersächsischen Finanzministers Burkhard Ritz reichen diese Mittel für die Dauer von zwei Monaten. Der ebenfalls von Land und Stadt größtenteils verbürgte 20 Mill. DM-Massekredit, so Ritz, werde „ordnungsgemäß s zurückgezahlt". Der Minister nannte als entscheidende Gründe dafür, daß es noch nicht zu einem Vertragsabschluß mit einem Übernahmeinteressenten gekommen sei, Differenzen bei der Bewertung der Sicherheiten und die Weigerung, eine Arbeitsplatz- und Standortgarantie zu geben.

Vor der Belegschaft erklärte Kretschmer, Hanomag verfüge noch über einen Auftragsbestand von rund 600 Maschinen. Die Händler hätten versichert, Hanomag „treu zu bleiben". Er, Kretschmer, garantiere auf der anderen Seite, daß alle hereingenommenen Aufträge auch ausgeliefert würden. Der Konkursverwalter warnte davor, durch Einzel-Kündigungsschutzklagen die Konkursmasse auszuhöhlen. Dies würde an die Rest-Substanz gehen.

Mit welchen Interessenten überhaupt noch verhandelt wird, wollte Kretschmer nicht sagen. Offenbar haben sich aber die Fronten in den letzten Tagen eher verhärtet. Dies gilt vor allem für die Hoesch-Tochter Orenstein & Koppel AG (O & K) in Dortmund, den aussichtsreichsten Kandidaten. Das O & K-Angebot, das seit einer Woche auf dem Tisch liegt, sieht eine Abnahmegarantie von jährlich 1000 Maschinen vor. Auf eine Beschäftigungs- oder gar Standortgarantie will das Unternehmen aber nicht eingehen.

BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT / Keine Gewinnabführung – Ertrag überwiegend für die Risikovorsorge

Spargelder haben um 16 Prozent zugenommen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Aus der Absicht der Bank für Gemeinwirtschaft, in diesem Jahr die Gewinnabführung an die gewerkschaftliche Holding, die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft, wiederaufzunehmen, wird nun trotz eines die Erwartungen noch übertreffenden Betriebsergebnisses doch nichts. Wegen der noch hohen Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft – 40 Mill. DM Verlust bei der SMH-Bank schlugen als größter Einzelposten zu Buche – verwendete die BfG den größten Teil des Ertrages zur Bildung von Wertberichtigungen.

Geplant ist allerdings eine Dotierung der offenen Reserven; ob mit weniger oder mehr als 100 Mill. DM, hängt nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden Thomas Wegscheider davon ab, wie die Bank aus der Pleite der GSG-Siedlungsgesellschaft herauskommt. Wenn sich die Risikolage nicht weiter verschlechtert, soll die Holding eine Ausschüttung aus dem 1984er Ertrag erhalten, der allerdings nach Wegscheiders Einschätzung nicht so hoch ausfallen wird wie der aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr. 1983 summierte sich das Betriebsergebnis der BfG-Gruppe einschließlich der Handelserträge, aber vor Steuern, Wertberichtigungen und Abschreibungen immerhin auf rund 800 Mill. DM, gut 20 Prozent mehr als 1982 (660 Mill. DM). Dazu hat die BfG selbst mehr als 600 Mill. beigetragen, sagte Wegscheider, und der größte Teil des Restes stammte von der Luxemburger Tochter.

Bei der BfG resultierte die ebenfalls mehr als zwanzigprozentige Verbesserung des Betriebsergebnisses vorwiegend aus der Ausweitung der jahresdurchschnittlichen Zinsspanne von rund 2 Prozent auf 2,4 Prozent, die dem Zinsüberschuß nach vorläufigen Zahlen von 856 Mill. DM auf über 1 Mrd. DM steigen ließ. Inzwischen ist zwar die Zinsspanne von in der Spitze über 2,5 Prozent wieder auf etwa 2,2 Prozent zurückgegangen, doch der BfG-Chef betrachtet jede Marge über 2 Prozent als „Traumspanne". Wegscheider qualifizierte das Ergebnis auch als qualitativ besser, weil das Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft gestiegen ist, während die Handelsgewinne trotz der Realisierung von Kursgewinnen aus dem Verkauf hochprozentiger Rentenwerte aber deutlich niedriger ausfielen.

Bei der Erläuterung des vorläufigen Abschlusses wies Wegscheider auf eine strukturelle Verbesserung des Passivgeschäfts bei nur minimaler Ausweitung der Bilanzsumme um 2,1 Prozent auf 45,7 Mrd. DM bei der BfG und auf 59 (56,4) Mrd. DM in der Gruppe hin. Die Kundeneinlagen stiegen um 10,3 Prozent auf 25 Mrd. DM bei einem gleichzeitigen Abbau der Bankengelder um 11,2 Prozent auf 14,4 Mrd. DM. Mit der Zunahme der Spargelder in allen Formen um 16 Prozent von 7,5 auf 8,7 Mrd. DM ist die BfG ihrem Ziel, bei der Geldbeschaffung weniger geldmarktempfindlich zu werden, nach Wegscheiders Urteil ein gutes Stück nähergekommen.

Im Kreditgeschäft – die Kundenforderungen stiegen um 6,9 Prozent auf 25,1 Mrd. DM – standen die längerfristigen Ausleihungen mit einer 19,4prozentigen Zunahme um 1,5 auf 7,9 Mrd. DM im Vordergrund. Etwas gesunken sind die Ratenkredite, nachdem die BfG wegen der höheren Ausfälle – in den letzten drei Jahren wurden von rund 2,5 Mrd. DM Mengengeschäftsvolumen mehr als 100 Mill. DM wertberichtigt – strengere Maßstäbe angelegt hatte. Das Kreditgeschäft wurde – nach Wegscheiders Versicherung – entgegen erstem Anschein zu einem erheblichen Teil durch den Abbau des Renditenbestandes um knapp 1 Mrd. auf gut 3,7 Mrd. DM refinanziert.

Nach der Dotierung der Rücklagen aus dem 83er Jahresergebnis hat die BfG noch rund 2 Mrd. DM Kreditexpansionsspielraum, so daß in diesem Jahr keine Kapitalerhöhung ansteht. Mit der besseren Eigenmittelentwicklung hat die BfG Platz gewonnen, um die 1968 außerhalb geparkten Bankbetriebsgrundstücke mit mehr als 400 Mill. DM Buchwert in die Bilanz zurückzuübertragen. Mit dem Eigenkapital steht die BfG jedoch nicht so gut da, daß sie bei einer Konsolidierung der Gruppe keine Probleme bekäme, wenn die Ausleihgrenze beim Achtzehnfachen des Kapitals bleibt. Bei einem Multiplikator von 22 gäbe es, so Wegscheider, keine Probleme mehr.

HUTA-HEGERFELD

Banken helfen aus Liquiditätsklemme

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Wohlwollende Bereitschaft aller Beteiligten" verkündet der Vorstand des Essener Bauunternehmens Huta-Hegerfeld AG als Resultat eines abschließenden Gesprächs mit den Gläubigerbanken, um dem Unternehmen aus seiner Liquiditätsklemme zu helfen und „zu einer dauerhaften Zukunftssicherung beizutragen". Es wurde ein „Maßnahmenkatalog" verabredet, zu dem noch in dieser Woche die definitive Zustimmung der Banken erwartet wird. Vorgesehen sind ein Forderungsverzicht sowie die Bereitstellung von Liquidität und Bürgschaften. Ferner sei die Beantragung einer Landesbürgschaft geplant.

Zahlen werden zu alledem noch nicht genannt. Das Unternehmen, an dessen 25 Mill. DM Aktienkapital (seit 1982 dividendenlos) die Norddeutsche Landesbank als einziger Großaktionär mit einem Viertel beteiligt ist, hat bei dieser und anderen Landesbanken seine wesentlichsten Finanziers. Die Liquiditätsklemme resultiert laut Auskunft des Vorstands aus der verzögerten finanziellen Abwicklung von einigen Auslandsbauaufträgen.

Im Geschäftsjahr 1982 hatte Huta-Hegerfeld mit 4000 (4500) Beschäftigten noch eine Bauleistung von 520 (531) Mill. DM und daraus nur noch einen mageren Jahresüberschuß von 0,2 (3,9) Mill. DM erzielt. In 1983 ging die (noch nicht bezifferte) Bauleistung „erheblich" zurück. Die Belegschaft wurde weiter auf 3500 Mitarbeiter reduziert, darunter 1800 auf Auslandsbaustellen. Ebenso wie die akute Liquiditätsklemme resultierte offensichtlich auch der Geschäftsrückgang aus dem Auslandsbau.

Dementsprechend begann das Unternehmen 1984 zwar mit einem seit Jahresfrist um 35 Prozent auf 350 Mill. DM verbesserten Bestand an Inlandsaufträgen, aber mit einem gleichzeitig um ein Drittel auf nur noch 150 Mill. DM gesunkenen Bestand an Auslandsaufträgen. Immerhin soll das laut Vorstandsprognose ausreichen, um die Bauleistung 1984 wieder auf 500 Mill. DM zu bringen.

KABELMETAL / Vorsichtige Vorwärtsstrategie

Besseres Ergebnis erwartet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Nach Abschluß der internen Anpassungsmaßnahmen will die Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG, Hannover, jetzt eine „vorsichtige Vorwärtsstrategie" einschlagen. Kabelmetal-Vorstandschef Jörg Stegmann nannte auf der Hauptversammlung unter anderem stärkere Bemühungen um „mehr Veredelungstiefe" in der Produktpalette. Um die Abhängigkeit von der Bauwirtschaft zu mildern, sollen ferner neue Produkte entwickelt werden. Schließlich werde auch daran gearbeitet, den Bereich Sondererzeugnisse auszuweiten.

In den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 6.) hat Kabelmetal nach Stegmanns Worten „ein deutlich besseres, aber noch nicht befriedigendes Ergebnis" erzielt. Mit einigen Ausnahmen in der Sonderfertigung seien die Kapazitäten ausgelastet. Vor diesem Hintergrund könne auch für das gesamte Jahr mit einer gegenüber 1982/83 günstigeren Ertragsentwicklung gerechnet werden. Eine Dividendenprognose sei noch verfrüht.

Kabelmetal-Aufsichtsratschef Manfred Lennings, der dieses Amt mit Ablauf der Hauptversammlung niederlegte – sein Nachfolger ist Klaus Götte –, meldete Zweifel an, ob die derzeit noch günstige Entwicklung der Bauwirtschaft auch in der zweiten Hälfte 1984 anhalten wird. Die Nachfrage dieser Branche, in die Kabelmetal 45 Prozent aller Produkte liefert, beginne abzubröckeln.

Die Aktionäre erhalten für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 5 Prozent aus dem Jahresüberschuß von 6,8 Mill. DM. Kabelmetal rechne damit, daß die Dividendenzahlung der französischen Les Cables de Lyon (Beteiligung 25 Prozent) für 1983 unter dem Niveau des Vorjahres liegen wird.

Konsolidierung bei Köpenicker-Bank

tb. Berlin

Die Raiffeisen-Köpenicker-Bank eG, Berlin, hat das Geschäftsjahr 1983 zur Konsolidierung genutzt. Die Bilanzsumme ist, wie Vorstandsvorsitzender Jürgen Jenkel sagte, um 7 Prozent auf 609 (Vorjahr: 570) Mill. DM gestiegen. Dabei war der Zuwachs bei den Kundeneinlagen mit 3 Prozent auf 555 (539) Mill. DM eher bescheiden. Das Kreditgeschäft war lebhaft und mit einem Plus von 6 Prozent auf 383 (354) Mill. DM zufriedenstellend. Einschließlich Wechsel und Eventualverbindlichkeiten lag das Kreditvolumen bei knapp 419 Mill. DM (plus 11,4 Prozent).

Bei unveränderter Zinsspanne von 3,7 Prozent nahm der Netto-Zinsertrag auf 20,91 (18,44) Mill. DM zu. Die Provisionserträge erhöhten sich auf 1,72 (1,21) Mill. DM. Die Bank weist einen Jahresüberschuß von 2,65 (2,565) Mill. DM aus. Den offenen Rücklagen sollen 2 Mill. DM zugewiesen werden, die Mitglieder 6 Prozent Dividende erhalten.

NAMEN

Werner Blessing (52) und **Dr. Ulrich Cartellieri** (46) wurden von stellvertretenden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bank AG, Frankfurt, ernannt.

Hans-Jürgen Junghans, im Vorstand der Salzgitter AG zuständig für Forschung und Entwicklung sowie Volkswirtschaft, ist Ende Januar auf eigenen Wunsch aus dem Unternehmen ausgeschieden. Am 31. Juli 1984 geht **Nans Bettermann** (Weiterverarbeitung) in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist **Dr. Hansgeorg Eckert**. Finanzvorstand **Dr. Dieter Brunke** übernimmt zusätzliche Aufgaben bei der Salzgitter Wohnungs AG.

Horst Münzner, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Volkswagenwerk AG, ist als Nachfolger von **Neinrich Besserer** zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Braunschweig gewählt worden.

CONCORDIA / Mehr Schäden in der Kfz-Haftpflicht

Beiträge kräftig gewachsen

dos. Hannover

Einen Beitragszuwachs von über 10 Prozent auf rund 333 Mill. DM verzeichnete die Concordia Versicherungs-Gesellschaft a.G., Hannover, im Geschäftsjahr 1983. Nach Angaben des Vorstands erhöhte sich die Beitragseinnahme des selbst abgeschlossenen Geschäfts um 9 Prozent auf 303 Mill. DM.

Marktanteile hinzugewonnen habe die Gesellschaft in der Kraftfahrt-Versicherung: in dieser Sparte ergab sich ein Beitragszuwachs um 10 Prozent auf 196,5 Mill. DM. Auch im Bereich der Sach-, Allgemeine Haftpflicht und Allgemeine Unfallversicherung wuchsen die Beiträge mit 7,3 Prozent stärker als im Branchendurchschnitt. Auch die Concordia verzeichnete vor allem in der Kfz-Haftpflicht einen Anstieg der Schadensbelastungen.

Einen günstigen Geschäftsverlauf nahm die Lebensversicherungs-AG. Das eingelöste Neugeschäft erreichte mit 125 Mill. DM ein Plus von 20 Prozent. Der Versicherungsbestand stieg um 18,1 Prozent auf 614 Mill. DM. Der Vorstand rechnet mit einem höheren Überschuß als 1982. Dies schlage sich in einer Direktgutschrift von 2 Prozent ab 1984 nieder. Die Kapitalanlagen der Concordia Leben wuchsen um 19,6 Mill. DM auf 69,5 Mill. DM, die Erträge daraus um 1,4 Mill. DM auf 5,1 Mill. DM. Die Aktionäre erhalten wieder eine Dividende von 4 Prozent. Die Rechtsschutz-Tochter weist in ihrem zweiten vollen Geschäftsjahr eine Beitragseinnahme von 4,2 (2,8) Mill. DM aus.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Harms übernimmt Zettelmeyer

Trier (VWD) – Die in Konkurs geratene IBH-Tochtergesellschaft Zettelmeyer, Konz/Trier, wurde von dem Hamburger Unternehmer Ulrich Harms übernommen und wird unter dem Namen Zettelmeyer Baumaschinen GmbH weitergeführt. Harms werde mit Wirkung vom 10. Februar an alle Aktivitäten der Firma übernehmen, die zuletzt rund 800 Mitarbeiter beschäftigte.

Degussa legt zu

Frankfurt (Wb.) – Die Degussa AG, Frankfurt, schlägt ihrer Hauptversammlung am 13. April für das Geschäftsjahr 1982/83 eine Dividende von 9 (8) DM je 50-DM-Aktie vor. Außerdem soll ein neues genehmigtes Kapital von 50 Mill. DM geschaffen werden. Darüber hinaus sollen die Aktionäre eine Erhöhung des Grundkapitals (derzeit 248 Mill. DM) um 36 Mill. DM absegnen. Die neuen Aktien sollen ihnen im Verhältnis 7:1 zum Kurs von 130 DM je 50-DM-Aktie angeboten werden.

Hüls spürt Aufschwung

Düsseldorf (J. G.) – Die Chemische Werke Hüls AG, Marl, die große und seit 1981 dividendenlose Chemietochter des Veba-Konzerns, verbesserte 1983 ihren Umsatz um 3 Prozent auf 5,15 Mrd. DM mit 43,5 (43,7) Prozent Exportanteil und den Produktabsatz um 6 Prozent auf 4,8 Mill. t. Die „merkliche Erholung" habe im zweiten Halbjahr eingesetzt, verkündete Vorstandsvorsitzender Prof. Carl Heinrich Krauch vor den Jubilaren des Unternehmens.

Bremen hilft Klöckner

Bremen (VWD) – Bremen wird der Klöckner-Hütte in Bremen eine Finanzspritze von 71 Mill. DM gewähren. Einen entsprechenden Beschluß faßte der Senat der Hansestadt. Bei der Aktion im Rahmen der Strukturverbesserungshilfen an Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie ist für die Bremer Klöckner-Hütte eine staatliche Gesamtforderung von 214 Mill. DM vorgesehen. Davon werde der Bund 143 Mill. und das Land Bremen 71 Mill. DM tragen. Insgesamt würden wahrscheinlich im Rahmen der Vorgaben der Bundesregierung in Bremen 305 Mill. DM investiert und weitere 428 Mill. DM für Strukturmaßnahmen aufgewandt.

Mehr Umsatz bei Nestlé

Vevey (dpa) – Die Schweizer Nahrungsmittel-Gruppe Nestlé hat den konsolidierten Umsatz 1983 um 1 Prozent auf 28,1 Mrd. sfr (34,17 Mrd. DM) erhöht. Die Verkäufe stiegen mengenmäßig um knapp 3 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Wechselkursveränderungen ergäbe sich ein Umsatzzuwachs von 25 Prozent, heißt es dazu. Der konsolidierte Reingewinn soll ebenso wie der Vorschlag über die Dividende am 12. April bekanntgegeben werden.

Weniger Handwerkspleiten

Düsseldorf (Py.) – Um fast ein Fünftel auf 175 ist 1983 die Zahl der von Insolvenzen betroffenen Handwerksunternehmen im Bereich der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf zurückgegangen. Zwar wird dies von der Kammer als Anzeichen einer konjunkturellen Belebung gewertet, doch könne dies noch nicht als zufriedenstellendes Ergebnis angesehen werden. Nach wie vor war das Bau- und Ausbaugewerbe mit 71 (93) Pleiten am stärksten betroffen. Als besonders konkursanfällig erweisen sich junge Unternehmen.

NÜRNBERGER SPIELWARENMESSE / 1780 Aussteller aus 40 Ländern vertreten

Aufwärtsentwicklung deutet sich an

Die 35. Internationale Spielwarenmesse vom 2. bis 8. Februar in Nürnberg eröffnet in diesem Jahr den Reigen der großen Konsumgütermessen in der Bundesrepublik. 1780 Aussteller aus 40 Ländern werden rund 40 000 Einkäufern etwa 350 000 verschiedene Artikel anbieten. Die Zahl der deutschen Aussteller beträgt 1022. Das Jahr 1983 war für die Hersteller außerordentlich schwierig. Hervorragend sind nach Angaben der Branche nur wenige Artikel gelaufen: Puppen, Plüschtiere, preisgünstige Kleinspielwaren und die Elektronik. Der Trend beim Handel zeige aber, daß man 1984 mit einer Aufwärtsentwicklung rechnen könne. Bisher zeichneten sich vereinzelt Preiserhöhungen von etwa 2 bis 3 Prozent ab. (dpa/VWD)

Gegen Elektronik behauptet

Klassisches Spielzeug kann sich gegenüber der Vielfalt elektronischer Konkurrenz durchaus behaupten, stellt die Margarethe Steiff GmbH, Giengen, mit Blick auf ihr Geschäft mit Plüschtieren und Puppen im Geschäftsjahr 1983 fest. Mit einem Umsatzanstieg von 9,4 Prozent auf 46,4 Mill. DM ist das Unternehmen weiter deutlich gewachsen. Im Exportgeschäft, das einen Umsatzanteil von 31 (Vorjahr: 28) Prozent brachte, zeigten sich besonders in den angelsächsischen Ländern starke Zuwachsraten. Im Inlandsgeschäft konnte der Umsatz über den Fachhandel um 8 Prozent ausgeweitet werden. Die Preise wurden für 1984 im Schnitt um 4 Prozent erhöht. M. FINK

Einstieg bei Computern

Der Otto-Maier Verlag Ravensburg wird im Laufe dieses Jahres in den Markt für Computer-Software einsteigen, Programme für Heimcomputer anbieten und damit sein Engagement bei neuen Medien und Techniken ausbauen. Seit 1982 werden bereits Kinderfilme auf Videocassette unter der Marke Ravensburger angeboten. Im Geschäftsjahr 1983 verzeichnete Ravensburger eine insgesamt positive Entwicklung. Die Ertragslage sei zufriedenstellend. Der Umsatz erreichte in der GmbH 120 (114,6) Mill. DM und in der Gruppe 150 (141) Mill. DM. Dabei konnte der Buchverlag den Umsatz auf 32 (29,6) Mill. DM steigern. Die Preise sollen 1984 um knapp 3 Prozent angehoben werden. (dpa/VWD)

Zuversicht durch Neuheiten

Mit einiger Zuversicht, die sich nicht zuletzt auf das Neuheitenprogramm stützt, sieht die Gebr. Faller GmbH, Gütenbach, die Messeaussichten und die Geschäftsentwicklung 1984. Im vergangenen Jahr konnte dieser maßgebliche Hersteller von Zubehör für Modelleisenbahnen eine leichte Umsatzsteigerung von 3 bis 4 Prozent auf rund 26 Mill. DM verbuchen, wobei sich das Exportgeschäft etwas rückläufig zeigte. Mit der Ertragslage allerdings ist Firmenchef Edwin Faller nicht zufrieden. Zur Messe ging Faller mit Preiserhöhungen von knapp unter 5 Prozent im Durchschnitt des Sortiments von über 400 Artikeln. Neben Eisenbahnzubehör hat Faller auch batteriebetriebene und vollelektrische Eisenbahnen sowie Autospiele im Programm. M. FINK

Dämpfer aus Berlin

Mit dem größten Neuheitenprogramm seiner 125jährigen Firmengeschichte kommt der Modelleisenbahn-Hersteller Gebr. Märklin & Cie. GmbH, Göppingen, nach Nürnberg. Insgesamt 66 neue Lokomotiven, Wagen, Zubehörteile und Zugpackungen für alle drei Spurweiten sollen im Jubiläumsjahr das Geschäft anregen. Die Preise für das Märklin-Sortiment wurden zur Messe um durchschnittlich 2,7 Prozent angehoben.

Einen Dämpfer gab es gestern aus Berlin: Das Bundeskartellamt hat die Absicht von Märklin untersagt, keine Händler mehr zu beliefern, die Märklin-Artikel auf dem Versandwege anbieten. Nach Auffassung des Amtes verstößt diese Regelung gegen das Diskriminierungsverbot des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Die Berliner Wettbewerbshüter haben die sofortige Vollziehung ihrer Untersagungsverfügung angeordnet. M. FINK

Siemens macht Riesensprünge

Fast der gesamte Aktienmarkt wurde mit nach oben gerissen

DW. – „Das ist eine Jahrhundertbörse", jubelte ein Kursmakler am Mittwoch auf dem Parkett. Ausgelöst wurden die großen Umsätze und starken Kurserhöhungen vom Siemens-Geschäftsbericht. Die Siemenszahlen haben die ausländischen Anleger offensichtlich überzeugt. Sie legten ungewöhnlich große Beträge in deutschen Aktien an und rissen die übrigen Spitzenwerte des deutschen Marktes mit nach oben.

Daß dennoch sorgfältig ausgewählt wurde, zeigt der vernachlässigte AEG-Kurs, der nur um etwa 2,50 DM anzog. Am Automarkt stiegen die Notierungen bis um rund 8 DM, so bei BMW und Mercedes-Holding. Fest auch die Spitzenreiter unter den Banken. Unter den Farbennachfolgern lagen BASF mit zeitweise plus 5 DM vorn. Vernachlässigt wurden Stromversorgungswerte, die sich zum Teil nur knapp halten konnten. Große Ausnahme Veba, die zeitweise um 5 DM auf 186,50 DM vorpreschte. Freundlicher lagen die Stahlpapiere; uneinheitlich mit Plus- und Minuskorrekturen die Maschinenbauer.

Düsseldorf: AEG Kabel Reydt erhöhten um 5 DM und DAT um 20 DM. Hochtief stockten um 10 DM und Kabel und Metall um 5 DM auf. Keramag verbesserten sich um 6,50 DM und Zanders um 3 DM. Nachgeben mußten Hageda um 3 DM, Heinrich um 5 DM und Stinnes um 15 DM. Bei den Versicherungen schlossen Colonia um 5 DM und Allianz Vers. um 15 DM fester.

Frankfurt: Deckel blieben bei Plusankündigung 127 DM (plus 7,20 DM), Klöckner – ebenfalls bei Plusankündigung – 60,20 DM. Deutsche Atlanten 392 DM (plus 9 DM), SEL 376 DM (plus 10 DM), Holzmann 460 DM (plus 14 DM) und Metallgesellschaft 245 DM (plus 8 DM).

Hamburg: HEW lagen bei 108,50 DM (minus 0,50 DM) knapp gehalten, während NWK-Vorz. zu 177,50 DM (plus 1 DM) gehandelt wurden. Reichelt kamen wieder auf 129,50 DM (plus 1,50 DM). Phoenix Gummi wurden mit 157 DM bis 158 DM (plus 0,50 DM) bezahlt.

München: Etienne Aigner erhöhten um 1 DM, Audi NSU um 1 DM und Augsburger Kammgarn um 3 DM. Flachglas verminderten um 5 DM und NAK Stoffe um 4,80 DM. Niedermayer Papier verloren 3 DM. Patrizier erhöhten um 4 DM und Reichelbräu um 3 DM. Süd Chemie stockten um 10 DM auf 380 DM auf.

Berlin: DeTeWe erhöhten sich um 13 DM und Orenstein um 9 DM. Kempinski verbesserten sich um 4 DM, Rheinmetall und Schering um je 3 DM, Herlitz Vorzüge und Scheidemandel um je 2 DM. Dt. Hypobank Berlin büßten 4,50 DM und DUB-Schultheiss 4 DM ein.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex vom 1. 2.: 158,8 (157,6); WELT-Umsatzindex vom 1. 2.: 4827 (4507)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Ausland

New York

	1. 2.	31. 1.		1. 2.	31. 1.
Colgate	21,375	21,375	Mobil Oil	30,25	30,25
Comm. Edison	23,75	23,75	Monsanto	94,75	94,75
Comm. Satellite	31,75	31,75	National Gypsum	34,50	34,50
Continental Group	50	50	Nat. Semiconductor	14,25	14,25
Control Data	43,75	43,75	National Steel	34,75	34,75
CPC Int.	38,50	38,50	NCR	117,25	117,25
Curtiss Wright	47,75	47,75	Newmont	48,375	48,375
Deere	36,25	36,25	PanAm World	8,125	????
Delta Airlines	38,75	38,75	Pfizer	35,75	35,75
Digital Equipm.	86,125	86,125	Phibro	29,75	29,75
Dow Chemical	31,625	31,625	Philips Petroleum	38,625	38,625
Du Pont	49,125	49,125	Philip Morris	73,625	73,625
Eastern Gas-Fuel	22,375	22,375	Pittston	14	14
Eastman Kodak	71,50	71,50	Polaroid	30,125	30,125
Exxon	39,875	39,875	Prime Computer	17,875	17,875
Fabergé	30,375	30,375	Procter & Gamble	51	51
Firestone	18,875	18,875	RCA	32,625	32,625
Fluor	18,375	18,375	Revlon	31,75	31,75
Ford	39,625	39,625	Reynolds Ind.	65,875	65,875
Foster Wheeler	15,125	15,125	Rockwell Int.	29	29
Fruehauf	42,625	42,625	Rorer Group	27,625	27,625
GAF Corp.	16,625	16,625	Schlumberger	47,50	47,50
General Dynamics	53	53	Sears, Roebuck	36,50	36,50
General Electric	55,125	55,125	Shell Oil	54,625	54,625

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

	1. 2.	31. 1.
Abitibi Price	26,50	26,25
Alcan Alu.	44,125	44,125
Bk. of Montreal	27,625	27,625
Bk. of Nova Scotia	14,50	14,75
Bell Cda. Enterpr.	31,50	31,25
Bluesky Oil	3,90	3,80
Bow Valley Ind.	24,125	25,75
Brenda Mines	15	–
Brunswick M. & Sm.	21,625	21,50
Cdn. Imperial Bk.	30,75	30,625
Cdn. Pacific Ltd.	48,625	49,50
Cdn. Pacif. Enterpr.	23,50	24,125
Cominco	57,625	57,25
Conwest Res.	3,85	3,95
Denison Mines	41,625	42,375
Dome Petroleum	3,80	3,85
Domtar	33,25	31,25
Falconbridge Ltd.	68	68,25
Great Lakes Forest	88	89
Gulf Canada	16,75	16,75
Gulfstream Res.	1,10	1,08

London

	1. 2.	31. 1.
All. Lyons	155	155
Anglo Am. Corp. $	16,81	16,62
Anglo Am. Gold $	109,75	107,25
Babcock Int.	179	178
Barclays Bank	552	552
Beecham	313	313
Bowater	279	280
B. A. T. Industries	195	196
Br. Leyland	72	72
British Petroleum	443	448
Burmah Oil	185	188
Cadbury Schweppes	121	120
Charter Cons.	251	253
Cons. Gold. Fields	549	540
Cons. Murchison	800	800
Courtaulds	145	142
De Beers $	8,45	8,30
Distillers	262	260
Driefontein $	32,37	31,62
Dunlop	44	44

Mailand

	1. 2.	31. 1.
Farmitalia C. Erba	11450	11400
Fiat	4140	4140
Fiat Vz.	3310	3340
Finsider A	45	46
Generali	38900	39010
Gruppo Lepetit	28500	28100
IFI Vz.	6025	6050
Italcementi	45350	44800
Italgas	965,50	966
Magneti Marelli	1059	1080
Mediobanca	66000	66910
Mondadori	2390	2480
Montedison	247,75	247
Olivetti Vz.	4300	4365
dgl. St.	4405	4510
Pirelli SpA	1858	1832
Rinascente	473	478,50
RAS	57840	57400
S. A. I.	13898	13900
SIP	2005	1980
Snia Viscosa	1620	1620
STET	2150	2150
Index	–	228,6

Amsterdam

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

	1. 2.	31. 1.
Winterthur Inh.	3420	3410
Winterthur Part.	3120	3100
Zür. Vers. Inh.	18325	18550
Ind.: Schw. Kred.	316,60	317,80

Brüssel

	1. 2.	31. 1.
Arbed	1450	1450
Brux. Lambert	2700	2700
Cockerill Ougrée	209	212
Ebes	2480	2485
Gevaert	3245	3195
Kreditbank	7200	–
Pétrofina	7050	7000
Soc. Gén. d. Belg.	1825	1800
Sofina	5700	5600
Solvay	4300	4550
UCB	5400	5380
Index	148,22	148,02

Madrid

Paris

Hongkong

	1. 2.	31. 1.
Hongkong Land	4,27	4,27
Hongk. + Sh. Bk.	8,80	8,75
Hongk. Teleph.	41,00	41,50
Hutch. Whampoa	18,00	17,90
Jard. Matheson	14,30	14,30
Swire Pac. + A +	18,50	18,40
Wheelock + A +	4,00	4,00

Singapur

	1. 2.	31. 1.
Cycle + Car.	Geschlossen	5,70
Cold Storage		4,98
Dev. Bk. of Sing.		10,30
Fraser + Neave		6,75
Kl. Kepong		3,16
Mal. Banking		9,70
Nat. Iron		4,00
OCBC		11,60
Sime Darby		2,84
Singapur Land		5,45
Un. Overs. Bank		5,85

Sydney

	1. 2.	31. 1.
ACI	1,88	1,87
Ampol. Explor.	4,50	4,40
Bk. New S. Wales	3,97	3,90
Bridge Oil	3,30	3,30
Brok. Hill. Prop.	13,65	13,60
Coles	3,77	3,82
CRA	5,50	5,40
CSR (Theiss)	4,13	4,13
Metals Expl.	0,61	0,64
MIM-Holdings	3,36	3,35
Myer Emporium	2,10	2,15
North Broken Hill	3,10	3,10
Oakbridge	0,98	0,98
Peko Wallsend	5,44	5,40
Poseidon	4,17	4,10
Thomas Nat. Tr.	2,20	2,50
Waltons Bond	0,59	0,60
Western Mining	4,70	4,25
Woodside Petr.	1,02	1,02
Index	765,60	765,90

Optionshandel

Frankfurt: 1. 2.: 1700 Optionen = 86 975 (84 750) Aktien, davon 396 Verkaufsoptionen = 20 050 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-85/12, 4-95/6,8, 4-100/4, 7, 7-85/18, 7-100/8,5, 7-110/4,95, 7-120/4, 10-100/14, 10-110/9, 10-120/6,4, BASF 4-160/20, 4-170/11, 4-180/8, 7-170/22,8, 7-180/14, 8, 7-190/8,8, 7-200/4,3, 10-180/18,6, 10-190/10,5, Bayer 4-140/46,5, 4-160/27, 4-170/17, 4-180/10,5, 4-190/6, 7-180/19,7, 7-190/13,4, 7-200/7,8, 10-170/38, 10-180/28,9, 10-190/14,5, 10-200/10,6, 10-210/7,35, BBC 7-230/24,6, Bay. Hypo 4-300/15, Bekula 4-95/4,05, BMW 4-450/29, 4-470/15, 7-470/30, Bay. Vereinsbank 4-380/6,5, Commerzbank 4-170/22, 4-180/15, 4-190/9,9, 4-200/6, 4-210/3, 7-160/36,85, 7-170/28, 7-180/18, 7-190/21,8, 7-200/10, 7-210/7,2, 10-190/18,6, 10-200/16,4, Conti 4-113,7/22, 4-123,7/16, 4-130/13, 4-140/7, 4-150/3, 7-123,7/19, 7-130/17,8, 7-150/7,45, 10-130/26, 10-160/8, Daimler 4-630/85, 4-650/18,5, 4-670/9,6, Deutsche Bank 4-320/78,5, 4-330/69, 4-340/60, 4-350/50, 4-370/34, 4-380/28, 4-390/23,5, 4-400/15, 4-410/1,94, 4-420/7,8, 4-430/7, 4-440/4,05, 7-340/61, 7-370/44,5, 7-420/15, 10-390/43, Dresdner Bank 4-170/18, 4-180/12, 4-190/8, 5, 4-200/4,5, 7-170/24,2, 7-180/21, 7-190/14, 9, 7-200/9,3, 7-210/8, 10-190/15,5, 10-200/9, 85, GHH St. 4-180/6, Hoechst 4-190/10, 4-210/4, 7-190/15,8, 7-200/13, 7-220/4,35, 10-190/19,4, 10-210/10, Hoesch 4-90/35, 4-100/26, 4-110/17,1, 4-120/13, 7-120/11,4, 10-120/18,4, 10-140/14, 10-150/7,9, Karstadt 4-280/8, Klöckner 4-40/28, 4-45/16, 4-50/12, 4-55/9, 5, 4-60/9, 7-40/21, 7-45/17, 7-50/15, 7-55/10, 8, 7-60/9,8, 7-65/6,5, 10-55/15, 10-60/10,4, 10-65/7,1, Lufthansa St. 4-140/33, Lufthansa Vz. 4-120/47, 7-170/15, Mercedes 7-590/11,1, 10-570/37, 10-590/14,4, Metallges. 4-210/30, Mannesmann 4-130/22,8, 4-160/3,9, 7-150/13,5, 7-160/8,1, 7-170/4,6, 10-160/12, Preussag 10-280/25, RWE St. 4-190/9, Siemens 4-350/60, 4-360/51, 4-370/43, 4-380/33, 4-390/25, 4-400/18, 4-410/11,5, 4-420/7, 4-430/5,2,2, 7-390/45, 7-400/35, 7-420/14, 7-430/9,2, 10-410/28, 10-420/20, Thyssen 4-70/22, 4-80/12,5, 4-85/10,6, 4-95/5, 4-100/3,9, 7-85/14,6, 7-90/10, 7-95/9, 7-100/8,8, 10-90/14,6, 10-95/14, 10-100/10,5, 10-110/4, Varta 7-190/14,9, VEBA 4-160/24, 4-180/10, 4-190/3,95, 7-170/23, 7-180/15, 2, 7-190/10, 7-200/3, 10-180/19,65, 10-190/12,5, VW 4-240/7, 4-250/9, 7-220/24,5, 7-230/20, 7-240/13,5, 7-250/8,4, 7-270/3,5, 10-230/25, 10-250/14. Verkaufsoptionen: AEG 4-90/1,4, 4-95/3,2, 4-100/7, 7-85/1,4, 7-90/2,4, 7-95/4,9, 10/80/1,3, 10-85/2,3, 10-90/4, 10-95/5,9, BASF 4-190/6, 7-170/2,5, Bayer 4-180/1, 7-190/10, 10-180/4, BMW 4-410/2,4, 4-430/4, 7-410/3,65, 10-430/15, Commerzbank 4-180/2, 7-180/3,6, Conti 4-140/4,4, 7-130/2,4, 7-140/6, 10-130/3, 10-140/8, Daimler 7-610/5, Deutsche Bank 4-380/7, 7-390/14, Dresdner Bank 10-170/3, 10-180/6, GHH St. 4-160/10,5, Hoechst 4-190/3,1, 7-190/4, 10-190/4,5, Hoesch 4-120/2, 10-120/4,55, KHD 7-270/3, Klöckner 4-50/1, 7-50/1,6, 7-55/4, 10-55/5,15, Mannesmann 4-140/1,1, 4-150/3,6, 7-140/2, 7-150/4,5, 10-150/5,9, Siemens 4-380/2, 7-380/4, 10-370/3, 10-380/7, 10-390/11,6, Thyssen 4-90/2, 4-95/5, 7-90/3,5, 10-95/1,9, 10-95/6, Varta 7-180/3,5, VEBA 7-170/2,5, VW 7-230/5. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 1. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½– 9¾	5⅝–5⅞	3 –3⅛
3 Monate	9¾– 9⅞	5¾–6	3½–3⅝
6 Monate	9⅞–10	6⅛–6⅜	3¾–4
12 Monate	10¼–10⅜	6⅛–6½	4 –4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 1. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1610,00	1949,40
10 US-Dollar (Indian)**)	1283,00	1447,71
5 US-Dollar (Liberty)	320,00	394,00
1 £ Sovereign alt	249,00	306,66
1 £ Sovereign Elizabeth II	241,00	297,54
20 belgische Franken	188,00	243,96
10 Rubel Tscherwonez	256,00	319,20
2 südafrikanische Rand	241,00	298,40
Krüger Rand, neu	1077,00	1267,68
Maple Leaf	1077,00	1267,68
Platin Noble Man.	1122,00	1318,98
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	268,00	332,88
20 schweiz. Franken „Vreneli"	201,00	254,08
20 franz. Franken „Napoléon"	202,00	254,22
100 österr. Kronen (Neuprägung)	894,00	1197,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	190,00	249,66
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	137,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	471,00	576,84
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	112,00	150,48

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Nach Überwindung des Monatsultimos bewegte sich der US-Dollar am 1. 2. auf niedrigerer Basis. Nach 2,81 Schluß in New York gab der Kurs in Europa bis 2,7970 nach. Auf diesem Niveau war ein starker Widerstand vorhanden, so daß es zu einer Erholung auf 2,8030 kam. Die amtlichte Notiz kam mit 2,8020 ohne Beteiligung der Bundesbank zustande. Auch in der Entwicklung der anderen Währungen spiegelte sich die D-Mark-Festigkeit wider. Die Abschwächungen reichten bis zu 4,6 Promille beim japanischen Yen. Um 3,4 Promille niedriger lag der Schweizer Franken, der mit 124,99 erstmals seit dem 4. Januar wieder unter 125 notiert wurde. US-Dollar in: Amsterdam 3,1555; Brüssel 57,27; Paris 8,5730; Mailand 1707,25; Wien 19,7540; Zürich 2,2418; Ir. Pfund/DM 3,942; Pfund/Dollar 1,4069; Pfund/DM 3,942.

Ostmarkkurs am 1. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Kassabewegung fand am 1. Februar keine Parallele in der Entwicklung der Swapsätze. Meist wurden diese unverändert genannt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,97/0,87	2,69/2,59	5,14/4,94
Pfund/Dollar	0,05/0,06	0,15/0,17	0,31/0,34
Pfund/DM	1,80/0,40	4,00/2,80	7,00/5,60
FF/DM	26/10	66/50	128/112

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1. 2.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,8 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 1. 2.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 1. 2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,60). Ausgabe 1984 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,99, 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Bundesanleihen

Rentenwerte freundlich bis fest

Der Rentenmarkt blieb am Mittwoch zwar in gewisser Weise im Schatten der Aktien, tendierte aber dennoch ebenfalls freundlich bis fest. Öffentliche Anleihen wurden vielfach um 0,75 Prozentpunkte heraufgesetzt, in der Spitze auch um einen Punkt. DM-Auslandsanleihen bewegten sich ebenfalls um rund 0,7 Punkte nach oben. Und selbst bei Pfandbriefen war das Geschäft bei freundlichen Kursen lebhafter.

	1. 2.	31. 1.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	91,75G	91,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	94,75G	94,75G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	96,25G	96,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf.11	130,5G	130,5G

	1. 2.	31. 1.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
5 dgl. 14	90	89,5
5 dgl. 47	78	78bG
10 dgl. IS 46	–	–
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	93,25G	93,25G
8 dgl. Pf 73	100,6	100,6G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G

	1. 2.	31. 1.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,6G
6 dgl. Pf 85	77G	77G
7 dgl. Pf 100	89,6G	89,6G
D 6 WestLB Pf 350	100,7G	100,7G
6½ dgl. Pf 403	96,7G	96,7G
9½ dgl. Pf 1007	105,3G	105,3G
8 dgl. Pf 1015	98,8G	98,2G
7 dgl. KO 558	99,75G	99,75bG

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	1. 2.	31. 1.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	99G	98,5G
F 7½ Bakola Pf 104	100,3G	99,95G
9 dgl. Pf 106	103G	102,3G
10 dgl. Pf 108	107,45G	107G
7 dgl. KS 182	95G	94,5G
8 dgl. KS 155	98,65G	98,25G
9 dgl. KS 169	102,4G	102G

Bundesbahn

		1. 2.	31. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
8 Bdbahn 72	9/84	100,85	100,85G
8¾ dgl. 76	9/84	100,85	100,85
6 dgl. 78 III	11/84	99,75	99,75

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Leichte Gewinne verbuchte Kupfer. Während Kaffee fester notierte, kam es bei Kakao zu Abschlägen in allen Sichten.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	1. 2.	31. 1.
März	334,75	329,00
Mai	337,50	334,00
Juli	334,75	332,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	1. 2.	31. 1.
St. Lawrence 1 CW	249,25	249,50

Kakao New York ($/t)	1. 2.	31. 1.
Terminkontr. März	2498	2512
Mai	2455	2502
Juli	2425	2482
Umsatz	–	35

Zucker New York (c/lb)	1. 2.	31. 1.
Kontrakt Nr. 11 März	7,40	7,50
Mai	7,68	7,81

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Alte Sendung im neuen Kleid: „Kennen Sie Kino?"

Das Quiz hat ausgedient

Aber das ist doch die Stimme von ...", wird der Durchschnittskinogänger heute abend erstaunt ausrufen und gleich eine ganze Latte von Hollywoodgrößen aufzählen, die mit dieser Stimme sprechen. „Ach, der ist das", wird der eingefleischte Cineast bemerken, „so sieht der also aus." Des Rätsels Lösung: Der neue „Kennen Sie Kino?"-Filmvorführer, Rainer Brandt, ist einer der meistbeschäftigten deutschen Synchronsprecher.

Die Stimme des 48jährigen ist sein Handwerkszeug und sein Markenzeichen zugleich. Im Frühjahr 1973 machte er sich mit einem eigenen Studio selbständig. Seitdem hat er nicht mehr fürs Fernsehen gearbeitet. Unvergessen jedoch sind die flotten Sprüche des Synchronisierers vom Dienst in „Ihr Auftritt, Al Mundy", „Tennisschläger und Kanonen" und „Die Zwei". Im Originaldialog oft stocktrocken, wurden einige Juxkanonaden schon zu geflügelten Worten hochstilisiert.

Kennen Sie Kino? – ARD, 21.00 Uhr

Der Startschuß für „Kennen Sie Kino?" fiel am 1. Dezember 1968 im Dritten Regionalprogramm des NDR, von Werner Schwier („Als die Bilder laufen lernten") moderiert. Auch damals schon lautete der Untertitel „Ein Fernsehquiz für Kinogänger". Mit der achten Folge wagte man dann im Februar 1970 den Sprung hinüber ins Erste Programm: Werner Schwier und Henri Regnier führten durch die Sendung. Am 7. Oktober 1970 übernahm Hellmut Lange mit der zwölften Folge das Ruder. Das Cineastenquiz überdauerte zehn Jahre und endete zunächst einmal mit der 81. Folge am 16. Dezember 1980.

Jetzt hat man es wieder aus der Schublade geholt. Für 1984 sind sechs Sendungen in stark veränderter Form geplant. Uta Fahrenholz, zuständige Redakteurin beim NDR: „Im Mai werden wir wissen, ob es 1985 so weiterläuft." Sie glaubt, daß nach dreijähriger Abstinenz der damalige Publikumsrenner wieder einen Stammplatz bekommen könnte.

Bei der Neubesetzung der Sendung mit einem idealen „Filmverkäufer" tat man sich zunächst etwas schwer. „Es sollte schon jemand vom Fach sein", erinnert sich Uta Fahrenholz. „Bei sechs Sendungen im Jahr – die nächste startet übrigens am 5. April – können wir es uns nicht leisten, jemanden auszuprobieren, der ganz neu ist und noch nie Fernsehen gemacht hat." Daß sich Horst Buchholz angeboten habe, wie es an einigen Stellen zu lesen war, sei totaler Humbug. Und zur „Idealbesetzung" Rainer Brandt: „Er ist nicht Schauspieler genug, daß er meint, da nun 'nen Hamlet hinlegen zu müssen."

Warum hatte man die Sendung damals eigentlich eingestellt? „Das Quiz war dermaßen abgegriffen, daß man sich in Gebiete verstieg, die viel zu hoch aufgehängt waren. Im Prinzip waren alle Fragen gestellt. Der Nicht-Kinogänger vor dem Fernseher hat ja nicht mal mehr die Namen gekannt, nach denen da gesucht wurde."

Deshalb wird jetzt ganz aufs Quiz verzichtet. Es gibt keine Kandidaten mehr im Studio, die sich über lange Vorrundenkämpfe hinweg profilieren müssen, um dann vor der Kamera mit Abstrusitäten aus der Filmwelt zu brillieren. Die Publikumsrunde wird allerdings beibehalten.

Beim NDR ist man überzeugt, daß der Zuschauer in erster Linie der Filmausschnitte wegen die Sendung sieht, sozusagen als eine Art „Ratschlag für Kinogänger". So sind heute abend Schneewittchen, Glücks- und Yedi-Ritter mit von der Partie. Der „Local Hero" kommt etwas länger ins Bild. Aktualität und flexiblerer Gestaltung wird große Bedeutung beigemessen. Ein Interview, das Rainer Brandt auf die Schnelle mit Klaus-Maria Brandauer, der gerade in Budapest filmt, in Wien (Thema: Bond-Dreharbeiten) geführt hat, ist auch dabei. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen kurze Filmchen über das schönste oder älteste Kino Europas (in Amsterdam bzw. Wien) ebenso einen Platz haben wie das heiße Eisen Videopiraterie.

„Wir verfolgen in keinem Fall den Hintergedanken des Umerziehens nach dem Motto: ‚Die Leute sollen nicht mehr fernsehen, die sollen ins Kino gehen'", meint die NDR-Redakteurin. Auf der anderen Seite wird die Sendereihe schon ein wenig als Wiedergutmachung angesehen. Denn bei dem Überangebot an Spielfilmen im Fernsehen kann manchen Kinobesitzern schon angst und bange werden – von der Videomanie erst gar nicht zu reden.

DIETER THIERBACH

KRITIK

Ehrenrettung des Polit-Krimis

Bei dem politischen Krimi **Das tödliche Patt**, den das ZDF an zwei Abenden zeigte, ist zwischen künstlerischem Urteil und dem historisch-politischen Urteil zu unterscheiden. Der nach dem gleichnamigen Roman von Gerald Seymour gedrehte Film war nach den gestelzten Manierismen der zur Zeit laufenden Le-Carré-Verfilmungen eine wahre Ehrenrettung des englischen Polit-Krimis.

Bei dieser Jagd eines englischen Spitzels nach dem irischen Mörder eines englischen Ministers konnte das Publikum der Handlung folgen, die Atmosphäre in den katholischen Armutsvierteln von Nordirland war bedrückend echt, die Schauspieler ohne Ausnahme großartig.

Das politische Urteil ist schwieriger. Jeder weiß, wie unlösbar die Situation in Nordirland ist. Jedes der drei agierenden Lager hat seine Teilwahrheit für sich: Die presbyterianisch-schottische Herrenschicht, die Schicht der immer noch unterdrückten kleinen Leute irisch-katholischer Herkunft und drittens die englische Besetzungsmacht. Weshalb die Menschen sich dort bis zum Wahnsinn zerfleischen, weshalb dort immer noch Bomben und Maschinenpistolen den Ton angeben – das läßt sich nur begreifen, wenn jede Seite in ihrer Teilwahrheit gezeigt wird.

Die englischen Macher dieses Filmes widerstanden leider nicht der Versuchung, die Gewichte leicht zugunsten Englands zu verschieben. Zunächst wurden die Presbyterianer glatt ausgeblendet. Auf der Seite der englischen Armee wurden zwar einige Soldaten als üble Kerle gezeichnet, vom Leutnant aufwärts gab es nur noch Gentlemen.

Die IRA jedoch wurde als so paranoid gezeichnet, daß nicht mehr verständlich wurde, weshalb sie immer noch auf die Solidarität der katholischen Viertel zählen kann. Mit dem IRA-Terror allein ist das nicht zu erklären.

ANTON MADLER

Wenn's ums Geld geht . . .

Sieh mal an! Man muß nur den zur über 90teiligen Serie zerschnippelten Lore-Roman aus dem Radio aufgreifen, die Geschichte vom millionenschweren und eben gestorbenen Vater in Amerika, schon wird von einem bislang armen Huhn erwartet, daß es demnächst goldene Eier legt. Im Handumdrehen wird aus der kujonierten „Perle" ein **Schatz im Haus**.

Daß das ZDF diese Komödie von Claude Desailly entdeckte, ist fraglos ein Verdienst. Was der Autor nämlich aus diesem Ansatz entwickelt und wie er dabei dramaturgisch vorgeht, das hat etwas von den logisch so schlüssigen und glasklaren Denkspielen, mit denen in den zwanziger Jahren Georg Kaiser die Spießer attackierte. Auch das Finale, das den Knoten löst, könnte von ihm stammen – nicht zu Unrecht war Kaiser schließlich einmal der meistgespielte deutsche Dramatiker.

Regisseur Oswald Döpke wird das gewiß entdeckt haben. Aus dieser Einsicht stammt wohl das Verfahren, das Bild der geldgierigen Kleinstadt-Gesellschaft geduldig aus lauter feingeschliffenen Mosaiksteinchen zusammenzusetzen. Nur das bleibt die Frage: Ob er nicht den rettenden Deus ex machina in Gestalt des reichen Großvaters allzuoft als Lauscher ins Bild setzte – und ob nicht die Coda gewonnen hätte, wenn sie weniger laut ausgefallen wäre?

Deshalb lagen die Kabinettstückchen dieser Aufführung in den Szenen vorher – nicht zuletzt deshalb, weil das meisterliche Werkchen mit nicht minder meisterlichen Schauspielern besetzt war. Unter ihnen gehört die Palme fraglos der Ellen-Schwiers-Tochter Katerina Jakob. Aber auch alle anderen – darunter Wolfgang Reichmann, Louise Nartini und Sigfrit Steiner – trafen die Typen des Spiels bestechend genau. Das Vergnügen des Zuschauers blieb denn ungetrübt.

KATHRIN BERGMANN

STUDIO

Mit 14 Vertrauten beriet Reinhard Heydrich am 20. Januar 1942 die „Endlösung" und schwärmte von dem Holocaust: „Eine in der Weltgeschichte wohl einzig dastehende Organisationsaufgabe." Die folgenschwere **Wannsee-Konferenz**, die sechs Millionen Juden das Leben kostete, wird jetzt in den Münchner Studios des Bayerischen Fernsehens nachgestellt. Der Film soll im Januar nächsten Jahres gesendet werden.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF
09.25 Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.05 exclusiv
10.50 Globus – die Welt von der wir leben
11.20 Was bin ich?
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

10.55 Weltcup-Abfahrt der Herren in Sarajevo
15.30 Tagesschau
15.40 Wünsche, die ich mir erfülle
Eine Caterina-Valente-Show
16.25 Die Sonne, der Wind und die Zeit
Landschaftswunder Australien
1. Teil des preisgekrönten Films
17.20 ARD-Sport extra – aus Cortina
Ski-Weltcup
Abfahrt der Herren
Sprecher: Fritz von Thurn und Taxis
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Die Fernseh-Diskussion
Leitung: Rudolf Mühlfenzl
Kanzler-Perspektiven
Teilnehmer Bundeskanzler Kohl und Journalisten
21.00 Kennen Sie Kino?
21.45 Talentschuppen
Dieter Pröttel stellt junge Künstler vor
22.30 Tagesthemen
23.00 Abenteuer aus dem Englischen Garten
Fernsehfilm von Margit Sand nach der Erzählung von Marieluise Fleißer
Mit Sylvia Janisch und Werner Stocker
„Fräulein, ich mache Sie auf etwas aufmerksam: Sie haben ein Loch im Strumpf!" So spricht der junge Maurer Emil an einem Sommertag des Jahres 1924 das Fräulein im Englischen Garten an. Emil möchte auch einmal ein „festes Mädchen" haben wie seine Kameraden. Und wider Erwarten vereinbart das Fräulein ein Rendezvous mit ihm. Doch es zeigt sich, daß eine Verständigung nicht möglich ist.
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Aus meiner Aktenmappe
Letzte Folge:
Ist Bürokratie heilbar?
Von Peter von Zahn
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kuschelbären
Puppentrickserie nach dem Buch von Margarete Thiele
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Flohmarkt
Lob des Landlebens
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Peter im Zug-Zwang
19.00 heute
19.30 Country-Time mit Freddy Quinn
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Praxis-Patientenanwalt
Mit kritisch-konstruktiven Beiträgen zur modernen Medizin beginnt das „Gesundheitsmagazin Praxis" eine neue Reihe, die zweimal im Jahr mit Fallbeispielen, speziellen Informationen und Forderungen versuchen will, im oft anonymen und inhumanen Medizinbetrieb die Interessen des Patienten zu vertreten.
21.45 heute-journal
22.05 Die Zehn
Soziale Wirklichkeit in Europa
Was hält die EG zusammen?
22.50 Apropos Film
Von Helmuth Dimko und Peter Hajek
Fünf Klassiker von Alfred Hitchcock kommen wieder in die Kinos / Außergewöhnliche Premiere bei der Berlinale: „Marlene D." – ein Film über Marlene Dietrich / Eva Mattes spielt in dem Film „Ein Mann wie Eva" den Regisseur R. W. Fassbinder
23.35 heute



Im Englischen Garten haben sie sich kennengelernt: Der Maurer Emil (Werner Stocker) und das junge Fräulein (Silvia Janisch). (Abenteuer aus dem Englischen Garten – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: KÖVESDI

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der große Gangster
Amerik. Spielfilm, 1942
Mit Humphrey Bogart u. a.
21.35 Filmtip
Alain Resnais: „Das Leben ist ein Roman"
21.45 Schulkampf in Rheine
22.15 Rauhe Luft bei Onkel Sam
23.15 Valentine – ein Maler vor Liebe und Tod
0.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schach für jedermann (4)
18.45 Film als Hobby (4)
19.15 Matera liegt im Mezzogiorno
20.00 Tagesschau
20.15 Maigret kennt kein Erbarmen
Frz.-ital. Spielfilm, 1959
Mit Jean Gabin u. a.
21.55 Bücherjournal
22.40 Eine Reise nach Mu
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sendung mit der Maus
18.30 Sie kam aus dem All (2)
18.55 Die Maus auf dem Mars
19.00 Die schönste Frau der Welt
Ital. Spielfilm mit Gina Lollobrigida
20.45 Kultur aktuell in Hessen
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Janosik, Held der Berge (5)

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Der Überlebende von Tikeroo
Franz. Fernsehspiel
21.00 Sport unter der Lupe
21.45 Denkanstöße
Nur für Baden-Württemberg
21.50 Präsidentenbesuch
Mitterrand bei Kohl
22.05 Zu Gast
Nur für Rheinland-Pfalz
21.50 Präsidentenbesuch
22.05 Ebbes vom Heppes
Nur für das Saarland
21.50 TV-Club-Saar 3

BAYERN
18.15 Die Tier-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Der starke Stamm
20.50 Hey und Pfey der Welt
21.35 Rundschau
21.50 Z. E. N.
21.55 Leoparden küßt man nicht
Amerik. Spielfilm, 1938
Mit Cary Grant, Katharine Hepburn u. a.
23.25 Rundschau
23.30 Actualités

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Klassik ist wieder in

cf. – Wieder einmal hat die Vergangenheit schon begonnen, aber in hundert Jahren wird man genau hinsehen müssen, will man das Ereignis richtig datieren. Man trägt wieder Klassik, oder aber Neu-Klassik, und im vorliegenden britischen Fall „georgischen" Klassizismus.

Der Architekt Quinlan Terry war moderner Architektur stets ganz abgeneigt, verabscheut aber auch, was der durchschnittlich britische Serien-Baumeister „im georgischen Stil" nennt. Terry entwirft und baut tatsächlich so, wie man vor zweihundert Jahren sehr schöne Häuser baute. Er hat bei seinen Berufsgenossen damit nicht viel Beifall gefunden. Im besten Fall hatten sie Mitleid mit ihm. Jedoch, Terry bekam immer mehr Aufträge – nicht nur für Privathäuser im Lande, sondern auch für Verwaltungsgebäude und dergleichen. Mitleid mit Terry ist nicht mehr am Platze.

Sehr wahrscheinlich wird er jetzt zu Richmond am Themseufer ein größeres Verwaltungsgebäude bauen können, drei- bis vierstöckig, ziemlich lang und ziemlich teuer, für etwa vierzig Millionen Mark. Terry sagt, er ahme nicht historische Formen nach, er arbeite vielmehr angeregt durch die traditionellen Regeln; seine Zeichnungen für das große Objekt in Richmond, verschiedenartig gegliederte klassische Fassaden, Variationen über ein Thema, erinnern freilich sehr ans achtzehnte Jahrhundert.

Noch ist Terry nur lästig und für viele ein Reaktionär. Aber Bauten in diesem Ausmaß pflegen Folgen zu haben, vor allem, wenn eine zeitgenössische Architektur so langweilig geworden ist wie die unsere im allgemeinen und in allen Landen. „In hundert Jahren", sagt Terry beruhigend, „wird es offensichtlich sein, daß meine Arbeit Klassizismus des zwanzigsten Jahrhunderts ist, nicht des achtzehnten."

Der Verleger Frederick Ullstein wird heute 75

Ein englischer Preuße

Kommt man während der Frankfurter Buchmesse morgens um zehn an den Stand des Ullstein Verlags, kann es wohl passieren, daß man als erstem dem „Dienstältesten" aus der Besatzung begegnet. Und geht man spät abends zu einem der vielen Empfänge, kann es ebenfalls passieren, daß man ihn immer noch unter den Gästen entdeckt.

Er heißt Frederick Ullstein, ist ein Enkel des Verlagsgründers und wird heute 75 Jahre alt. Einen wesentlichen Aspekt seines Lebens hat Werner E. Stichnote, langjähriger Ullstein-Direktor, in einem Brief an den Jubilar so zusammengefaßt: „Als widrige Umstände Sie zwangen, Ihre Heimatstadt Berlin ... vor etwa 50 Jahren zu verlassen, gingen Sie von Preußen nach England. So ist aus Ihnen ein preußischer Engländer oder, besser, ein englischer Preuße geworden, denn Preuße sind Sie nach wie vor. Ich will meinen, es ist bestes Europäertum, das sich in Ihrer Person manifestiert."

Die „widrigen Umstände" kamen mit der Machtergreifung Hitlers. Die Nationalsozialisten zwangen die Eigentümer des seinerzeit größten Verlagshauses in Europa das Unternehmen für 6,5 Millionen Mark zu verkaufen, obwohl es mindestens das Zehnfache wert war. Und selbst der gezahlte Kaufbetrag wurde der jüdischen Familie bei der Auswanderung wieder genommen.

Frederick bewirtschaftete zunächst bis zu seiner Emigration 1936 das Rittergut Warnsdorf an der Prignitz. Während des Krieges war er Fallschirmjäger in der britischen Armee, und als der Ullstein Verlag nach dem Krieg restituiert wurde, kehrte er als Mitglied des Aufsichtsrates in die alte Hauptstadt zurück. Von 1956 bis 1960 leitete er verantwortlich die Buch- und Fachverlage, deren Grundsätze und Zielvorstellungen von ihm entscheidend mitgeprägt wurden. Als der Verleger Axel Springer 1966 den Ullstein Verlag übernahm, wandte sich Frederick neuen Aufgaben im Londoner Verlag Aldus Books zu, blieb aber dem Haus seiner Herkunft durch einen Beratervertrag bis heute verbunden.

Daß er diese Beratung sehr ernst nimmt, beweist nicht nur sein jährlich sichtbares Engagement in Frankfurt. Hinter manchen Einzeltiteln und Reihenwerken des Berliner Unternehmens in der Kochstraße steht seine Findigkeit im Aufspüren und Konzipieren markt- und qualitätsgerechter Bücher. Schon früh, nämlich 1957, würdigte Königin Elizabeth II. das Wirken dieses Mannes – nicht zuletzt als literarischen Mittler zwischen zwei Ländern –, indem sie ihm ein Wappen mit dem Motto verlieh: „Nur den Guten will ich gefallen."

Als vor knapp sieben Jahren das hundertjährige Bestehen des Ullstein Verlages gefeiert wurde, hielt Frederick Ullstein eine stark beachtete Rede, in der er unter anderem sagte: „Daß ich zu Ihnen sprechen darf, verdanke ich dem Umstand, der bisher Letzte meines Namens zu sein, der in der Kochstraße und in Tempelhof (dem ursprünglichen Sitz des Druckhauses) gearbeitet hat und heute noch ein wenig mitarbeitet."



Bestes Europäertum: Frederick Ullstein FOTO: DPA

Letzteres war britisches Understatement, auf das er indes verzichtete, als er über den Standort des Hauses bemerkte: „Es steht am alten Platz, wenn auch nicht in gewohnter Umgebung. Denn nichts kann uns an die Mauer gewöhnen, die vermessene Knechte wenige Meter von diesem Haus in grimmer Häßlichkeit errichtet haben."

Wenn Frederick Ullstein heute abend durch das Hauptportal des Hochhauses an der Kochstraße geht, wo ihm zu Ehren im 17. Stockwerk ein festlicher Empfang stattfindet, wird er links unten neben dem Eingng die aus Trümmern geborgene steinerne Eule sehen, das Wahrzeichen des Ullstein Verlags, das auch in das britische Wappen geprägt ist. Seine Freunde wünschen ihm, daß er in fünf Jahren aus entsprechendem Anlaß den gleich Gang antreten wird.

ALFRED STARKMANN

Die Sängerin Lisa della Casa wird 65 Jahre alt

Arabellas Decolleté

Ihr ging es, wie es heute ihrer neuseeländischen Kollegin Kiri te Kanawa geht: Man sah sie eben so gern singen, wie man sie singen hörte. Lisa della Casa war eine jener Sängerinnen, deren körperliche Schönheit ihrer Stimmschönheit hätte Konkurrenz machen können. Manche Menschen begnadet der liebe Gott denn doch wohl gleich doppelt und dreifach. Die della Casa zählt dieser Sonderklasse von Frauen zweifellos zu.

Ihre schönsten Rollen fand Lisa della Casa bei Richard Strauss. Ihr warmes Timbre bettete sich prachtvoll in den orchestralen Wohlklang, der sie in den Strauss-Opern und -Liedern umgab, und ließ die vokale Linie schier mit doppelter Leuchtkraft erblühen. Die della Casa war tatsächlich eine betörende Sängerin.

Als Sophie im „Rosenkavalier" verdrehte sie in all ihrer Singunschuld als Klosterzögling dem forschen jungen Oktavian herrlich den Kopf. Als Oktavian rückte sie später jauchzend der Frau Feldmarschallin zu Leibe, und als sie danach in diese Gemütsrolle des „Rosenkavalier" künstlerisch übersiedelte, schlug sie, berükkend wie eh und je, noch immer das junge Singgemüse ringsumher leichtstimmig aus dem Feld. Ihre schönste Partie indessen fand sie als Arabella.

Ihr Decolleté kam darin zu unübertrefflicher Wirkung (das war auch in Straussens „Ariadne auf Naxos" der Fall) und trieb Opernfans vom Parkettstammplatz vorübergehend hinauf auf den Rang, der besseren Aussicht wegen. Die della Casa hielt allen Anforderungen stand.

Die gebürtige Schweizerin, heute Schloßherrin an den eidgenössischen Ufern des Bodensees, baute sich ihre Laufbahn in Salzburg und Wien. Bald wurde sie gern und auf Dauer Gast der führenden Opernhäuser der Welt. Mozart und Strauss waren und blieben auch dort ihre Domäne: eine Sängerin von schlanker, ruhiger Hoheit, damenhaft, distanziert, kultiviert bis in die Fingerspitzen.

Als sie sich von der Bühne ins luxuriöse Privatleben zurückzog, brach sie fast vollständig mit der Welt des Theaters, als habe sie ihr nie mit Fleisch und Blut angehört, sondern ihr nur auf Zeit Stimme und Erscheinung geliehen – eine Künstlerin offenbar nur auf Zeit. Doch eine große Zeit ist es wahrlich gewesen.

KLAUS GEITEL

Als der Wohlstand noch neu und faszinierend war – Zur Wiederentdeckung von Heinz Erhardt

Laßt uns dem Müll eine Abfuhr geben

Im Fernsehen blättert Chris Howland musikalische Erinnerungen aus den fünfziger und sechziger Jahren auf. Catherina Valente und Peter Kraus dürfen, entstaubt und schwarzweiß, wieder singen und springen. Und der Musik-Markt, vergeblich auf der Suche nach neuen Pfründen à la Elvis oder Beatles, koppelt reihenweise alte Hits, die unsereiner noch im AFN gehört, zu neuen Platten. Fred Bertelmann und Ralf Bendix, Lys Assia und Paulchen Kuhn, Eddie Cochran, Gene Vincent und Ricky Nelson – die ganze deutsch-amerikanische Schnulzen- und Rockabilly-Welt jener Nierentischjahre feiert, wie so allerlei anderes jener Tage auch, fröhliche Urständ.

Seit der Begriff der „Nostalgie" (aus griechisch „Heimkehr" und „Schmerz", nóstos und álgos) nun schon seit Jahren eine Grundstimmung signalisiert, die es satt hat zu erschaudern vor Terrorismus und Umweltangst, vor politischen Ängsten und Staatsverdruß und jetzt, vor allem, vor dem immer mehr strangulierenden Diktat von Synthesizer und Computerbildschirm, weiß jedes Kind (auch jenes, das besagte Jahre selbst nicht erlebt hat), was los ist: Was dem einen seine Sekte oder ein Aussteiger-Traum, die Astrologie oder irgendein anderes eskapistisches Hilfsgerüst, das ist dem anderen die kuschelig-heimelige Retrospektive in jene Zeit, in der noch alle am selben Strang zogen, der Wohlstand noch neu und faszinierend, der Wettbewerb als Prinzip noch nicht so mörderisch und Begriffe wie „Streß", „Saurer Regen", wie „Dislozierung" oder „Overkill" noch unbekannt waren.

Und da war der Humor noch so brav wie die erwähnten Musikfilme, die Punchlines der Komiker größtenteils so lammfromm wie ungefähr die von 1946, als Wilhelm Bendow zum letzten Male auf der Rennbahn fragte: „Was, der reitet auf einem Blümchen?!"

Denn schließlich war auch die humoristische Auswahl jener Tage, da das Medium Fernsehen noch recht jung war, nicht so groß wie heute. Kein farbenfrohes Spektrum spannte sich auf zwischen den angelsächsisch-raffinierten Aperçus eines Loriot und den Vulgarismen eines Fips Asmussen. Es gab noch keinen Otto, keinen Manger, keine Insterburger und keinen Polt. Der Humor, ohnehin eine Sache, mit der die Deutschen sich spätestens seit 1933 nicht eben leichttaten, war entweder größtenteils schlecht, oder er war die politische Sache von „Insulanern", „Kom(m)ödchen" und Lachern-und-Schießern.



Ein Clown wie Shakespeare ihn gemeint haben könnte? Heinz Erhardt, den man jetzt wieder erleben kann FOTO: URSULA RÖHNERT

Einer aber war da, der dazugehörte wie heute J. R. Ewing oder Didi Hallervorden, ein kugelbäuchiger Herr mit dickrandiger Brille, wenig Kopfhaar und unbändiger Lust am Sprachspiel mit Hintergrund, am unschuldigen Herumalbern, am Grimassieren und linkischen Gestikulieren. Jahrgang 1909 war er, und die damals Jungen empfanden den damals auch schon über Fünfzigjährigen keineswegs als Exponenten irgendeiner ideologisch oder sonstwie fremden Fraktion. Filmtitel wie „Der müde Theodor" oder „Der Haustyrann", die „Tante Hedwig"-Polka wie die Verse vom Ritter Fips, der gute, alte Spruch „Noch'n Gedicht" oder der irrwitzig-dämliche „Chor der Müllmänner" („Auf! Auf! Laßt von Tonne zu Tonne uns eilen / Und dem Müll eine Abfuhr erteilen!"), jede Menge Geschichten und Couplets, Gedichte und Sketche – all das kommt wieder, war eigentlich nie ganz weg, erfährt aber in geballter Form erst seit einigen Wochen ein grandioses Comeback:

Heinz Erhardt, 1979 in Hamburg gestorben, würde am 26. Februar 1984 75 Jahre alt werden, verkauft aber dennoch ohne Unterlaß Platte auf Platte. Mittlerweile, berichtet die TelDec, sei eine halbe Million seiner Schallplatten abgesetzt, und der Trend sei krisenfest.

„Das Publikum möchte von unserer nicht sehr schönen Wirklichkeit abgelenkt werden", kommentiert die Witwe, Gilda Erhardt, das Erhardt-Revival: „Egal, ob die Zuschauer 18 oder 80 sind. Sie verstehen den Humor meines Mannes."

Das ist kein banaler Slogan, sondern die volle Wahrheit. Denn wo sich bis noch vor etwa einem Vierteljahr fast ausschließlich die französischen und polnischen Idole der zumeist noch jüngeren, oft akademisch gebildeten Cinéasten tummeln durften, da läuft heute gleichberechtigt „Der müde Theodor" oder „Witwer mit fünf Töchtern" mit Heinz Erhardt – in den Programm-, den Filmkunstkinos.

Und nicht nur da. Hat die heute jüngere Generation sich ihren Erhardt erschlossen wie es die heute 18jährigen tun, wenn sie meinen, Elvis Presley sei praktisch von ihnen gemacht, so zieht nun die ältere Generation nach und besieht sich im Kino, en famille, ihren Erhardt wie ehedem – im Publikumskino.

Und auch das Fernsehen „fährt" Erhardt. Am 17. Januar lief der erste Film („Drillinge an Bord") im ZDF, und das Ganze soll eine Art Erhardt-Retrospektive werden, die am 20. Februar mit „Natürlich die Autofahrer" ihre Fortsetzung findet.

Heinz Erhardts Plattenfirma hat ein übriges getan: Noch vor Weihnachten erschien eine 4-LP-Box („Noch'n Gedicht", TelDec 6 301 26) mit bekannten Darbietungen der „neuen Kultfigur" („Die Zeit"), und Ende Januar bringt das Hamburger Haus einen weiteren Konjunkturanheizer heraus: ein Doppelalbum („Humor ist Trumpf", 6 286 41) mit durchweg unbekannten Stücken, Rundfunksketchen der fünfziger und sechziger Jahre, darunter auch die Reisebeschreibungen von Friedrich Papenzin, zur Verfügung gestellt von WDR, SDR und NDR.

Heinz Erhardt also auf allen Schienen – eine gute Chance, nachzuholen, was viele damals womöglich versäumten: den Mann mit der Hornbrille nicht mehr zu reduzieren auf die Rolle des Blödelpioniers. Er war ein Clown, wie Shakespeare ihn gemeint haben könnte – ein Philosoph, der Wahrheiten sagt, mit gebleckten Zähnen, den Schalk im Auge...

ALEXANDER SCHMITZ

Wo der Hund begraben liegt – Drei Einakter zum Thema „1984" auf der Baseler „Kleinen Bühne"

Immer Ärger mit der abgelaufenen Plastikkarte

Das Basler Theater hat einen sehr beachtlichen und nachahmenswerten Versuch unternommen, der, wenn auch nicht zur Gänze, so doch in den entscheidenden Punkten geglückt ist. Man ließ einen Ruf ergehen an noch nicht oder nur selten aufgeführte Basler Autoren, denen zum Stichwort „1984" etwas einfallen könnte. Exposés wurden erbeten, aus denen die Autoren selbst, vielleicht auch mit Hilfe von Dramaturgen, Dramen verfertigen sollten.

So kamen drei Einakter zustande, die jetzt auf der „Kleinen Bühne" aufgeführt wurden. Sie waren durchweg beachtlich. Sie spielten sich alle in Orwells Endzeitatmosphäre ab, ja, atmeten etwas von Kafkas Geist, der eigentlich alles, was Orwell 1949 an die Wand malte, 25 und mehr Jahre vorher gedichtet hatte.

Da war zuerst „Wo liegt der Hund begraben?" von René Regenass (fast 50): Sitzung in der Chefetage eines großen Konzerns, auf der schwülstig-sachlich hin und her geredet wird, ohne daß man je erfährt, worüber die Teilnehmer der Konferenz eigentlich reden, obwohl die Vermutung naheliegt, daß es sich um die Vertuschung des Seveso-Skandals handelt. Sehr komisch, weil eben viel geredet und nichts gesagt wird.

Da ist „Die Longitudinalstudie" von Claude Cueni (27): Ein Normalbürger hat vergessen, daß die Gültigkeit seiner Plastikkarte, mit der er alles kaufen kann respektive muß, mit der er den Arzt besucht, auch Taxi fährt, abgelaufen ist. Er wird verhört, er erfährt, daß man alles, aber auch alles über ihn weiß, und geht schließlich daran zugrunde.

Drittens gibt es den Erstling von Urs Feger (24): „Jeder Zwecklos ist Widerstand". Eine Gruppe ausgeflippter Jugendlicher wird von der Gesellschaft geächtet und in einen Bunker gesperrt, wo sie in wenigen Stunden sterben müssen.

Dies also die Stücke, aus denen man etwas hätte machen können. Sie wurden zwar allesamt nicht einmal schlecht, aber eben falsch gespielt. In der Chefetage müßte tödlich ernst gesprochen werden, was lächerlich wirken würde. Statt dessen wird allerlei Ulk getrieben: Einer setzt sich neben seinen Stuhl, ein anderer verbrüht sich den Mund am heißen Kaffee, ein dritter kriecht unter dem Tisch herum usw.

Bei dem Verhör müßte der Verhörte seinen Verhörern gegenübersitzen, die so für ihn etwas Bedrohliches annehmen würden. Statt dessen sitzen sie völlig unmotiviert mitten im Publikum, und er selbst räkelt sich genüßlich, meist allein, auf der Bühne herum. Der Bunker, der für die Jugendlichen zum Grab wird, hat nichts Düsteres oder auch nur Bedrückendes an sich; er ist ein heller, weiter Raum, in dem die zu Tode Verurteilten meist fröhlich herumtollen.

Diese Mißverständnisse gehen wohl auf das Konto des Regisseurs Mark Zurmühle. Sie sind umso unverständlicher, als die Autoren an den Proben mitgewirkt haben. Aber vielleicht waren sie zu glücklich, aufgeführt zu werden, um Einwände zu erheben. Die Schauspieler der ersten beiden Stücke waren recht gut, zum Teil sehr gut. Das Publikum, sehr jugendlich, jedenfalls tobte vor Begeisterung.

CURT RIESS

Siebenkräuterbrei zum Frühlingsfest für die Gesundheit – Heute beginnt in Ostasien das „Jahr der Ratte"

Als der Luxus der teuren Bilder verboten wurde

Heute beginnt in Ostasien das Jahr kinoe ne. Das heißt, daß sich mit dem „Jahr der Ratte" nicht nur der mit den Tierkreiszeichen bezeichnete Zwölfjahreszyklus erneuert, sondern auch, daß ein neuer Sechzigjahrzyklus, der sich aus der Kombination der zwölf Tierzeichen mit den zehn „Himmelsstämmen" ergibt, beginnt. Vom Jahr 604, als in Japan der chinesische Kalender eingeführt wurde, über das Jahr 1872, als man zur westlichen Zeitrechnung überging, hinaus, verbanden sich mit dem Jahr kinoe ne immer besondere Hoffnungen. Und auch heute ist das noch so.

Die Neujahrs- und Frühlingsfeiern ziehen sich – vor allem in den ländlichen Gebieten – über viele Tage hin. In Japan wird am siebenten Tag des neuen Jahres das Siebenkräuter-Frühlingsfest gefeiert. Der Siebenkräuterbrei aus Petersilie, Hirtentäschel, Ruhrkraut, Vogelmiere, Taubnessel, Rettich und Rüben soll Gesundheit für das ganze Jahr bringen. Auf dem Theater wird als Kabuki-Spiel oder mit den Bunraku-Puppen der Neujahrstanz musume nanakusa, das Mädchen-Siebenkräuterfest, aufgeführt.

Davon erzählt ein japanisches Neujahrsblatt von Ichiyusai Kunisada. Es findet sich in dem ungewöhnlich schönen – und teuren – Band „Surimono" von Walter Exner (Siebenberg Verlag, Bad Wildungen. 114 S., 27 eingeklebte Farbbilder, 380 Mark; Vertrieb: Edition Weber, Genf).

Surimono sind die Edelsteine japanischer Holzschnittkunst. Während die Genrebilder des ukiyo-e, die Schauspieler- und Kurtisanenporträts, die Landschaften und Liebesszenen in hohen Auflagen und darum oft in minderer Qualität gedruckt wurden, verwendete man auf die Gelegenheitsdrucke als wertvolle Geschenke besondere Sorgfalt. Meist entstanden sie zu Neujahr.

Der Ausgangspunkt war ein Gedicht – oft in der Umgangssprache –, gewöhnlich in der klassischen 37-Silben-Form des ernsten tanka oder des heiteren kyoka, seltener in der 17silbigen Kurzform des haiku. Der oder die Verfasser, denn zu einem Surimono gehörten meist mehrere Gedichte, waren gebildete Dilettanten. Als Holzschneider wurden jedoch die berühmtesten Meister, Hiroshige, Hokusai, Hokkei, Kuniyoshi und andere gewählt.

Die Blütezeit des Surimono fiel in die großen Jahre des japanischen Farbholzschnitts in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Unter den Auftraggebern entstand bald ein heimlicher Wettstreit, der dann zu richtigen Wettbewerben um die schönsten Blätter führte. So wurden immer kompliziertere Drucke mit bis zu 30 Farbplatten entworfen und zusätzlich noch mit Gold-, Silberstaub oder Blindprägung verziert.



Bunraku-Puppenspiel zum Mädchen-Siebenkräuterfest: Surimono von Ichiyusai Kunisada. Aus dem Buch von Walter Exner. FOTO: SIEBENBERG-VERLAG

Bild und Gedicht beziehen sich oft auf das Symboltier des Jahres. So findet sich in dem Band von Walter Exner ein Blatt mit Kindern beim „Büffelziehen" auf das „Jahr des Rindes", mit der Mondjungfrau, die den Mondhasen hält, auf das „Jahr des Hasen" oder eine Frau unter dem Drachenpflaumenbaum (weil seine gewundenen Wurzeln einem Drachen gleichen) auf das „Jahr des Drachen". Oft sind die Anspielungen sehr verschlüsselt. So verbindet sich die Kiefer, weil man zum Fest der Ratte den Hauseingang mit jungen Kiefern schmückt, mit dem „Jahr der Ratte". Zugleich deutet sie auf die Ratte als Glücksbringer hin, weil sie den Glücksgott Daikoku begleitet.

Der Ratte werden in Ostasien – wie allen Tieren im Zwölfjahreszyklus – positive Eigenschaften zugesprochen. Ehrgeiz, Einfallsreichtum, Energie und Hang zur Perfektion gehören dazu. Und weil das Tierkreiszeichen dem Schriftzeichen für Kind entspricht, verheißt sie auch Kindersegen.

1834 war die Zeit der Surimono allerdings vorbei. Die Dekrete gegen den Luxus verboten nicht nur aufwendige Paläste, teure Kleider, kostbares Kinderspielzeug, sie beschränkten die Neujahrsdrucke auch auf sieben Farbplatten. Damit fiel der Anreiz für diese anspruchsvolle, spielerische Kunst weg. Die Surimono starben zwar nicht aus – sie werden auch heute noch verschenkt –, aber die teure Raffinesse erreichten sie nicht wieder.

PETER DITTMAR

JOURNAL

Neuer Intendant am Renaissance-Theater

F. L. **Berlin**

Dr. Knut Boeser, seit drei Spielzeiten Dramaturg und Regisseur am Berliner Renaissance-Theater, wird zum Ende dieser Spielzeit die Intendanz des Hauses in der Hardenbergstraße übernehmen. Heribert Sasse, bisheriger Leiter des Hauses, übernimmt Mitte 1985 bekanntlich die Nachfolge Boy Goberts am Berliner Schiller-Theater. Es war vorgesehen, daß ihn Dr. Boeser als Chefdramaturg dahin begleiten würde. Die Berliner „Theatergemeinde", der das Renaissance-Theater zu größten Teilen untersteht, hat nun Boeser mit der Intendanz ihres Hauses betraut und Heribert Sasse für die nächste Spielzeit auf seinen Wunsch frühzeitig freigestellt, damit er sich für seine neue Aufgabe an den Berliner Staatlichen Bühnen vorbereiten kann.

Langgesuchtes Bild von Millet entdeckt

AFP, **Boston**

Ein verloren geglaubtes Werk des französischen Malers Jean-François Millet (1814-1875), „La captivité des juifs à Babylone", ist jetzt unter einer anderen, im Museum für Kunstgeschichte in Boston hängenden Malerei des Künstlers, „Jeune bergère" gefunden worden. Die Entdeckung gelang rein zufällig bei einer Untersuchung des Gemäldes mit Hilfe von Röntgenstrahlen. Dies geschah bereits im vergangenen Dezember während der Vorbereitung einer Ausstellung über die Vorläufer des französischen Impressionismus. Die Entdeckung wurde erst jetzt bekanntgegeben, nachdem die Forscher Gewißheit erlangt hatten. Nach der „Gefangenschaft" hatten Kunsthistoriker aus aller Welt über ein Jahrhundert lang gesucht.

Filmpreis postum für W. Staudte

dpa, **Düsseldorf**

Dem kürzlich verstorbene Filmregisseur Wolfgang Staudte hat die Stadt Düsseldorf postum den „Helmut-Käutner-Preis" des Jahres 1984 zuerkannt. In der Begründung der Jury heißt es, Staudte habe in einer Zeit, in der kommerzielle Produktionen im Vordergrund standen, mit seinem Freund Helmut Käutner für eine Wiederbelebung des deutschen Films gesorgt. Der mit 10 000 Mark dotierte Filmpreis soll im März der Witwe des Regisseurs überreicht werden.

Kultstätte für Menschenopfer

AFP, **Peking**

Bei der Öffnung von 33 Gräbern aus der Zeit der Tang-Dynastie (618-907) in der zentralchinesischen Provinz Shangsi haben chinesische Archäologen Überreste von 45 Menschenopfern entdeckt. Die Entdekkung wurde im letzten Sommer im Fengxian-Distrikt von einem archäologischen Team gemacht, das eine mindestens 2200 Jahre alte Fundstätte erforscht. Die Überreste der verstümmelten Körper wurden in Grabkammern und Gängen gefunden. Es fehlten ihnen Köpfe, Hände oder Füße. Einige der Toten waren gefesselt und offenbar lebendig verbrannt worden.

Robert Lucas †

hl. **London**

Der Wiener Publizist und Rundfunkjournalist Robert Lucas, der 79jährig in London gestorben ist, war einer der gescheitesten Kämpfer gegen die braune Gewalt im Ätherkrieg des deutschen Dienstes der BBC. Konrad Adenauer gehörte zu den regelmäßigen Hörern seiner fiktiven „Briefe des Gefreiten Hirnschal", dieser unvergessenen Schweyk-Figur, mit der Lucas Weltereignisse aus der Sicht des mit Mutterwitz begabten kleinen Mannes mit köstlichem, aber auch zersetzendem Humor glossierte.

Lucas war schon 1934 als Korrespondent der angesehenen Wiener „Neuen Freien Presse" nach London gegangen, für die er bis zum Anschluß tätig war. Die Hirnschal-Briefe wurden inzwischen bei uns ein großer Bucherfolg. Viel Anerkennung fand auch seine Biographie „Frieda von Richthofen". Die Queen verlieh diesem kleinen Mann mit dem großen Herzen den Verdienstorden MBE, Österreich ehrte ihn mit dem Goldenen Verdienstorden.

W. A. Berendsohn †

DW. **Bonn**

Der Literaturwissenschaftler Walter A. Berendsohn ist im Alter von 99 Jahren in Stockholm gestorben. Fast vier Jahrzehnte lang hat er sich tatkräftig für die Wiedereingliederung der im Exil von 1933 bis 1945 entstandenen Werke in den Hauptstrom der deutschen Literatur eingesetzt. Der Pionier der Exilforschung, der nach Hitlers Machtergreifung Deutschland verlassen mußte, hat erst spät die verdiente Anerkennung gefunden. Im vergangenen Jahr hat die Universität seiner Heimatstadt Hamburg ihm die Ehrendoktorwürde verliehen.

Streit um Kunstfehler wird zum Ärzteskandal

Kammer und Behörde überhäufen sich mit Vorwürfen

GISELA SCHÜTTE, **Hamburg**

In Hamburg brodelt ein handfester Ärzteskandal. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen, die Ärztekammer, Gesundheitsbehörde und Patienten entzweien, stehen Vorwürfe gegen einen Chirurgen, das angebliche Wissen von Ärzten um Fehlleistungen sowie das kollegiale Schweigen darüber und der Streit über die Aufklärung der Vorkommnisse.

Ausgangspunkt war, wie berichtet, der „Fall Professor Ruprecht B.". Inzwischen haben sich bei der Hamburger Gesundheitsbehörde, bis 1981 Arbeitgeberin des pensionierten Orthopäden, 37 Patienten gemeldet, die angeblich durch fehlerhafte Behandlung geschädigt worden sind.

Die Behörde will die Vorwürfe durch eine Sachverständigen-Kommission klären lassen. Und dieser Entschluß führte zu einem ernsten Konflikt zwischen Ärztekammer und staatlicher Verwaltung. Die Standespolitiker wollen nämlich in den Streit erst dann eingreifen, wenn in der Untersuchung Verstöße gegen die Berufsordnung herauskommen.

Die Behörde wollte die Kammer *mit einem Sitz in der Kommission* beteiligen. Die Hamburger Bürgermeisterin und Gesundheitssenatorin Helga Elstner wirft den Medizinern nun vor, sich vor der Verantwortung zu drücken, weil sie direkt bei der Aufklärung der Vorwürfe nicht mitarbeiten wollen. Das sei verhängnisvoll für das Vertrauen der Patienten, und es werfe in der Öffentlichkeit „Fragen nach der ärztlichen Kollegialität und dem ärztlichen Berufsverständnis auf". Das Wort von der Krähe, die der anderen kein Auge aushackt, wurde laut.

Wenn die geltende Berufsordnung der Ärzte keine ausreichende Verpflichtung dafür enthalte, daß ein Arzt im Interesse der Patienten auch gegen Methoden und Leistungen eines Kollegen Einspruch erhebt, dann müsse ein solcher Passus eben gesondert verankert werden. „Es ist außerdem höchste Zeit, eine Qualitätskontrolle ärztlicher Leistungen einzuführen, mit den erforderlichen Kräften für die Dokumentation." In etlichen Kliniken habe man bereits damit begonnen.

Ein Sprecher der Ärztekammer wiederum versicherte, die Standesvertretung wolle sich die Verantwortung für die leidige Affäre nicht zuschieben lassen. Schon während der Amtszeit des Orthopäden habe es 14 Verfahren gegeben, von denen vier mit Schadensersatzzahlungen endeten. „Damals hat die Behörde geschwiegen, die Kammer nicht über die gehäuften Vorwürfe in der Klinik informiert", sagte Dieter W. Schmidt. Erst jetzt wolle man den „Fall abwälzen".

Im Interesse des angeschuldigten Arztes müsse aber auch gesagt werden, daß zu ihm Risiko-Patienten von weither anreisten, daß Operationstechniken vor *zwanzig Jahren* weniger ausgefeilt waren, der Gelenkersatz noch in der Erprobungsphase steckte und auch die Möglichkeit, Infektionen zu verhindern, sich seither erheblich verbessert hat.

Der Fall Professor B. zwingt die Hamburger Behörde in jedem Fall, rechtzeitig Spargroschen für eventuelle Zahlungen zu sammeln. Tröstlich für die Patienten mag der Hinweis sein, daß die Klärung der Fälle jetzt auf Antrag von der Versicherung des Professors in der für ganz Norddeutschland zuständigen „Schlichtungsstelle" der Ärztekammer in Hannover bearbeitet wird. Dort hatten sich zum Beispiel 1983 insgesamt 470 Patienten mit Ansprüchen gemeldet. 136mal mußte Schadensersatz gezahlt werden.

Der Hamburger Skandal ist in seinen Ausmaßen bislang in Deutschland einmalig.

Hoch-Form

In Essen fotografiert von HARTMUT REEH/DPA

Mafia-Spur führt von Italien in die USA

Neue Erkenntnisse zeichnen deutliches Bild vom *Rauschgift-Multi*

FR. MEICHSNER, **Rom**

Die Mosaiksteine der letzten polizeilichen Ermittlungsergebnisse gegen die sizilianische Mafia und die amerikanische „Cosa Nostra" fügen sich immer deutlicher zum Bild eines mächtigen „Rauschgift-Multi" mit kooperierenden Befehlszentralen diesseits und jenseits des Atlantiks zusammen. Nach den neuesten Erkenntnissen kann nicht ausgeschlossen werden, daß eine Serie von Mafiamorden, darunter auch die Morde an Carabinieri-General Dalla Chiesa und an dem sizilianischen Richter Chinnici, zumindest in der Planung das gemeinsame Werk der Gangsterbosse Italiens und der amerikanischen Westküste war. Die Ermordeten waren offensichtlich den internationalen Verflechtungen auf die Spur gekommen. Sie wurden eliminiert, bevor sie diese Spur zu Ende verfolgen konnten.

Ein schon 15 Jahre zurückliegendes Ereignis, das Mario Puzos Roman „Der Pate" entnommen sein könnte, liefert vielleicht am ehesten einen Schlüssel zum Verständnis der kriminellen Verfilzungen. Am 12. Juli 1979 starben im Brooklyner Restaurant „Joe and Mary" der sagenumwobene „Pate" Carmine Galante, genannt „Lillo the Cigar", Boß einer der mächtigsten Cosa-Nostra-Familien New Yorks, seine rechte Hand Nico Coppola und der Restaurantbesitzer Joseph Turano unter den MP-Salven von rivalisierenden Gangstern.

Auf den Namen Turano ist das FBI jetzt erneut bei den Ermittlungen in Sachen „Rauschgift-Multi" gestoßen. *Es stellte fest, daß zwei Brüder* des ermordeten Restaurantbesitzers, die in den 50er Jahren aus dem sizilianischen Castellammare bettelarm in die USA eingewandert waren, in New Jersey die Möbelfabrik „Turano and Sons" besitzen, mit der wiederum die Firma des sizilianischen Stuhlfabrikanten Vincenzo Rabito in Geschäftsverbindung steht. Rabito aber ist einer der Angeklagten im Mordprozeß Chinnici. Ihm wird vorgeworfen, den Mord an dem sizilianischen Richter, einem der zielstrebigsten Ermittler beim Rauschgifthandel, gemeinsam mit anderen im Auftrage des Mafia-Clans Greco verübt zu haben.

Rabito exportierte tatsächlich auf Bestellung von Turano and Sons Stühle in die USA. Gemeinsam mit *den Stühlen* sollen aber auch Drogen verschifft worden sein, die nach Chinnicis Ermittlungen in mobilen Labors Thailands „gekocht" und schon als Fertigprodukt nach *Sizilien* gebracht wurden. Angeblich arbeitete Rabito mit anderen auf Sizilien lebenden Turano-Brüdern zusammen.

Noch mehr Indizien deuten auf eine enge Zusammenarbeit zwischen *Mafia* und „Cosa Nostra" hin. So ist erwiesen, daß sich einer der flüchtigen „Cosa-Nostra"-Bosse, Gaetano Pedone, bis vor einigen Tagen in Casteldaccia bei Palermo versteckt hielt. Casteldaccia gilt als Hochburg des Greco-Clans. Von dessen im Chinnici-Prozeß angeklagten Hauptrepräsentanten Michele, Salvatore und „Toto", die auch als Hintermänner des Dalla-Chiesa-Mordes gelten, *nimmt man* wiederum an, daß *sie* sich in den USA versteckt halten.

Pedone konnte sich der Verhaftung in letzter Minute entziehen. Er war offensichtlich gerade noch rechtzeitig gewarnt worden. Nach Darstellung der amerikanischen Polizei hat der Clan, dem er angehört, in einem Jahr Heroin im Werte von zwei Milliarden Dollar in die USA eingeschmuggelt.

Leitende sizilianische Polizeibeamte wollen in den nächsten Tagen in die USA fliegen, um den Spuren der „Rauschgift-Multi" weiter nachzugehen.

BGH: Käufer muß Preiserhöhung akzeptieren

DW. **Karlsruhe**

Der Bundesgerichtshof hat zur sogenannten Tagespreisklausel beim Pkw-Neuwagenkauf entschieden, daß der Käufer grundsätzlich den bei Auslieferung des Wagens gültigen Listenpreis bezahlen muß. Er kann jedoch von dem Vertrag zurücktreten, wenn die Preiserhöhung *den Anstieg* der allgemeinen Lebenshaltungskosten in der Zeit zwischen Bestellung und Auslieferung des Fahrzeugs nicht unerheblich übersteigt.

In den jetzt entschiedenen Fällen waren *die Wagen* zweieinhalb und mehr als vier Jahre nach Vertragsschluß ausgeliefert worden. Die Listenpreise waren in dieser Zeit um 3250 Mark und 4470 Mark gestiegen. Die Käufer, die den neuen Preis gezahlt hatten, verlangten einen Teil mit der Begründung zurück, wegen der Unwirksamkeit der Tagespreisklausel sei von dem bei Vertragsschluß gültigen Listenpreis auszugehen. Dieser Auffassung schloß sich der Bundesgerichtshof nicht an: Der Verkäufer könne nicht an der bei Vertragsabschluß getroffenen Preisvereinbarung festhalten, weil dies die Ausgewogenheit der beiderseitigen vertraglichen Leistungen verändere und beide Vertragsparteien sich bewußt gewesen seien, daß der Preis bei Auslieferung des inzwischen auch technisch verbesserten Fahrzeugs mit demjenigen bei der Bestellung nicht übereinstimmen werde. (Aktenzeichen VIII ZR. 54 aus 83 und 106 aus 83)

Rauschgift-Razzien

AP, **Hamburg/Frankfurt**

Bei Razzien in Hamburg und Frankfurt sind größere Mengen Rauschgift sichergestellt und mehrere mutmaßliche Händler festgenommen worden. *Genau 182,5 Kilogramm Marihuana* waren es im Hamburger Freihafen. Bei einer Razzia in zwei Lokalen im Frankfurter Bahnhofsviertel wurden acht Männer festgenommen und kleinere Mengen Rauschgift sichergestellt. Am Tag zuvor war ein 24jähriger Hamburger Polizeihauptwachtmeister von seinen Kollegen mit drei Komplizen und 60 Stangen Opium festgenommen worden.

Tauschgeschäft

Pol. **Wien**

Zum Tauschhandel sind 400 in einer Winzer-Genossenschaft vereinigte burgenländische Weinbauern zurückgekehrt. *Tauschpartner sind Polen.* Die lieferten 10 000 Tonnen Steinkohle gegen 150 000 Flaschen „Sankt Martinus-Winzerwein" und 135 000 Flaschen Sekt aus den Rieden rund um den Neusiedlersee. Die „Tauschkohle" wurde von der burgenländischen Elektrizitäts-Gesellschaft den Winzern abgekauft.

Verfolgungsjagd

dpa, **Ingolstadt**

Eine wilde Verfolgungsjagd über 170 Autobahnkilometer hat ein 19jähriger Schüler aus Hannover der bayerischen Polizei geliefert. Der Junge hatte am Dienstagabend bei Geschwindigkeiten bis zu 190 Stundenkilometer mit seinem Auto mehrere Straßensperren durchbrochen, ehe er im Altmühltal gestoppt werden konnte. Warum er flüchtete, ist bislang nicht klar.

Grabkammern gefunden

dpa, **Neuss**

Hinter der Wandfassade einer Möbelfirma in Neuss haben Bodendenk*malpfleger* die sterblichen Überreste von mehr als 100 Nonnen entdeckt. Die elf Grabkammern gehörten zu einem ehemaligen Clarissenkloster, das im 13. Jahrhundert gegründet worden war. Archäologen vermuten, daß die Gebeinkammern aus dem 18. Jahrhundert stammen und wegen Platzmangels auf dem Klosterfriedhof errichtet wurden.

ZU GUTER LETZT

„Der liebe Gott war ein Linkshänder" Überschrift einer Pressemitteilung der Universität Bremen. Thema: Chemiker auf der Suche nach den Ursprüngen des Lebens

LEUTE HEUTE

Späte Ehrung

Hollywoods Altstar **Robert Mitchum**, auch privat eher ein Freund rauher Bartöne, wurde jetzt auf Hollywoods piekfeinem Boulevard „Walk of Fame" kniend beobachtet. Als 1775. wurde der 66jährige mit dem berühmten Stern auf dem Gehweg geehrt. Zu seinen „Nachbarn" gehören so unterschiedliche Talente wie Sir **Laurence Olivier, Filmhund Lassie** und die Denver-Schöne **Joan Collins.** Befragt, warum er seinen Stern so spät bekommen habe, entgegnete Mitchum: „Wahrscheinlich dachte das Komitee wie ich, ich hätte schon einen."

Bowie schlägt Di

David Bowie (37), Rock- und Filmstar, ist auch als Wachsfigur Nummer eins. Das hat eine Besucherumfrage im weltberühmten Kabinett der Madame Tussaud ergeben. Der wächserne Bowie im orangefarbenen Anzug stieß *Englands* künftige Königin **Diana** (22) als beliebtestes Museumsstück vom Thron.

Fluch-Urteil

Der amerikanische „Porno-König" **Larry Flynt**, Besitzer des auflagenstarken *Porno-Magazins „Hustler"*, ist wegen „obszöner Beleidigung" des Richters **Manuel Real** zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Flynt hatte zunächst wegen Beleidigung sechs Monate bekommen. Nach dem Urteil brach er jedoch in wüste Be*schimpfungen aus*, und der Richter erhöhte auf 15 Monate.

WETTER: Weiter unbeständig

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs über der nördlichen Nordsee überquert Deutschland von West nach Ost, hinter ihm gelangt erneut verhältnismäßig milde Meeresluft nach Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 1. Februar 1984, nachm.

Vorhersage für Donnerstag:

Westliches Deutschland: Anfangs noch bedeckt und Regen, im höheren Bergland Schnee, vormittags Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern.

Übriges Bundesgebiet und Raum Berlin: Auch in den östlichen Gebieten zunehmende Bewölkung und einsetzender Regen, in Lagen oberhalb von 500 m Schnee, nachmittags von Westen Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern.

Weitere Aussichten:

Keine wesentliche Umstellung des unbeständigen Wetters.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	0°	Kairo	21°
Bonn	3°	Kopenh.	1°
Dresden	3°	Las Palmas	19°
Essen	2°	London	5°
Frankfurt	3°	Madrid	11°
Hamburg	1°	Mailand	2°
List/Sylt	1°	Mallorca	14°
München	4°	Moskau	–8°
Stuttgart	4°	Nizza	10°
Algier	15°	Oslo	1°
Amsterdam	2°	Paris	7°
Athen	14°	Prag	0°
Barcelona	11°	Rom	9°
Brüssel	4°	Stockholm	0°
Budapest	0°	Tel Aviv	19°
Bukarest	–2°	Tunis	15°
Helsinki	–4°	Wien	0°

Sonnenaufgang* am **Freitag:** 7.58 Uhr, Untergang: 17.14 Uhr, **Mondaufgang:** 9.09 Uhr, Untergang 18.38 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Mann mit der Maske" war ein verurteilter Mörder

C. KNITTER, **Bergerac**

Die Verhaftung eines Mörders, der vor 23 Jahren schon einmal eine junge Frau umbrachte und ein Kind überfiel, hat in Frankreich erneut eine heftige *Diskussion um die vorzeitige Entlassung* von verurteilten Mördern aus der Haft ausgelöst. Francis Leroy, „der Mann mit der Maske", der in der südfranzösischen Provinzstadt Bergerac vor einer Woche in die Villa des Fabrikbesitzers Jacques Royère eindrang, dessen Frau und Kinder fesselte und den Hausherrn erschoß, war 1964 wegen Mordes zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. 1973 wurde der heute 43 Jahre alte Doppelmörder vorzeitig aus der Haft entlassen. *Fünf Jahre lang führte er ein* ruhiges normales Leben und kümmerte sich um die Farm seiner Eltern in der Nähe von Beriqueux. Jetzt legte er ein umfangreiches Geständnis ab. Am Mittwoch gestand er vor der Polizei den Mord an Jacques Royère sowie insgesamt elf bewaffnete Überfälle auf alleinstehende Frauen, zwei Vergewaltigungen und einen Mordversuch seit 1978.

Leroy ging stets nach der gleichen Methode vor: Maskiert drang er mit einem Gewehr in *Häuser* ein, in denen sich Frauen allein oder mit ihren Kindern aufhielten. Er fesselte die Opfer, verging sich in zwei Fällen an den Frauen und zwang sie unter Waffenandrohung um Herausgabe von Bargeld oder Kreditkarten. Dann verschwand er.

„Ich bin ein Sadist. Ich habe einen unkontrollierbaren Drang, weh zu tun. In manchen Mondscheinnächten irre ich durch die leeren Straßen wie von einem Dämon besessen. Dann kann ich mich nicht beherrschen. In solch einer Nacht habe ich Christiane ermordet", hatte Leroy 1964 vor dem Schwurgericht erklärt.

Nach zwei Jahren melden Londons Saubermänner ihren Sieg in Soho

Zusammen mit der Polizei sorgte Bürgerinitiative für Vertreibung von Pornoshops und Sexlokalen

HELMUT VOSS, **London**

Der „Golden Girl Club", wo noch vor kurzem die Mädchen halbnackt aus den Fenstern hingen, ist mit Brettern zugenagelt. Im verlassenen Foyer des ehemaligen Pornokinos „Soho Cinema" häuft sich hinter blinden Scheiben der Unrat. Der verriegelte „Swedish Strip Club" kündigt per Anschlag im Eingang an, daß er in Kürze als Tanzlokal neueröffnen würde. An fast jedem zweiten Haus sind *Schilder mit der Aufschrift „for sale"* (zu verkaufen).

In Soho sind die Lichter ausgegangen. *Nur zwei Jahre, nachdem das* berühmte Londoner Viertel von einer beispiellosen Pornowelle überschwemmt worden war, haben Saubermänner in den engen Gassen zwischen Oxford Street und Salisbury aufgeräumt. Noch 1982 wurden von Londoner Pornogegnern in Soho 150 sogenannte „Sex Establishments" – Kellerkinos, Sexläden, Massagestudios – registriert. *Heute fällt* es schwer, bei einem Rundgang mehr als ein Dutzend „überlebende" zu zählen.

„Soho hat die Sex-Invasion überlebt, wir sind über den Berg", freute sich jetzt der Vize-Vorsitzende der Bürgerorganisation „Soho Society", Bryan Burroughs, „eine Zeitlang stand das Ganze auf Messers Schneide. Aber am Ende haben sich unserer Organisation sogar Prostituierte angeschlossen. Auch ihnen paßte nicht, was hier in Soho geschah. Es wurde ein Kampf ums Überleben."

Die Sexwelle in Soho hat in London aus zwei Gründen mehr Staub aufgewirbelt als in anderen europäischen Metropolen. Zum einen hängen die Londoner mit besonderer Liebe an dem winkligen, malerischen Viertel mit seinen chinesischen Restaurants, italienischen Bäckern und altmodischen Zigarrenläden, Geigenbauern und Kaffeehändlern. „Wo außer in Soho gibt es noch heute Schlachter, die im Eisschrank Schneebälle aufbewahren und damit ihre Kunden bewerfen?", zitierte die *Stadtillustrierte* „Time Out" vor kurzem einen der 4000 Soho-Einwohner.

Der zweite Grund ist, daß die Engländer sehr viel prüder sind als Kontinentaleuropäer und sich deshalb durch die marktschreierische Art der Pornobranche in Soho besonders schockiert fühlten. Im Unterhaus wird zur Zeit an einem Gesetzentwurf gearbeitet, nach dem selbst der *Verleih von Videos mit relativ harmlosen*, aber nicht jugendfreien Filmen wie „Last Tango in Paris" und „Emanuelle" unter Strafe gestellt werden soll.



Die Zeit der „heißen Nächte" von Soho ist vorbei. FOTO: DPA

Die Wende in Soho kam spätestens in dem Augenblick, als Prinzessin Margaret eines Tages eines ihrer bevorzugten Modegeschäfte in Soho zu meiden begann, weil ein benachbartes „Sex Establishment" über seinem Eingang einen riesigen Kunststoffphallus aufgehängt hatte. Plötzlich besannen sich Polizei und die zuständigen Gemeinderäte auf in Verges*senheit geratene Feuerschutzbestimmungen* und legten Schank- und andere Verordnungen strikter aus, als sie das gewöhnlich tun.

Einige der Klubbesitzer antworteten damit, daß sie ihre Sexkinos in eine neue Form des Striplokals, sogenannte „Nude Encounter Studios", bei denen eine Glasscheibe den Kunden und die Stripperin trennt – umfunktionierten. Andere umgingen die Schankbestimmungen, indem sie nur noch Fruchtsäfte servieren ließen. *Nachdem die Polizei aber bei zahlreichen* Razzien Pornomaterial im Wert von rund zwanzig Millionen Mark beschlagnahmt hatte und ein Klubbesitzer, der ohne Lizenz operiert hatte, zu 50 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, ging Sohos Sex-Industrie schnell die Luft aus.

Heute ist Soho kein Ziel mehr für ausländische Touristen, die nach Sonnenuntergang auf heiße Nächte hoffen. Dafür wurde der Stadtteil, in dem im vorigen Jahrhundert Karl Marx *die letzten* Jahre vor seinem Tode verbrachte, für seine Einwohner und auch für Prinzessinnen aus dem Kensington Palast wieder zu einem Viertel, in dem sie, ohne rot zu werden, einkaufen gehen können.

(SAD)